

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

29. Woche für die Zeit vom 13. bis 19. Juli 1906.

Posen, den 24. Juli 1906.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 15. Juli d. Js.
von mittags 12^{1/2} Uhr ab im Katholischen
Vereins Hause in Gnesen abgehaltene polnische
Protestversammlung.

Anwesend waren etwa 300—400 Personen, katholisch-polnische Väter und Mütter solcher Kinder, welche die in der Trinitatis-, Laurentius- und Michael-parochie belegenen Landschulen des Kreises Gnesen besuchen. Unter den Anwesenden bemerkte ich den Rechtsanwalt Karpinski, den Arzt Dr. Gzarnecki und den Redakteur Teska vom Gnesen'er Lech. Der Einzelberufler Perczynski aus Kawiary schlug den Versammelten als Leiter der Verhandlungen den Propst Piotrowicz vor. Das Amt des Schriftführers übernahm Wolynski. Ins Bureau wurden ferner einige der anwesenden Familienväter berufen.

Propst Piotrowicz führte folgendes aus. Pflicht katholischer Eltern sei es, dafür zu sorgen, daß ihre Kinder Religionsunterricht so empfangen, daß sie später danach leben könnten; denn Religionslehre wissen und religiös leben sei zweierlei, und schlimm sei es, wenn jemand zwar religiöses Wissen besitze, aber nicht nach den empfangenen Lehren lebe. Religionsunterricht in einer fremden Sprache könne nicht zum Ziele führen. Des Kindes ganzes Leben vollziehe sich in polnischer Umgebung; es spreche daheim und auf der Straße polnisch, es bete polnisch, es wohne in der Kirche polnischen Andachten bei. Ein Ünding sei es also, das Kind in einer fremden Sprache Religion zu lehren, ja, in manchen Schulen sei es sogar so schlimm, daß sogar auf der Unterstufe Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werde. Redner schlage folgende Tagesordnung vor:

- a) Vortrag,
- b) Diskussion,
- c) freie Aussprache
- d) Annahme von Anträgen.

Zu Punkt a erhielt Geistlicher Tyrakowski-Gnesen das Wort. Er sagte: Das Recht und die Pflicht, Religion zu lehren, sei von Gott der Kirche übertragen worden, die Pflicht, die offenbarten Glaubenswahrheiten zu lehren und alles zu tun, was zu der Ausbreitung des Glaubens und zur Belebung desselben unter dem Volke dienlich sei. Von Gott, dem Allmächtigen stamme dieser Auftrag her. Christus und die Apostel hätten Gottes Wort gelehrt ohne die Genehmigung der weltlichen Gewalt, ja oft sogar gegen deren Willen. So sei auch heut die Kirche in ihrer Lehr-tätigkeit nicht von der weltlichen Obrigkeit abhängig.

Die Kirche habe auf Grund göttlichen Auftrags das Recht der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, und jeder, der solchen erteilen wolle, dürfe dies nur mit Genehmigung und im Auftrage der Kirche tun. An diesem Recht halte die Kirche fest, und in diesem Sinne habe sich auch Papst Pius IX. wiederholt ausgesprochen und u. a. im Jahre 1864 Vorschläge, welche dahin gingen, dies Recht der Kirche zu kürzen, verworfen. Wenn die Kirche auf diesem Recht verharre so greife sie damit keineswegs in die Gerechtsame des Staates ein. Die Rücksicht auf die Kultur, auf das Gemeinwohl und auf die eigene Existenz gebiete dem Staat, für Belehrung und Bildung der Untertanen Sorge zu tragen; aber oftmals habe nach dieser Richtung hin der Staat eine unerfüllliche Begierde bewiesen und seine Ansprüche auch auf das Gebiet des Religionsunterrichts ausgedehnt. Im 19. Jahrhundert sei insbesondere das Freimaurertum in den Regierungen zur Herrschaft gelangt, und es habe an dieser Stelle den Rat erteilt: „Gebt allen Bekenntnisfreiheit, laßt die einschlägigen Gesetze aber so ausführen, daß die katholische Kirche und das katholische Volk davon keinen Nutzen haben. Werft die Kirche aus der Schule hinaus und übertragt den Religionsunterricht weltlichen Faktoren!“ Diesen Rat hätten viele Regierungen befolgt, so auch diejenigen Frankreichs und Preußens. Hier in Preußen besage Artikel 24 der Verfassung, die Leitung des Religionsunterrichts liege den einzelnen Religionsgesellschaften ob; die Regierung habe es aber verstanden, die Erteilung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts den Händen der Kirche zu entwenden. Es sei deshalb zum Kampfe zwischen Kirche und Staat gekommen, später aber ein wenn auch nur scheinbarer Friede eingelehrt. Die Regierung handle an der Kirche unrecht. Für den Katholiken gebe es keine heiligere Sache als die Religion, den Glauben, der Gott lieben lehre und zum ewigen Heil führen solle. Dies Ziel könne nur erreicht werden durch einen gehörig erteilten muttersprachlichen Religionsunterricht. Schon der einfache gesunde Verstand lehre, daß nur die Muttersprache beim Religionsunterricht verwendet werden dürfe und daß beide untrennbar seien wie Ädern und Blut, wie Baum und Blätter. Fremdsprachiger Religionsunterricht könne das Herz nicht erwärmen, Geist und Gemüt nicht religiös bilden, mit einem Worte, er müsse erfolglos bleiben. Das sei gewissermaßen auch eine Glaubenswahrheit. Christus habe einst den hl. Geist über seine Apostel ergossen und sie gelehrt, in fremden Zungen reden, damit sie Gottes Wort allen Völkern in deren Sprache bringen könnten. So habe

Christus damals seinen Willen offenbart. Mithin müßten auch die Kinder, besonders die Lernanfänger muttersprachlichen Religionsunterricht empfangen. In den Schriften der Kirchenväter finde man allerdings hierfür keine Belehrungen und Beweisführungen, dies sei zu jener Zeit nämlich nicht nötig gewesen, da die damaligen Regierungen, sogar die kirchenfeindlichen, nach dieser Richtung hin der Kirche keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. Aber hier und da fänden sich doch Beweise für den Wert der Muttersprache beim Religionsunterricht, so würdige ihn z. B. der hl. Thomas entsprechend. Die Lehrer hierzulande verführen aber nicht demgemäß und entsprechend dem Beispiel der Apostel. In vielen Schulen werde eine den Kindern fremde Sprache beim Religionsunterricht verwendet, und die Glaubenswahrheiten würden mit den Kindern solange durch Vor- und Nachsprechen eingeübt, bis die Kinder sie mechanisch auswendig könnten. Auch würden beim Religionsunterricht Anschauungstafeln verwendet, um den Kindern den Lehrstoff zum Verständnis zu bringen. Das sei aber in vielen Fällen absolut unmöglich ohne Zuhilfenahme der Muttersprache. Wie wolle man den Kindern z. B. Gottes Gnade oder die Lehre von der Heile klar machen, ohne ihre Muttersprache dabei zu verwenden? Die Kirche könne unter keiner Bedingung mit einem solchen Religionsunterricht einverstanden sein. Sie sende Missionare aus, welche fremden Völkern in ihrer Sprache Gottes Wort brächten, und sie sehe auch die Lehrer in der Schule als solche Missionare an, die mithin nach kirchlicher Vorschrift den Kindern die Glaubenswahrheiten in deren Muttersprache auszulegen hätten. Warum handle die Regierung des preussischen Staats, der doch ein Kulturstaat, ein Staat mit Glaubensfreiheit sein wolle, den Polen gegenüber anders, als es die Kirche als Praxis vorschreibe? Nun, der erste Grund sei der, daß die Polen Katholiken seien. Das klinge paradox, aber die „Germania“ habe in ihrer Nummer vom 1. Juli in einem Artikel betitelt „Litauer und Polen“ auf die Tatsache hingewiesen, daß die Regierung den katholischen Polen gegenüber anders verfare, als sie es den protestantischen Litauern gegenüber mit Bezug auf den muttersprachlichen Religionsunterricht für richtig erachte. (Redner verliest den Artikel der Germania). So würden die Polen also anders behandelt, als die protestantischen Litauer. Diesen werde muttersprachlicher Religionsunterricht zugestanden, den Polen nicht. Zweitens solle der Religionsunterricht als Germanisierungsmittel dienen. Das sei traurige Wahrheit. Nicht für göttliche Dinge sei er bestimmt, um Herz und Seele zu erbauen, sondern dazu, daß das Deutschtum den Kindern so schnell als möglich beigebracht werde. Damit könnten die Polen unter keiner Bedingung einverstanden sein. Die polnischen Eltern wollten, daß ihre Kinder deutsch lernen; sie sahen ein, daß sie im späteren Leben das Deutsche brauchen, um durch die Welt zu kommen und daß dem Polen, der nicht Deutsch könne, viel Nachteil daraus erwachse. Aber die Religion dürfe nicht als Mittel zum Zweck des Deutschlernens dienen. Keine Regierung habe ein Anrecht an die Seelen, an den Glauben, an die Religion der Kinder. Hier seien die Eltern allein zuständig und die besten Verbündeten des himmlischen Vaters. Darum solle am heutigen Tage von den Versammelten gegen die Einführung des deutschen Religionsunterrichts protestiert werden. Sie wüßten allerdings, daß der Protest keinen Erfolg haben werde, und sie müßten daher zur Selbsthilfe greifen. Solange der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werde, müsse jedes polnische Haus eine polnische Schule, jedes Elternpaar der Lehrer seiner Kinder sein. Lehren sollten die Eltern ihre

Kinder polnisch lesen und schreiben, den polnischen Katechismus, das polnische Lied, — und wenn sie alle so ihre Pflicht täten, dann werde Gott ihnen helfen.

Propst Piotrowicz dankte dem Redner für seine Mühewaltung und forderte die Anwesenden auf, recht fleißig polnische Zeitungen zu lesen, um ihre Rechte und Pflichten, sowie die Verteidigungsmittel kennen zu lernen.

Eine Diskussion fand nicht statt.

Propst Piotrowicz stellte nunmehr fest, daß polnische Eltern aus den Schulgemeinden Dorka, Dora, Bracizewo, Zechau, Pustachowo, Rosa, Labiszynet, Manichowo und Wozniki anwesend seien. Sodann ließ er sich von Leuten, die sich auf seine Aufforderung hin meldeten, die Art und Weise schildern, wie in jeder Schule Religionsunterricht erteilt werde.

Graczyk = Dorka behauptete, in der dortigen Schule werde in allen Abteilungen nur deutscher Religionsunterricht erteilt. Die Schule sei evangelisch, den 28 katholischen Schülern erteile der Lehrer aus Montichnik Religionsunterricht.

Propst Piotrowicz meinte, es sei ungesetzlich, daß hier kein zweiter katholischer Lehrer angestellt sei. Schon bei einer konfessionellen Minderheit von zwölf Kindern müsse nach den gesetzlichen Vorschriften eine dieser Konfession angehörende zweite Lehrkraft angestellt werden.

Frau Graczyk behauptete, ihr Sohn habe vor einiger Zeit einen lutherischen Katechismus mit nach Hause gebracht und etwas daraus gelernt.

Propst Piotrowicz teilte mit, für jede Ortschaft, wo derartige anormale Schulzustände herrschten, werde eine Petition an den Erzbischof gerichtet und dieser darum ersucht werden, den Petenten bei ihren Bestrebungen, für ihre Kinder muttersprachlichen Religionsunterricht zu erlangen, behülflich zu sein. Eine zweite Bittschrift werde an den Kultusminister gerichtet werden. Für beide Gesuche sollten die beteiligten Eltern an einem seitwärts aufgestellten Tische die Unterschriften abgeben, und zwar die Eltern aus jeder Schulgemeinde besonders. Ferner werde für jede Schulgemeinde ein kleines Komitee gebildet werden, das im Verein mit dem Redner die weiter nach dieser Richtung hin zu tuenden Schritte erledigen, insbesondere für die Absendung der Gesuche sorgen werde. Dem Komitee aus Dorka gehören Stanislaus Graczyk und Frau Graczyk an.

Bezüglich der Schule in Dora stellte Redner fest, daß auch dort der Religionsunterricht auf allen Stufen deutsch erteilt und deutsch gebetet werde, daß ferner polnischer Sprachunterricht nicht erteilt werde und daß die einschlägigen an die Regierung gerichteten Anträge erfolglos geblieben seien.

Komitee: Lewandowski und Bernard.

Schule in Zechau. Thomas Pietrzak teilte mit, daß hier der Religionsunterricht auch auf der Unterstufe in deutscher Sprache sich vollziehe.

Propst Piotrowicz stellte fest, daß es gemäß dem einschlägigen Erlaß des Oberpräsidenten unzulässig sei, polnischen Kindern auf der Unterstufe deutschen Religionsunterricht zu erteilen.

Komitee: Pietrzak und Bazulka.

Schule in Bracizewo: Rybarczyk meinte, in allen Abteilungen werde die Religion deutsch gelehrt, polnischen Sprachunterricht gebe es nicht.

Komitee: Rybarczyk, Solarek, Cierniak.

Schule in Pustachowo: Stube teilte mit, hier vollziehe sich der Religionsunterricht auf der Unterstufe manchmal in polnischer, meist aber in deutscher Sprache, auf allen übrigen Stufen nur in deutscher Sprache. Der Lehrer habe Kinder auch schon im deutschen Religionsunterricht gezüchtigt.

Komitee: Sztube und Gluchowski.

Schule in Labiszynet: Mehrere Väter gaben dahin Auskunft, daß der Religionsunterricht nur in deutscher Sprache erteilt, auf der Unterstufe aber manchmal polnisch und manchmal deutsch gebetet werde.

Komitee: Szwinski und Kancelerz.

Schule in Rosa: Gozdowski erklärte, hier vollziehe sich der Religionsunterricht auf allen Stufen in deutscher Sprache.

Komitee: Gozdowski und Priebe.

Schule in Wozniki: Francowiak sagte, die Unterstufe bete teils polnisch, teils deutsch, der sonstige Religionsunterricht finde auf allen Stufen in deutscher Sprache statt.

Komitee: Francowiak und Witakowski.

In der freien Aussprache erklärte Sztube-Pustachowo, die Kinder seien Eigentum der Eltern, und da diese Polen seien, habe die Regierung die Pflicht, dies bei dem Religionsunterricht zu berücksichtigen.

Frau Graczyk-Dorka behauptete, der Lehrer habe gesagt, nur alte Weiber grüßten in der gewohnten polnischen Manier (durch Bücklinge und den üblichen katholischen Gruß), die Kinder sollten anders grüßen.

Gawalkiewicz-Dorka teilte mit, der Lehrer dulde nicht, daß die Kinder polnisch grüßten.

Kowalczyk-Skierczewo sagte, der Lehrer habe die Kinder wegen des polnischen Grüßens sogar geschlagen.

Solarek-Braciszewo äußerte entrüstet, ein polnischer Vater habe es fertig gebracht, seinen eigenen Kindern das polnische Lesen zu verbieten.

Propst Pitorowicz stellte fest, daß die Anwesenden sämtlich mit der Art und Weise, wie der Religions-

unterricht in ihren Schulen erteilt werde, unzufrieden seien. Durch Handerheben und Zuruf bestätigten die Versammelten dieses, sowie daß sie polnischen Religionsunterricht, polnisches Beten und polnisches Singen auf allen Unterrichtsstufen eingeführt zu sehen wünschen.

Propst Piotrowicz erklärte darauf, daß die Beschwerden und die Willensmeinung der Eltern unter Berufung auf die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften dem Minister würden zur Kenntnis gebracht werden. Er danke den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen und für das an den Tag gelegte rege Interesse. Dies sei kein Wunder, denn die bestehenden Verhältnisse müßten die Beteiligten tief schmerzen. Das sei recht, aber nur halbe Arbeit. Die andere Hälfte müßten die Eltern nun daheim selbst bewältigen, solange in der Schule deutscher Religionsunterricht erteilt werde. Die Ausrede, es sei hierfür keine Zeit vorhanden, gelte nicht. Hätten die Eltern doch für alle möglichen nötigen Geschäfte Zeit, geschweige denn hierfür, wo es sich um die Seele ihrer Kinder handle! Fleißig sollten sie die Kinder polnisch lesen lehren, am besten aus dem Gebetbuch durch tägliche Übung. Das könne niemand verbieten und verhindern. Das Gelesene soll man auch abschreiben lassen. Jeden Tag, insbesondere an jedem Sonntage solle man den Kindern einen Abschnitt aus dem Katechismus oder aus der Biblischen Geschichte, oder ein Kirchenlied lehren, dann könnten die Eltern sicher sein, zur Rettung der Seelen ihrer Kinder beigetragen zu haben.

Hiermit hatte die durchaus ruhig verlaufene Versammlung nach 1½stündiger Dauer ihr Ende erreicht.

Günther,
Kgl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 157 des Oredownik (Posen)

vom 13. Juli 1906:

Die Politik der christlichen Liebe und die Polen.

I.

Auf den Artikel unter obigem Titel in Nr. 151 des Oredownik erhalten wir von Herrn Dr. v. Jaczowski aus Wronczyn nachstehendes Schreiben:

Die mir unter obigem Titel von Herrn Peter Bieda in Nr. 151 des Oredownik gegebene Antwort bedarf in Bezug auf einige Punkte einer Gegenantwort, sowie der Beweisführung, wie man, meiner Meinung nach, die christlichen Grundsätze auf die durch Herrn Bieda berührten praktischen Fragen anwenden soll.

Bevor ich aber zur Erörterung dieser Abschnitte des Artikels schreite, hinsichtlich welcher zwischen uns ein gewisser Unterschied der Anschauungen herrscht, will ich die Ansicht des Herrn Bieda unterstreichen, die uns gemeinschaftlich ist, nämlich:

„Möge uns die deutsche Nation anrufen, wie die russische Nation unsere Brüder im Königreich Polen gerufen hat, und wir werden mit ihr arbeiten.“

Das ist der polnische, christliche und allgemein menschliche Standpunkt.

Wo es sich um Arbeit handelt, d. h. um Aufgaben, die das Allgemeinwohl der Völker, dieser einzelnen Glieder der ganzen Menschheit angehen, dort wollen wir beisammen sein, dort verlangen wir zum allgemeinen Wohle beizutragen.

Wo fehlt es uns in solchem Falle am Willen zum Handinhandgehen mit den Deutschen? Dort, wo es sich nicht um vitale Interessen, sondern um geringfügige Angelegenheiten handelt.

Gesellschaftliche Versammlungen aus Anlaß deutscher Festlichkeiten, Illuminationen, Umzüge und dergl. Demonstrationen sind keine positive Tat, sind keine Arbeit, sie sind im Gegenteil ein Losreißen von der ruhigen Arbeit. Wenn der Deutsche an einem für ihn denkwürdigen Tage sich amüsieren will, so steht ihm dies frei; aber von einem Polen zu verlangen, daß er sich amüsiere, wenn er keinen inneren Trieb zum Vergnügen hat, das ist ein Unsinn, den kein denkender Deutscher begehen wird.

Auf Befehl kann sich niemand freuen und ist auch niemand verpflichtet es zu tun.

Und deshalb stimme ich mit Herrn Bieda nicht überein, daß „die Deutschen vom Standpunkte eines preußischen Patrioten aus, uns sehr vieles vorwerfen könnten“ und zwar namentlich, daß wir nicht von „unserem“ Kaiser und „unserer“ Regierung schreiben, und daß wir weder illuminierten, noch deutsche Festlichkeiten besuchten. Die Deutschen sind logischer als Herr Bieda denkt, und sie würden nicht wenig staunen, wenn wir anfangen würden, das „unser“ d. h. polnisch zu nennen was preußisch ist. Dagegen bestreiten wir, vom staatsrechtlichen, d. h. vom formellen Standpunkte aus niemals, daß das Kaiserreich und die Regierung auch unsere Landesteile und uns selbst umfassen.

Wir besuchen die preußischen Volksfeste nicht und es geziemt sich auch nicht für uns, sie zu besuchen, denn es fällt uns schwer, froh zu sein, wo unsere Nationalhymne ruft:

Wir können kein Lied mehr ohne Klagen,
Die Dornenkrone wuchs uns in die Schläfe hinein.

Und diese Dornen vermehren sich immer mehr infolge der Bemühungen von Leuten, welche Gegenstand und Veranstalter dieser Feste sind. Wie würden wir mit diesem unseren Dornenkränze und mit unserem Klagen von den Festkränzen und den deutschen Festliedern abstecken! Derartige Feste können nur solche Polen besuchen, die geistig zurückstehen und die nicht wissen, was sie tun, oder Heuchler. Weder die einen, noch die anderen handeln im Sinne der Christus-Idee, welche mit der Dummheit und Heuchelei nichts gemeinschaftliches hat.

Sie lehrt, daß man zweien Herren nicht dienen kann. Man kann nicht gleichzeitig trauern infolge von Niederlagen, welche Preußen dem polnischen Volke beibringt und sich freuen aus Anlaß herangekommener Jahrestage von Tatsachen, deren Folge eine immer größere Einschränkung der angeborenen Rechte der polnischen Nation war und ist.

Wenn es also Deutsche gibt — jedenfalls sind ihrer nur eine geringe Zahl — welche verlangen, daß wir uns mit ihnen zusammen freuen sollen, obgleich wir nur zur Trauer Ursache haben, dann betrachten wir sie als Verführer, die uns vom Wege der Wahrheit und Wahrheit abbringen möchten; wir dürfen uns keinen Augenblick dem Gedanken hingeben, daß das Christentum von uns eine Verleugnung der offenen Liebe zum Vaterlande, das zu ehren und zu lieben eine heilige Sache ist, verlangen könnte.

Auch Christus war Untertan eines Kaisers anderer Nationalität, das hinderte ihn aber nicht, daß er über das Los des eigenen Vaterlandes, Jerusalem, weinte.

Gebührt es sich, anzunehmen, daß er in solcher Seelenstimmung, mit den Römern, die das Fest des Tiberius feierten, hätte fröhlich sein können?

Hieraus folgt nicht, daß wir die Freude der Deutschen unwillig ansehen müßten, oder uns über ihre Niederlagen freuen sollten, was Herr Bieda für ganz natürlich erachtet. „Schadenfreude“ ist kein polnisches Gefühl; es fehlt uns sogar ein polnischer Ausdruck hierfür. Es ist eine andere Sache „die Hand zu lecken, welche bedrückt“, was Herr Bieda mit Recht verdammt, und eine andere Sache ist es, sich über die Mißerfolge Preußens zu freuen.

Mißerfolge werden uns in keinem Falle gut bekommen, denn wir sind jedenfalls von der Hoffnung kuriert worden, daß Frankreich oder England irgend etwas für uns machen werden. Schließlich verdanken wir diesen Mächten sehr viel — Böses; denn wenn sie uns in den 62 und 63 Jahren nicht betört hätten, dann gäbe es nicht die furchtbaren Folgen jener Jahre. Es liegt also kein Grund vor sich über die Erfolge der atheistischen und sozialistischen Republik oder der krämerisch-egoistischen Bedrückerin der Irländer und Buren zu freuen. Denken wir daran, daß ernste Mißerfolge für Preußen, z. B. der Ruin des deutschen Handels und Gewerbes, auch auf uns, auf die Grundlage unseres nationalen Daseins, d. h. auf unseren Wohlstand, in fataler Weise einen Rückschlag ausüben würden. Für unser Volk würde der Verdienst in Gruben und Fabriken, für unsere Landwirtschaft der Produktenabsatz zu nutzbringenden Preisen, aufhören; diejenigen Landwirte, die Land zu hohen Preisen gekauft haben, könnten die Zinsen nicht bezahlen, sie würden bankrott werden und Kaufleute und Gewerbetreibende in den Städtchen und Städten in das Elend ziehen.

Wie würde das die Arbeit nicht nur der An siedelungskommission, sondern auch der Landbank, d. h. dem Privatkapital, erleichtern, welches nachdem seine Lokalisierung im Gewerbe verloren gegangen wäre, solche im Lande suchen würde.

Also vorsichtig mit dem Haßgefühl. Es trägt immer vergiftete Früchte. Man muß das Seinige lieben, aber es ist nicht Sache der Polen zu hassen, was fremd ist. Wenn aber in uns das Gefühl wach wird (an dessen Weckung die Regierung recht sorgfältig arbeitet) so wollen wir ihm nicht unterliegen, denn das ist eine allgemeine menschliche Schwäche; in keinem Falle dürften wir aber auf dieses Gefühl unsere Politik stützen. Dies verbietet das Christentum und gleichzeitig die Rücksicht auf die Tatsache, daß wir in wirtschaftlicher Hinsicht einen Körper mit Preußen bilden, und daß das, was für Preußen schädlich ist auch uns in mancher Beziehung schadet. Und da bekanntlich und wie auch Herr Bieda schreibt, unsere Verarmung gleichzeitig auch unsere Ausrottung wäre, daher würden wir den Preußen Unglück wünschend, uns gleichzeitig das Ansägen des Zweiges wünschen, auf welchem wir sitzen.

„Uns gegenüber steht das System. . . . Es steht „mit der Macht und kann nur mit der Macht rechnen. „Schwäche, das ist Wasser auf seine Mühle. Und es „wäre Schwäche, dort zu weichen wo man es nicht „nötig hat, wo man nicht weichen muß.“ Diese Worte des Herrn Bieda sind die Vergötterung der Macht! Er findet, daß es erlaubt sei zu weichen, wenn man weichen muß.

Was ist der Zwang? Das ist eine Kraft die den Schwächeren zu einer ihm widerlichen Tätigkeit beugt. Was soll nun der Gebeugte beginnen, wenn er wirklich schwächer ist?

Das ist eine sehr wichtige Frage. Herr Bieda antwortet: er möge weichen, wenn er muß; denn das Zurückweichen ist nur dann eine Schwäche, wenn man nicht nötig hat zu weichen. Und ich antworte vom christlichen Standpunkte aus: er soll sich zerbrechen lassen, er möge aber nicht weichen. Denn über die Entschließungen eines gereiften Menschen entscheiden nicht äußerliche Einflüsse, also auch nicht der Zwang, sondern innere Überzeugung, d. h. die Liebe zu seinem Ideal. Für diese Liebe erlitten den Tod und das Märtyrertum große Scharen Christen und Polen; wenn sich die einen oder die anderen von dem Räte des Herrn Bieda hätten leiten lassen, d. h. wenn sie dort zurückgewichen wären, „wo sie mußten“ so gäbe es auf der Weltkugel weder Christen noch Polen; das Christentum hätte bei der ersten Verfolgung und das Polentum nach der Teilung sein Ende gefunden. Ist dies nicht ein Beispiel dafür, wie eine auf die christlichen Grundsätze gestützte Taktik die Minderheit rettet.

Aber Herr Bieda fürchtet scheinbar die durch die christliche Politik erzeugte Schwäche. Er ist ein sehr guter, heißer Patriot, der große Anerkennung verdient. Er begeht jedoch einen, übrigens einem großen Teile intelligenter Leute gemeinschaftlicher Fehler, d. h. er sieht nicht die unverbrüchliche Kraft, welche in der christlichen Idee verborgen steckt, und welche sich allen denen zu Diensten stellt, welche in dieser Idee einen Bundes-Genossen zur Verteidigung heiliger Sachen suchen.

II.

(Aus Nr. 158 des Oredownik vom 14. Juli 1906.)

„Wir glauben — so schreibt Herr Bieda — daß die von uns erwähnte Politik der Tat und der Arbeit, die auf die Berufung der Volksmasse unter die nationale Standarte gerichtet ist, einen gute Politik ist.“

Zweifellos, aber sieht dann der geehrte Verfasser nicht, daß eben diese Politik der Ausfluß und das Postulat der christlichen Idee ist?

Der wahrhafteste und einzig konsequente Demokrat war niemand anders als Christus. Er beseitigte sämtliche sozialen Unterschiede, außer dem, welcher die Menschen in gute und böse teilt, d. h. für die Allge-

meinheit nützliche und schädliche. Die demokratische Idee d. h. die Befreiung der Menschheit und die Verleihung der Bürgerrechte an sie, ist eben so alt als das Christentum. Denn die Demokratie war im Altertum eigentlich die Aristokratie, da sie neben freien Bürgern ohne jeden Vorbehalt das Sklaventum anerkannte. An der Aufhebung des Sklaventums in seinen verschiedenen Erscheinungen arbeitet das Christentum bereits 20 Jahrhunderte und da bei uns das Volk immer mehr zum Bewußtsein seiner Rechte und Pflichten gelangt, so ist es nicht einzig Verdienst oder Erfindung einiger Menschen oder Parteien, sondern das Ergebnis der christlichen Kultur, welche ungeachtet des Wissens und oft wider den Willen einzelner Individuen sich immer breitere Anerkennung erkämpft. Und sie wird sie sich weiterhin erkämpfen, denn in ihr sind alle Bedingungen einer günstigen Entwicklung der Gesamtheit und der Nationen enthalten. Und wenn wir in anderen sozialen Systemen ebenfalls nützliche und gerechte Grundsätze finden, so lernen wir nach näherer Prüfung erkennen, daß sie vom Christentum geliehen wurden — aber mit verschiedenen schädlichen Zutaten vermisch sind, wie z. B. im Sozialismus.

Nicht durch irgendein Wunder, sondern einfach durch seinen innerlichen Wert wird das Christentum das Reich Gottes auf Erden d. h. das Reich der Wahrheit und der Gerechtigkeit erkämpfen und es erkämpft es. „Sehnen wir uns nicht nach dem Reiche Gottes auf Erden, denn das ist ein zu entferntes Ziel. Wir glauben an sein Kommen, aber es gebührt sich zuerst an die Sicherstellung unser eigener Existenz zu denken und zwar in den von der Nation vorgezeichnetem Rahmen.“

So spricht Herr Bieda, aber der Gedanke des geehrten Herrn Autors scheint mir hier nicht konsequent und genügend begründet zu sein. Weshalb sollte das Ziel so weit sein. Sollte die dem Gesetz voran schreitende Macht, sogar Gott das Recht benommen haben Gerechtigkeit zu üben? Weshalb sich nicht danach zu sehnen was gut ist? Wer sich nach dem Guten nicht sehnt, der ergibt sich mit Entsagung dem Bösen und setzt sich der Gefahr aus, daß er sich damit abfinden wird. „An die Sicherstellung der eigenen Existenz muß gedacht werden.“ Ganz recht — aber womit ist diese Existenz gesichert? Mit der Kraft allein? Teilweise ja; ohne Kraft gibt es kein Leben; wir müssen Kraft besitzen um nicht zu sterben. Mit anderen Worten, ohne Anspannung und Ausbildung unserer geistigen, physischen und wirtschaftlichen Kräfte, würden wir ein Volk von Parasiten, Proletariern, ein für die Feinde arbeitendes Volk von Tagelöhnern werden. Reicht aber diese unsere Kraft aus? Wird sie uns die Anerkennung unserer Rechte erkämpfen?

Jedenfalls wird viel von dieser Kraft unproduktiv für den Kampf verwendet und ähnlich geschieht es auf deutscher Seite. Anstatt mit uns an den gemeinschaftlichen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu arbeiten, verschwenden die Deutschen eine Unmasse Geld und menschliche Kraft (Beamten) zur Germanisierung der Polen und die Polen wiederum zur Abwehr dieser Bestrebungen.

Die Kraft allein reicht also für das Glück der Völker nicht aus, es bedarf für sie noch des Friedens, damit sie an die Sicherstellung der eigenen Existenz denken könnten. Und dieser Friede wird für uns nicht früher ausleuchten, bis die christlichen Grundsätze bei der internationalen Politik Eingang finden werden. Es ließe sich viel darüber schreiben. Aber wegen Raum-mangels will ich als Beweis dafür, daß sich die Politik christlich zu gestalten beginnt, nur zwei Tatsachen anführen: Die Einigung Italiens und die Einigung Deutschlands. Ich bitte z. B. die heutige Lage mit der zur Zeit des dreißig-

jährigen Krieges zu vergleichen. Italien und Deutschland haben sich der partikularen Zwistigkeiten zu Gunsten der gemeinschaftlichen, durch das Christentum seit Jahrhunderten gewiesene Interessen, entledigt.

Ebenso verbinden Deutschland mit den Polen zahlreiche gemeinschaftliche Bedürfnisse. Es kann leicht möglich sein, daß schon in einer näheren Zukunft, als Herr Bieda glaubt, die einen und die anderen unter dem Einfluß der Notwendigkeit der Verteidigung ihrer gemeinschaftlichen Interessen z. B. gegen der Sozialismus, der die Staaten und Nationen in gleichem Maße haßt, die Zwistigkeiten vergessen werden.

Herr Bieda rät ab, von der Anspannung unserer Kräfte in der allgemein-menschlichen Richtung der Verbrüderung der Nationen, denn dies wäre nach seiner Meinung eine Zerspitterung unserer Kräfte und eine Überschätzung der Mittel. Obgleich ich durchaus die Ansicht des Herrn Bieda teile, daß es sich für uns nicht geziemt, als erste die Hand zum Frieden zu reichen, was nach einem Pardon-Rufen, ohne welches wir uns Gott sei Dank zu begehen verstehen, aussetzen würde, so bin ich doch damit nicht einverstanden, daß wir sogar in der Theorie nicht nach der Verbrüderung der Nationen streben dürften, bevor sich das nicht in der Praxis durchführen läßt. Dieses Streben erfordert gar keine Anstrengungen die uns schwächen könnten, sondern es beruht auf der Verbreitung der Gerechtigkeitsgrundsätze und der Aneignung der christlichen Wahrheiten nicht nur in der persönlichen und nationalen, sondern auch in der sozialen und internationalen Anpassung. Wenn wir uns aber im Voraus sagen, daß wir nichts in der allgemeinmenschlichen Richtung tun wollen, d. h. für das Wohl der ganzen Menschheit, so dürfen wir uns nicht wundern, daß auch andere im Verhältnis zu uns, sich nur vom Egoismus leiten lassen.

Merkwürdig, daß doch den großen Nationen, solche „Gedanken nicht in den Kopf kommen“ schreibt Herr Bieda. Das ist gar keine merkwürdige, sondern eine sehr natürliche Sache! Denn große Nationen können sich ohne Gerechtigkeit begehen, da sie sich selbst Gerechtigkeit zumessen, welche in den Augen anderer Nationen keine Gerechtigkeit ist. Diesen großen Nationen ergeht es so lange ohne Gerechtigkeit wohl, bis sich eine stärkere findet als sie. Herr Bieda gibt zu, daß es stärkere gibt als wir sind, er heißt uns aber sich auf die Kraft zu stützen, welche andere in höherem Maße besitzen. Wollten wir nach der Taktik des Herrn Bieda handeln, so müßten wir als schwächere, eine Niederlage erwarten! Dagegen wäre unser Sieg zweifellos, wenn der Kampf nicht einzig im Namen der Kraft, sondern auch der Gerechtigkeit geführt würde.

Herr Bieda sagt, daß uns die Deutschen achten werden, wenn wir in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht eine Macht werden. Das ist wahr. Diese Macht sind wir bereits und die Deutschen achten uns schon, sie stellen uns ihren Landsleuten als Beispiel hin. Aber ob sie uns deshalb irgendwelche nationale Freiheiten gewähren werden? Nein; denn unsere Macht kann sie verwundern, sie wird sie aber niemals erschrecken. Wachsen doch ihre Kräfte gleichzeitig mit den unsrigen, und zwar mehr als unsere, denn ihnen helfen die Bestrebungen, die sie sich als Aufgabe gestellt haben uns zu schädigen. Und deshalb gibt es keine Gewähr, — welche Herr Bieda verkündet, daß wenn wir in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht eine Macht geworden sein werden, „unser Los im preussischen Staate, sich zu unseren Gunsten wenden wird“.

Auch ich habe die Überzeugung, daß sich dieses Los ändern wird, aber nicht einzig für unsere Macht (ohne welche wir jedenfalls überhaupt keine Nation sein würden) sondern auch deshalb, weil jede Ungerechtigkeit naturgemäß nur eine vorübergehende sein

kann. Herr Bieda ist ein Pessimist, er glaubt an die ewige Dauer des Bösen, wenn er schreibt, daß wir für die Deutschen so lange Sand im Auge sein werden, als wir eine abgesonderte Nation bleiben werden. Meiner Meinung nach haben wir kein Recht einen so schweren Verdacht auf die ganze deutsche Nation zu wälzen. Es ist wahr, die Galatisten arbeiten jetzt daran, ganz Deutschland gegen uns aufzuwiegeln, aber es gibt keinen Anhaltspunkt zur Behauptung daß ihnen diese Absichten gelingen werden. Sie werden umso schwieriger gelingen, je deutlicher wir an der Standarte des Christentums und nicht des Rassenhasses festhalten werden.

Eine Politik, die stets christliche Grundsätze im Auge behält, welche keine Nation achten und lieben, dagegen sich vor dem Haßgefühl gegenüber anderen Nationen hüten heißen, eine solche Politik, wenn sie auch nicht gleich sichtbaren Nutzen bringen sollte, wird dennoch nie aufhören die einzige Zukunftspolitik zu sein, die einzige, in der sich die Menschheit zur gemeinschaftlichen Arbeit für das Wohl einzelner Individuen und ganzer Nationen vereinigen kann.

Sie ist die größte Macht, denn sie wird die heutigen zersplitterten und die mit einander kämpfenden Kräfte zu einem Bündel vereinigen.

Und wer da sagt, daß eine derartige Reformierung das Ergebnis einer Schwäche sei, da sie großen Nationen nicht eigen sei, der huldigt, trotz des besten und edelsten Willens der heidnischen Gottheit, der materiellen Macht, welche sterblich, vergänglich und relativ ist. Derartige Mächte werden früher oder später aufhören sich gegenseitig zu bekämpfen und zwar unter der in dem alten Sprichwort, „Friede ernährt, Unfriede zerstört“ enthaltenen scharfen Zucht des Christentums. Mit dieser Wahrheit wird es so sein, wie es mit vielen anderen war: Aus kleinen Verbänden hervorgehend wird sie die ganze Menschheit beherrschen und zu ihrer Beglückung beitragen.

Wronczyn, 8. Juli 1906.

Dr. T. Jackowski.

Aus Nr. 28 der Pokraka (Posen)

vom 15. Juli 1906:

Ein gewisser Maurergeselle, dessen Onkel, ein Posener Schuhmacher, ihm vor drei Jahren Arbeit am Kanal nach dem Schilling verschafft hat, wo er 25 Mark wöchentlich verdiente und gegenwärtig 30—35 Mark verdient, ging hin und kaufte Gamaschen beim Juden. So handeln die Unsrigen! Das ist Dankbarkeit gegenüber Nation und Familie, das ist Zuneigung zu den Landsleuten.

Posen.

Der Koch des Bazar kauft Waren in einem Geschäft in welchem man sagen hörte: „Hier wird nicht polnisch gesprochen.“ — Weiß die Gräfin Szembek, daß die Waren zur Hochzeit bei einem Nichtlandsmann gekauft worden sind? Wer zahlt diese Extrasteuer — die Konsumenten oder die Lieferanten?

Jerzisz.

Der Vorsitzende des katholischen Vereins polnischer Arbeiter in Jerzisz, kaufte einige Prämien für das Vergnügen beim Juden. Als man ihn in der Sitzung aufforderte, die Sache aufzuklären, da erklärte er von

oben herab, er habe die Sachen beim Juden 25 Pf. billiger bekommen als beim Polen. Das ist ein nettes Beispiel für einen Verein, der über 800 Mitglieder zählt. Ich hoffe, daß dies das letztemal war.

Wojtek Obleszkiwiat.

(Pseud.)

Moschin.

Herr Juju von der Posenerstraße und die Schwägerin, eine Schustersfrau, — warum kaufen sie die Backwaren bei einem Nichtlandsmann? Und weshalb dreschen sich die beiden Schwägerinnen von der Posenerstraße so? Sind das jene 30 Mark Vermittlungsgebühren?

Moschin.

Frau Fr. von der Posenerstraße kauft alle Kolonialwaren nur beim Landsmann, nicht bei Juden (??) Ehrenwert. Die Fräuleins St. und B. (S.) brachten aus Posen Hüte; aber waren sie in der Arche Noah? (Wer? Die Fräuleins oder die Hüte? Frage der Red.)

Aus Dobornik.

Was die Bettertschaft anbetrifft, so mögen sich die Herren M. und L. B. auseinandersetzen. Ein Wägelchen brauchte aber Herr Lud. B. nicht in Posen beim Juden zu kaufen, da er einen solchen auch verhältnismäßig billig beim Landsmann bekommen konnte. Bei dem erwähnten Better zu kaufen, dazu hat ihn niemand gezwungen, aber wie zum Posse nach Posen zu fahren und beim Juden zu kaufen, ist auch nicht hübsch. Wir bitten die Herren Kaufleute in Posen, welche Kinderwagen zu verkaufen haben, ihre Preislisten Herrn Ludwig Bochenski in Dobornik zuzusenden.

Dobornik.

Der Vater verkaufte fast $\frac{1}{4}$ des Hauses zur Hochzeit, das Töchterchen aber kleidete sich mit einem nicht beim Landsmann gekauften Hut und in ein bei einer Deutschen genähtes Kleid. Fräulein Ezer. kam als Kameradin in hübschen Schuhchen und in einem schönen Kleide, aber von wem waren diese Schuhe und wer hat das Kleid genäht?

Pleschen.

Herr Franz Wal. verbringt seine freie Zeit vorwiegend beim jerusalemischen Adel. Bonbons und Getränke sind ihm lieber vom Hasen, als vom Kaninchen. Er geht auch zum Handel zu Fremden — in der Stadt und auf die „grüne Wiese“. An dem in der Fastenzeit abgehaltenen Tanzkursus hat er lebhaft teilgenommen, natürlich mit einer Fremden.

Hohenfalza.

Fräulein Per. und Str. sah man am Sonntag beim Tanze mit Pickelhauben. Sind das Polinnen? Warten wir auf die Antwort der Mutter und des Vaters. Die Malerarbeiten übertrug Herr Wajsat einem Fremden. Fräulein Min. sah man in „Weiß“ ausgehen. Daß man doch bei den Unsrigen das nicht bekommen kann. Womit man umgeht, das hängt einem an . . .

Tremessen.

Am Sonntag, den 10. Juni, gingen die Kinder zur ersten Kommunion. Darunter war ein auchkatholisches (gemeint ist deutschkatholisch Red. d. Ges.-Ab.) Darum ließ sich der Geistliche auch deutsch vernehmen. (für eins! Red.) Augenscheinlich ist es zu wenig, daß eine Kirche in eine dajezze umgewandelt wurde, und in der zweiten, deren herrliche Mauern 120 Jahre hindurch kein deutsches Wort gehört hatten, wiederholt sich das heut so oft. Am Tage vorher fand die Trauung des Fräuleins Krygier, Tochter des Kaufmanns Herrn Michael Krygier, früher in Gembith, mit Herrn Sommer, Lehrer an der hiesigen Volksschule statt, aber nur deutsch, denn Herr Sommer ist des polnischen nicht mächtig (aber Frä. Kr. Red!) Die Trauung erteilte der hochw. Herr Propst Marchwinski.

Schroda.

Herr G., der diesjährige Schützenkönig, von wem hat er alle Getränke zu der geräuschvollen Königsfeier bezogen? Herr G. fordert, daß die Landsleute ihn unterstützen, er selbst aber tut das nicht. Auf Lager haben Wein usw. die Herren Hüttner, Blazak, Kubicki, Mikiczyński und viele andere. Wenn der König es den Bürgern der Stadt Schroda nicht gönnte, so konnte er es aus Posen von einer polnischen Firma beziehen. Ich bitte mithin, sich zu bessern.

Einer für Viele.

Kurnik.

Herr J. Rob. folgte dem Beispiel des Herrn S. und kaufte Dachziegel vom Adel „Mi wai“, und ein Hase schlug sie an. Ein hübsches Beispiel gegeben Fräulein Azia und Frau Zentk. Sie gehen von Herrn Michel fort und direkt zu Herrn Max.

Gnesen.

„Ich kann hingehen, wo ich will, und übrigens werde ich noch den polnischen Zeitungen zum Pöffen zum Juden gehen“ — so sagen gewisse Leute und so handeln sie. Was werden unsre Söhne und unsre Töchter sein, welchen Beruf sollen sie sich wählen, wenn sie die Landsleute und Glaubensgenossen meiden? Mit gutem Beispiel dienen dagegen, denn sie erledigen ihre Beforgungen nur beim Landsmann die Herren J. Stanislawski, St. Bayer, St. Ober, W. Szalbiarz, M. Nowak, Frau Kubisiak's Fuß hat noch nie das Geschäft eines Nichtlandsmannes betreten, und was das Fleisch anbetrifft, so würde ihr solches nicht durch den Hals wollen, wenn es nicht vom Landsmann bezogen wäre. Fr. Ziolkowska efelt sich vor Kocherem, Fr. Wielgoracka kaufte Kleider, Schuhe, Lichte zur ersten hl. Beichte alles beim Landsmann.

Frä. J. Ober . . .

Krone a. Br.

Jener Herr von der Althofer Höhe will ein wackerer Pole sein, er amüsiert sich aber alle Sonntage nur in kafatistischen Sälen mit Juden und jüdischen Mädchen. Wir haben doch unsre Vergnügungen zur Genüge und eine Masse polnischer Mädchen.

Strelno.

Die Töchter hiesiger Bürger, z. B. die Frä. W. W. kaufen Stoff zu ihren übertriebenen Kleidern bei Fremden und sie finden lediglich an dem Geschmack, was nach Knoblauch und Zwiebeln riecht. Ebenso verführen die Polinnen Wanda, Zojta und Manka aus der deutschen Tanzstunde. Sie flirteten stark mit Fremden und diese ließen sie als Revanche für die leidenschaftliche Zuneigung sitzen.

Briesen.

Fräulein Mureca und Picca, weshalb gehen sie so mit Archeninsaffen zu Wein und Imbiß zu Fremden. Zwei Fräuleins amüsieren sich mit Flirt bis Mitternacht. Die eine ergreift den Widder an den Hörnern, die andre den Peizker am Schwanz. Und die Eltern? Schmecken dem Großmütterchen die Lämmchen, was? Soll der Mann sich in einen Hirsch verwandeln

Löbau.

Der Konsumverein hat den Resterverkauf in der Drenzen-Post anonciert, und weshalb hat er die Bekanntmachung nicht an die Gaz. Grud. gegeben, die vom Volke gelesen wird, an die Praca und die Thorner Blätter, die von der Intelligenz gelesen werden? Auch die Pokraka ist hier abonniert, weshalb gönnt man polnischen Blättern nichts? Die Bank kauft Ditten und Papier nicht beim Landsmann und Kohlen liefert (ich weiß nicht genau, ob für die Bank selbst oder ob für die Beamten) ein Deutscher. Der Edelmann aus Pomierki kauft Waren von einer Fremden, ebenso Herr Baj. aus den Abbauten. Der Herr Gastwirt aus Roz, der alles beim Nichtlandsmann kauft, beabsichtigte, ein Sommervergnügen zu veranstalten, (hat er es getan? Red.) hat dort auch Hasenfett geherrscht? Die Barmherzigen Schwestern vermögen keine polnische Quelle zu finden, wo Viktualien zu kaufen wären. Wer gibt die Fonds her?

Gingefandt.

Charlottenburg, 5. Juli 1906.

Das Sokolkonzert zu Pfingsten ist gut gelungen, 200 Mk. überschuß, — und hierzu hat nicht wenig die Tombola beigetragen, für welche der Vorstand für 30 Mk. Pfänder vom Nichtlandsmann gekauft hat. Nach Laternen für die Kinder ist er nach „Palästina“ gefahren, die Reisekosten betrugen 80 Pfennig, — denn in Charlottenburg hat nur Herr Tyrakowski Laternen zu 9 Pfennig zu verkaufen, und dort kaufte man sofort en gros 50 Stück zu 8 Pfennigen. Ihr Pharisäer! In Versammlungen wettert Ihr über die Verkäufer unter der Losung „Der Landsmann zum Landsmann“, und jetzt als Präses handelt man so! Überhaupt herrschen in unserm Sokol beklagenswerte Verhältnisse. Der stellvertretende Vorsitzende hat seine Kinder zu Deutschen erzogen. Der Präses und der Kassierer haben deutsche Frauen, die Töchter des stellvertretenden Vorsitzenden. Der Präses sucht wenigstens seine Kinder polnisch zu erziehen, aber der Kassierer führt ein ganz deutsches Haus. Der Schriftführer? . . . Der Turnwart glaubt an den Moses. (Mit der Nichtaufnahme von Leuten, die mit deutschen Frauen verheiratet sind, sind wir nicht ganz einverstanden. Sie ignorieren und isolieren ist noch schlimmer. Sind sie von makellosem Charakter, so darf man sie nicht von sich stoßen. Man

hilft wenigstens mit der Zeit die Kinder für das Polentum retten, und sie selbst. Red.) So sieht der Sokol in Charlottenburg aus, und was sagt der Verband dazu?

Gingefandt.

Aus einer verzerrten Stadt.

Schon viel Zeit ist seit dem Moment verfloßen, seit welchem die Redaktion in den Spalten ihres Blattes einige sozusagen schmutzige Ausschreitungen gegen das nationale, allgemein polnische Gebot aufzunehmen geruhte, das in der Tat der Hebel und das Fundament unserer nationalen und wirtschaftlich industriellen Existenz sein sollte und ist, jene der ersten nationalen Lösungen „Der Landsmann zum Landsmann“. Und es konnte so manchem scheinen, daß bei uns eine Wendung zum besseren eingetreten sei und daß die Verhältnisse sich gebessert hätten! Doch leider, statt dessen verschlimmert sich die Lage von Tag zu Tag.

Die Aristokratie aus der Stadt und Umgegend, die sorglich darauf achtet, daß in ihren Adern doch blaues Blut rinnt, zieht sich von allem zurück, was in ihren Augen niedriger und unwürdig ist, sie zieht sich vom Volk, vom Bürgertum zurück, die Intelligenz, die bei uns noch ziemlich selten ist, obgleich sich zu ihr sehr viele rechnen, bei denen die Tasche voll und der Kopf leer ist, welche an jene Tasche glauben wie der Jude an Moses und infolgedessen sicher sind, daß sie auch schon alles Unrecht darauf besäßen, sich Intelligenz zu nennen, die Intelligenz, ich wiederhole es, die ziemlich selten ist, die im Besitz höherer Kenntnisse und Qualifikationen ist und uns darum über alles in Kenntnis setzen und belehren sollte, was wir Kleinen in unserer Unreife der polnisch-nationalen Begriffe nicht besitzen, sie gibt uns geradezu ein ärgerndes Beispiel; denn nicht genug damit, daß in den Mitgliederlisten unserer Vereine jemand ihre Namen vergebens suchen würde, obgleich sie wünschen, daß unsre Gesamtheit sie als unsere Halbgötter ehre, — diese Herren handeln geradezu unwürdig.

So spielt der Herr Apotheker Billard beim Juden, vielleicht deshalb, weil er ihn für „gesegnet“ hält und die Hoffnung hat, daß er unter dessen Fittichen eher in den Himmel kommen werde.

Der Askulapshüler, der Herr Doktor der Medizin, sowie der Herr Doktor der Chemie, der Herr Apotheker und viele andere Herren, spielen manchmal ziemlich lange in die Nacht hinein Mausehel unter der schwarz-weißroten Flagge. Aber ungeachtet dessen wollen und wünschen sie, da sie ihren Wohlstand und ihren eigenen Gewinn im Auge haben, daß das Volk und das Bürgertum, von der Lösung „Der Landsmann zum Landsmann“ getrieben, einzig zu ihnen sich begeben. Indem das Volk und das Bürgertum das Beispiel der „Götter“ befolgen, handeln sie nicht besser.

Die jüdischen Schänken sind am Sonntag mit polnischem Volke vollgepfropft, obgleich es bei uns einige polnische Schänken gibt, in denen man die Leute ebenjogut bedienen würde. Dem Herrn Organisten schmecken die Semmelnchen einzig von der deutschen Witwe.

Der Herr Busenaussteller und „Solist auf der Trommel“ kaufte einen Anzug beim Juden.

Unsre Jugend, und manchmal Jungen unter 15 Jahren, gehen in eine deutsche Destille zu Bier, denn dort wird es durch die Händchen einer anmutigen Huri verzapft.

Ist das nicht ein genügend finsternes Bild der hiesigen Verhältnisse? Ist eine noch ergiebige Seite

der Medaille nötig. Und wenn man alles, was hier vorgeht, so in mikroskopischer Weise erörterte, und dann eine Analyse unsrer Verhältnisse dem speziellen Urteil der öffentlichen Meinung unterbreitete, so bliebe uns in der Tat nur übrig, zu erröten. Doch wäre das keine Röte der Freude, sondern leider der Scham.

Ein Anjawier.

Bruckhausen.

Den Verfasser der Zuschrift über mich frage ich, wo er die Hosen und Weste gekauft hat, beim Landsmann etwa?

Recklinghausen (Westfalen).

Die Gewerbetreibenden, die Handwerker rufen in den Versammlungen „Unterstützt den Landsmann!“ — Was machen sie selbst aber? So kauft z. B. Frau G., die Gattin eines Schneidermeisters, der überwiegend polnische Abnehmer hat, Leinenwaren beim Abrahamchen. Frau F. gibt polnischen Weibern Stoff zu Schürzen, der nach Knoblauch riecht. Weshalb unterstützen diese Damen nicht den Landsmann? Der Herr Vorsitzende des Gesangsvereins hat Nadeln für die Abzeichen beim Hasen in Herne bestellt. Wußte er nicht, daß es auch ein polnisches Geschäft dieser Art gibt, — oder hat er es vergessen? — Das ist ein Vorsitzender!

Aus Nr. 151 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 6. Juli 1906:

V. Bekanntmachung vom 4. Juli 1906.

Brot für Landsleute!

Nachstehende in ihrem Beruf tüchtige Landsleute finden bei einem bestimmten Vorrat an Kapital Brot unter Landsleuten: 1. ein Rechtsanwalt, 2. ein Buchhändler, 3. ein Arzt, 4. ein Schmied, 5. ein Delikateswarenhändler (Umsatz 4—5000 Mk.), 6. ein Küfer, 7. ein Bäcker.

Wir suchen Stellen 1. für einen um die Gesamtheit verdienten älteren Landsmann als Rentant oder Mitarbeiter in einem Fabrik- oder technischen Bureau oder in der Redaktion eines Volksblattes, 2. für einen 24jährigen Jüngling, einen Bankbeamten, für sehr bescheidene Bezahlung, 3. für einen aus Westpreußen stammenden 15jährigen Jungen in einem kaufmännischen Bureau, 4. für einen Jungen aus ordentlicher Familie als Uhrmacherlehrling in einer polnischen Stadt bei einem polnischen Meister.

Nähere Informationen — am liebsten mündlich — erteilt das Bureau des Strazvereins, Bäckerstr. 13. Adresse: Dr. Thaddäus Jaworski, Posen.

Aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 82 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 10. Juli 1906:

Was hat das polnische Volk noch mehr zu tun in Sachen des deutschen Religionsunterrichts?

Schon haben einige Volksversammlungen stattgefunden, in denen das polnische Volk laut gegen den Mißbrauch des Religionsunterrichts zum Verdeutschenden der polnischen Kinder protestiert hat. Und obgleich jetzt mit Rücksicht auf die eintretende Ernte diese Ver-

sammlungen nicht werden so sehr zahlreich abgehalten werden können, so ist zu erwarten, daß es, sobald die größte Arbeit vorüber ist, keine Parodie geben wird, wo nicht eine solche Versammlung abgehalten würde. Wir meinen, daß dann das ganze polnische Volk sich regen und mit lauter Stimme gegen die unserer hl. Kirche schädliche Arbeit der preußischen Regierung in der Schule protestieren wird. Diese Versammlungen und die in ihnen gefaßten Resolutionen, sowie die in ihnen ausgesprochenen Proteste werden bestimmt für unsere Gesamtheit sehr vorteilhaft sein, aber diese Proteste werden bei dem preußischen Kultusminister nicht den erwünschten Erfolg haben. Diese Proteste werden nämlich bei den Regierungen in Posen, Bromberg, Marienwerder, Danzig, Oppeln usw. erstickt.

Und demnach ist es nötig, daß davon, was die polnischen Eltern denken, der Mann erfahre, der eben an der Spitze des Kultusministeriums in Preußen steht. Dieser Herr hat augenscheinlich leider nicht den rechten Begriff von der Pädagogik oder von den Grundsätzen eines verständigen Unterrichtens, sonst müßte er wissen, daß der den polnischen Kindern in der fremden, für sie unverständlichen deutschen Sprache erteilte Unterricht ihre geistige Entwicklung hemmt, sie gewissermaßen zu Krüppeln macht. Er müßte wissen, daß besonders die Erteilung des Religionsunterrichts in einer unverständlichen Sprache den Kindern die Religion überhaupt abhold macht. Er müßte wissen, daß dieser Unterricht ein gräßliches Vergehen gegenüber dem kindlichen Geist, gegenüber den Seelen unserer polnischen Kinder ist.

Sollte aber dieser Herr Minister wissen, daß es so ist, während er trotzdem in den Schulen so zu unterrichten anordnet, so könnte man gegen ihn den Vorwurf erheben, er gestatte, da er nur die Germanisierung oder Verdeutschung unserer Kinder im Auge habe, absichtlich die Hemmung ihrer geistigen Entwicklung und durch den verkehrten Religionsunterricht ihre Demoralisierung und das Verlorengehen ihrer Seelen. Und angesichts dessen kann man fragen: Darf ein solcher Mensch Kultusminister sein?

Aber abgesehen davon erachten wir es als nötig, daß donnernde Proteste des polnischen Volkes den verschlafenen oder auch verhärteten Geist des Herrn Kultusministers aufrütteln.

Es ist jedoch schwer durchführbar, daß sich das ganze polnische Volk in Berlin einfände, um ihm einen, gleich einem Sturme donnernden Protest in die Ohren zu brüllen. Das Volk werde in dieser Hinsicht im Herbst die polnischen Abgeordneten vertreten. Aber auch das polnische Volk selbst sollte etwas tun. Auf den Minister Studt sollte eine Masse von tausenden und abertausenden schriftlicher Proteste mit hunderttausenden von Unterschriften herabstürzen, dann wird dieser Herr vielleicht erwachen, er wird vielleicht endlich verstehen, daß da in den polnischen Landesteilen doch etwas in Unordnung sein muß. Er wird sich vielleicht die Augen reiben und sehen, daß die preußische Schule bei uns nicht die rechten Wege geht.

Vorwärts also, Brüder, Landsleute, vorwärts, werft dem Minister donnernde Proteste hin, werdet direkt bei ihm vorstellig wegen der Unbill, die Euren Kindern widerfährt, mit einem Wort, wie es jener Minister verdient.

Da vielleicht nicht jeder von Euch weiß, wie ein solcher Protest kurz und bündig zu schreiben ist, da wir besonders fürchten, mancher von Euch würde vielleicht so schreiben, daß dann der Herr Minister noch einen Prozeß gegen ihn anstrengen ließe, bieten wir unten ein kurzes Muster, wie man schreiben kann. Am besten wird es etwa so heißen:

....., den 1906.
(Name der Ortschaft und Datum.)

Protest polnisch
katholischer Eltern ge-
gen den Gebrauch
deutscher Sprache beim
Religionsunterricht.

Erzellenz!

In unserer Schule wird der Religionsunterricht unseren polnisch-katholischen Kindern in der ihnen unverständlichen deutschen Sprache erteilt. Der Religionsunterricht gestaltet sich hierdurch zu einem Unterrichte, der den Grundsätzen der katholischen Kirche widerspricht. Überdies haben hervorragende Pädagogen wie z. B. Overberg schon vor Jahrzehnten festgestellt, daß ein unverständlicher Religionsunterricht den Kindern nicht nur den Unterricht, sondern die Religion selbst verhasst machen kann.

Von schweren Sorgen um das moralische Gedeihen und um das Seelenheil unserer Kinder getrieben, protestieren wir auf das energischste gegen die Gefährdung des moralischen Gedeihens dieser Güter durch den unverständlichen deutschen Religionsunterricht. Wir protestieren gegen die Weitererteilung dieses, gegen die Grundsätze der katholischen Kirche verstößenden Unterrichts und verlangen die Wiedereinführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache.

Wir teilen Ew. Erzellenz auch mit, daß wir unseren Kindern verboten haben, während des Religionsunterrichts deutsch zu beten und die deutschen Fragen des Lehrers zu beantworten.

Hochachtend

(Unterschriften.)

So kann das Schreiben an den Minister lauten. Möge mithin in jedem Dorf, in jeder Stadt jemand diesen deutschen Brief auf einen großen Bogen Papier legen, die Unterschriften aller polnischen Eltern aus dem Dorfe sammeln und sie so schnell als möglich an die Adresse senden: An den Herrn Kultusminister, Erzellenz v. Studt, Berlin.

Möge einen solchen Brief jedes Dorf und jede Stadt besonders absenden, daß es recht viele werden. Es brauchen nur einige Tausend solcher Briefe an den Herrn Minister gelangen, so wird dieser Herr vielleicht aufwachen und er wird geruhen, in diese Arbeit der Schulinspektoren, Regierungsräte und Lehrer einen Einblick zu tun.

Brüder, Landsleute, wir haben die Hoffnung, daß sich doch in jedem Dorf ein Wackerer finden wird, der diesen Brief abschreiben, Unterschriften sammeln, eine Marke zu 10, oder wenn der Brief dick ist, eine solche zu 20 Pf. aufkleben und ihn absenden wird. Wir bitten uns auch so schnell als möglich auf einer Karte mitzuteilen, welches Dorf einen Brief an den Minister gesandt hat und wieviel Unterschriften er hatte. Brüder, Landsleute! Wir hoffen, daß Ihr Eure Kinder liebt, daß Ihr unseren heiligen Glauben liebt, darum meinen wir auch, daß Ihr dies unsererseits Euch empfohlene Mittel der Verteidigung anwenden werdet. Seid aber

überzeugt, daß die Tausende Eurer Briefe nicht so ganz ohne Erfolg bleiben werden. Wichtig wird es auch für unsere Abgeordneten sein, wenn sie werden im Landtage sagen können, daß der Minister so und so viele Briefe erhalten habe. Und darum vorwärts ans Werk und schickt Briefe ab!

Aus Nr. 83 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 12. Juli 1906:

Petitionen

in Sachen des polnischen Religionsunterrichts haben bisher nachstehende Ortschaften entsandt:

A. an den hochwürdigsten Erzbischof Dr. von Stablewski:	
Görzshof, Parochie Odrowoz.....	28 Unterschriften
Kasewo.....	15 "
Neuteich, Parochie Schneidemühlchen, Kreis Jilehne.....	40 "
Retkowo.....	32 "
Mierzewo.....	65 "
Alexanderruh bei Neustadt a. W. ...	20 "
Altframzig.....	49 "
Konkolewo, Parochie Granowo, Kreis Grätz.....	103 "
Walentykowo.....	20 "

Zusammen bisher 372 Unterschriften.

B. an den hochwürdigsten Bischof Dr. Rosentreter:	
Gawlowitz bei Rehden.....	27 Unterschriften
Ciemniski, Parochie Jezewo.....	56 "

Zusammen bisher 83 Unterschriften.

In den Briefen, die man uns einsandte, wurde die Dankbarkeit für den Rat und für die Erleichterung in Bezug auf die Fassung der Petitionen, zum Ausdruck gebracht.

Aus Görzshof schreibt man uns hinter der Angabe der Zahl von Unterschriften: „O möchte doch Gott geruhen die Herzen unserer Feinde umzuwandeln.“

Aus Neuteich teilt man uns mit, daß die Petition auch diejenigen Frauen unterschrieben haben, deren Männer sich der Arbeit wegen nach weiteren Gegenden begeben haben und aus diesem Grunde augenblicklich abwesend sind.

In jenem kleinen Dorfe wurden 40 Unterschriften gesammelt.

Aus Altframzig wird uns, außer der Mitteilung über die Unterschriftenzahl noch geschrieben, daß das ganze Dorf mit Ausnahme von zwei Deutsch-katholiken unterzeichnet hat, daß alle sehr willig unterzeichnet haben und sich darüber freuen, daß die Gazeta Grudziadzka sich so sehr um alles kummere.

Aus Alexanderruh dankt man für die Raterteilung und teilt die Zahl der Unterschriften mit. Der Korrespondent bittet um Nachsicht wegen der Schrift, denn — er sagt — das hat kein gelernter Schreiber geschrieben, sondern ein Bauer von der schweren Arbeit.

Der Anfang ist mithin gemacht! Mögen alle polnischen Väter so schnell als möglich die Petitionen fertig machen und dieselben mit Unterschriften versehen, unverzüglich zu Händen ihrer hochwürdigsten Erzherren einsegnen.

Aus Nr. 84 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 14. Juli 1906:

Bittschriften

in Sachen des polnischen Religionsunterrichts

haben bisher nachstehende Ortschaften abgesandt:

A. An den hochwürdigen Herrn Erzbischof
Dr. von Stablewski:

Siforowo.....	38 Unterschriften.
Al.-Starolenka, Parochie Stajschin..	92 "
Godzimierz, Parochie Samoklensk..	14 "
Budzislau, Parochie Goscieszin ...	33 "
Drąg, Parochie Jilehne.....	237 "
Vorher aus 9 Ortschaften.....	372 "

Zusammen bisher 786 Unterschriften.

Aus allen diesen Ortschaften teilt man uns mit, daß alle gern die Bittgesuche unterzeichnen.

In Drąg hat sich alles Volk gern am Unterschreiben beteiligt, sodaß niemand fehlte. (Bravo!)

Aus Godzimierz teilt man mit: Wir haben uns alle zusammengetan und das Bittgesuch an den hochwürdigen Herrn Erzbischof unterzeichnet.

Aus Budzislau schreibt man uns, man habe auch ein Schreiben mit 18 Unterschriften an den Lehrer gesandt in Sachen des polnischen Religionsunterrichts und werde in kurzem einen mit Unterschriften versehenen Protest an den Herrn Kultusminister absenden.

In Siforowo bei Kruschwitz wird u. a. der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß alle Polen aus allen Dörfern Bittgesuche absenden möchten; sofern dies geschähe, würde es bald anders sein.

Vorwärts also, ans Werk! Mögen alle dem Beispiel der obengenannten Dörfer folgen! Mögen mithin alle polnischen Väter sobald als möglich Bittschriften ausfertigen und sie ungefäulmt mit Unterschriften versehen an die Hände ihrer hochwürdigsten Erzherren absenden!

Aus Nr. 85 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 17. Juli 1906:

Rawra, Kreis Thorn.

Mit großer Anerkennung muß hervorgehoben werden, daß die Postdirektion sich bemüht, soviel Agenturen und Hilfspoststationen als möglich und fast in jeder größeren Ortschaft eine Poststation einzurichten. Aber daß für vier Familien eine neue Station eingerichtet und die bisherige aufgehoben wird, davon hat wohl gewiß noch niemand etwas gehört und doch ist so etwas bei uns passiert.

In unserem Dorfe befand sich eine musterhaft geführte Postagentur, die gelegentlich der amtlichen Revisionen so oft gelobt und auch von uns allen einstimmig und einmütig wegen der ungewöhnlichen Akkuratheit gelobt worden ist.

Diese Agentur hat man uns aus dem Dorfe, wo wir es so bequem hatten, genommen und sie nach dem ziemlich zwei Kilometer vom Dorfe, das sind 2000 Meter entfernten Bahnhof verlegt, wo nur vier Beamtenfamilien wohnen. Am 30. Juni wurde plötzlich ohne vorherige Benachrichtigung die Tafel abgerissen, es wurden die Bücher, das Schreibpult, die Akten, Stempel, die Wage usw. auf einmal und so schnell fortgenommen, daß die Leute nichts davon wußten und nach Zeitungen oder Briefen zur Post gingen, während sie nicht mehr an der alten Stelle war. Und weshalb? Sind etwa irgendwelche Unregelmäßigkeiten vorgekommen? Haben etwa die Abrechnungen nicht gestimmt? Ach wo! Alles war in musterhafter Ordnung und in einer bewunderungswürdigen Akkuratheit.

Also ist wohl diese Post überflüssig geworden? Auch das nicht; denn hier sind einige Ämter und Tausende von Mark, Hunderte von Briefen, Zeitungen und Sendungen aller Art sind monatlich durch ihre Hände gegangen! Warum hat man sie denn aus dem Dorfe genommen, warum hat man uns denn geradezu ein solches Unrecht zugefügt? **Weil der Chemann der Frau, welche die Post verwaltet hat, der „Straz“ angehört.** Höret nur! Jedenfalls ist die Existenz des Staates, zum mindesten aber der Post außerordentlich gefährdet.

Ist das nicht merkwürdig? Und daß uns dadurch ein Unrecht zugefügt wird, ist selbstverständlich. Postmarken haben die Leute nicht, folglich müssen sie mit den Briefen zur Post gehen, was in der jetzigen Hitze nicht zu den Annehmlichkeiten gehört; ob man nun ein Paket an den beim Militär dienenden Sohn abschicken will oder ob man Zeitungen abholen will, muß man einige tausend Meter laufen, wenn man nicht die Abtragegebühr bezahlen will. Zu Anfang des Monats ergaben sich daraus große Mißstände. Die Benutzung des Telephons, um sich mit jemandem zu unterhalten, ist auch sehr erschwert. Die Post ist im Eisenbahnstationsgebäude und sogar im Dienstbureau untergebracht; das Bureau ist immer voll Beamte und wenn man in ihrer Gegenwart telefonieren soll, wie kann da von einem Dienstgeheimnis die Rede sein? Ich danke dafür, wenn über meine Angelegenheiten Leute urteilen sollten, die dazu gar keine Berechtigung haben und welchen gegenüber man die Sache gerade geheim halten möchte. Wenn eine Nachricht über einen Krankheitsfall oder Todesfall oder irgend einen anderen plötzlichen Vorfall eingeht, wie soll man sich da gleich verständigen? Dann muß man zum Bahnhof laufen, wo mehrere Telephon- und Telegraphenapparate sind, an denen je ein Beamter sitzt, und seine Angelegenheiten besprechen. Die Briefträger wohnen im Dorfe und müssen täglich dreimal zum Bahnhof gehen, d. h. ihren Bezirk um 12 Kilometer vergrößern. Sie könnten in sehr berechtigter Weise um eine Zulage einkommen, denn dieses Hin- und Herlaufen ist eine überflüssige und unnötige Zugabe. Der Witterungsstand wurde jeden Vormittag telegraphisch mitgeteilt und man konnte ihn an der Post ablesen; heute hat das bei uns aufgehört, denn sich dieserhalb bis nach dem Bahnhof zu bemühen, kann niemand von uns verlangen; also auch diese für uns — namentlich während der Ernte — so nützliche Einrichtung ist uns vollständig verloren gegangen. Wir haben also mehr Kosten, Abgaben, Zeitverlust, Unannehmlichkeiten — und um derartige Sachen zu vermehren, dazu ist die Post wohl nicht da. Die Menschen sind nicht für die Post da, sondern sie soll zu ihrem Gebrauch und zu ihrer Bequemlichkeit dienen; das ist ihre Aufgabe, deren Ausführung auch derjenige gewissenhaft bewacht hat, der die Aufgaben der Post in die Höhe gebracht und sie erfüllt hat — der verstorbene Staatspostsekretär Stephan.

Ich habe die Ärmsten und die Greise, die ihre Renten abholen, zu der einige km entfernten Post gehen sehen; sie waren so ermattet und erhitzt, daß es ein Jammer war sie anzusehen. — Die Postdirektion wird von unserem Schreiben und von unseren Klagen über das uns zugefügte Unrecht Kenntnis erhalten; möge sie das gut machen und die alten so gesunden und bequemen Verhältnisse wieder schaffen. Es sind doch hier Lehrer oder Briefträger, denen man schließlich dieses Amt anvertrauen könnte. Dann wird die Post ihrer Aufgabe entsprechen und der Gerechtigkeit würde genüge geschehen. Der heutige himmelschreiende Zustand ist unhaltbar.

Aus Nr. 82 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 14. Juli 1906:

Ein deutscher Bauer

verlangte von der „Deutschen Bauernbank“ in Danzig die Regelung seiner Hypothek. Hierauf antwortete ihm der Bankvorstand, er werde die Hypothekenregelung in die Wege leiten, falls er die nötigen Unterlagen beschaffen und einen ihn bindenden Antrag bei dem Landrat unterschreiben werde. Gleichzeitig jedoch stellte der Vorstand die Bedingung, daß der betreffende Bauer tatsächlich ein Deutscher sei und daß er überall und stets sich nur der deutschen Sprache bedienen und sein Besitztum nicht ohne die Genehmigung der Bank verkaufen werde.

Das heißt also, daß die Bank nur für die Deutschen da sei, daß sie mit niemandem etwas zu tun haben wolle, der einen „polnischen Schnabel“ habe und der seinen Grund und Boden an einen Polen verkaufen wolle.

Wenn irgendeine polnische Volksbank ähnliche Bedingungen stellte, so würden die Hasatisten Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um ihr zu beweisen, daß sie Politik betreibe und um ihr zu schaden. Den deutschen Banken dagegen ist alles erlaubt.

Aus Nr. 85 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 17. Juli 1906:

Verent.

Die katholische Schule, die hier schon seit Jahren gebaut werden soll, aber nicht gebaut wird, ist ein wirkliches Schmerzenskind der Stadt. Schließlich ist beschlossen worden, sie außerhalb der Stadt, hinter dem Wohnhause des Kreischulinspektors zu bauen. Jedenfalls wird aber auch aus diesem Projekt wiederum nichts werden. Erstens ist die Grundfläche für eine 14klassige Schule zu klein — sie beträgt kaum 3000 qm —, zweitens liegt das Grundstück zu weit von der Stadt entfernt, und die Kinder sind doch nicht dazu da, daß sie im Sommer in der Hitze braten und sich im Winter die Füße erfrieren; drittens befand sich auf dem Grundstück Sommer und Winter Wasser, und man hat es erst in diesem Jahre zugegossen. Diese Sandzuschüttung wird nicht viel helfen, denn wenn das Frühjahr kommt, wird man dort wieder stündlich 70 bis 100 Eimer Wasser abpumpen können; denn an dieser Stelle befindet sich ein Quell.

Es ist daher vollständig unbegreiflich, wie die Stadtväter ein derartiges Grundstück zum Bau einer Schule haben aussuchen können? Sollen sich die Kinder in einem solchen Gebäude einen ewigen Rheumatismus holen?

Es darf erwartet werden, daß sich die Stadtväter noch eines anderen besinnen und nicht der Stimme irgend eines Protestes einzelner Personen folgen werden, denen die Erbauung der Schule auf dem Büttnerischen Grundstück nicht gepaßt hat, sondern daß sie die Forderungen der Bequemlichkeit und Gesundheit im Auge behalten.

Aus Nr. 83 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 17. Juli 1906:

Zoppot.

In diesem Jahre sind ebensoviel Badegäste als im vorigen Jahre, dagegen mehr Polen als Deutsche. Die Polen in Zoppot müssen durchaus die Einführung polnischer Predigten in Zoppot zu erlangen suchen.

Wir sind überzeugt, daß der Herr Bischof ihrer Bitte willfahren würde, wenn sie eine Petition oder eine Deputation zu ihm sendeten.

Das Wehklagen in den Zeitungen nützt garnichts. Die Deutschen haben gewissermaßen scheinbar Recht, wenn sie von einer „Aushebung durch die polnischen Zeitungen“ reden. Da sie nämlich nicht die geringsten Bemühungen von den in dieser Beziehung maßgebenden Faktoren sehen, müssen sie sich unwillkürlich sagen, daß nur die polnischen Zeitungen etwas anstreben, was den polnischen Parochianen gleichgültig ist.

Darum also zur Tat! Mögen die Landsleute in Poppel sich zur Absendung einer Petition oder Entsendung einer Deputation an den Herrn Bischof aufrufen. In den heutigen von germanisatorischen Bestrebungen — sogar in unseren Kirchen — überfüllten Zeiten fliegen die gebratenen Tauben nicht mehr von selbst in den Mund.

Aus Nr. 82 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 14. Juli 1906:

Für nichts in der Welt Preußen sein.

In einem kürzeren Artikel über die Bewohner des neutralen Gebiets Moresnet-Altenberg, die sich nötigenfalls Belgien einverleibt wissen wollen, schreibt die Gazeta Olsztynska u. a.:

Diese Abneigung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem deutschen Reiche muß umsomehr Wunder nehmen, als diese Bevölkerung deutsch fühlt und ihr Deutschtum zu bewahren wünscht. Man kann diesen Standpunkt aber leicht verstehen, wenn man den Kontrast in Rücksicht zieht, der gegenwärtig zwischen einem Staate der wirklichen Freiheit und dem heutigen durch von einem Polizei- und Unteroffiziergeiste durchdrungenen Preußen besteht.

In Preußen ist der Bürger für die Polizei geschaffen; in anderen freiheitlichen Staaten ist die Sache umgekehrt. In sehr berechtigter Weise fürchten die Bewohner von Moresnet den preussischen Schutzmann.

Wenn sich also selbst Deutsche das preussische Joch nicht wünschen, wie können da die Preußen von uns Dankbarkeit fordern für die Bedrückung und die hafatistischen Schikanen? Mit dieser ihrer Bedrückungspolitik werden sie uns niemals eine Anhänglichkeit zu Preußen erwecken, **und deshalb werden wir, solange diese unsere nationale Bedrückung nicht aufhört, immerfort Haß gegen unsere Bedrücker nähren**, und das kann uns kein vernünftiger Mensch übel nehmen.

Aus Nr. 3 des Mazur (Ortelsburg)
vom 11. Juli 1906:

Zum Schutz der polnischen Sprache.

Unter dieser Überschrift knüpft der Mazur an die Wiedergabe der von Herrn v. Koscielski im Herrenhause gehaltenen Rede, die er mit den Worten schloß:

„Es gibt keine Macht, die es macht,

Aber es gibt ein Recht, das sich rächt“;
folgende Betrachtung:

Den Herren Ministern war es unangenehm, so wahre Worte und eine solche Verteidigung der polnischen Sprache zu hören, die auf Schritt und Tritt verdrängt wird, und so gaben sie sich auch Mühe, die Ausführungen des polnischen Abgeordneten zu widerlegen, es gelang ihnen aber nicht.

Heut bemerken wir nur kurz, das alles, was Herr v. Koscielski bezüglich der polnischen Sprache in Schlesien und im Posenschen gesagt hat, in gleichem Maße auch für die polnische Mundart in Masurien gilt. Die Deutschen sagen, unsere masurische Rede sei nicht polnisch, sondern irgendeine andere, für sich bestehende Mundart. Sie sagen auch, daß wenn die in Masurien gebrauchte Sprache polnisch sein soll, dies nur eine Verdrehung der polnischen Sprache sei, und daß der Pole aus Posen den Masuren nicht verstehe. Das alles ist nicht wahr. Wir sagen auch, liebe Leser, daß unsere Aussprache in Masurien bisweilen noch besser und schöner ist, als die im Posenschen. Jede Sprache entwickelt sich, und im Laufe der Jahrhunderte verwirft sie alte, mitunter sehr schöne Ausdrücke, die zu verwerfen schade ist. Hier in Masurien kennen wir fast unverändert die Sprache, welche die berühmten Männer Rej und Kochanowski sprachen, und da wir durch Jahrhunderte mit der übrigen polnisch redenden Bevölkerung nicht in Berührung kamen, sahen wir nicht, wie anderswo statt alter neue Redewendungen gewählt wurden.

Und so sind uns denn die alten wunderschönen Ausdrücke geblieben, die anderswo vergessen wurden. Diese Ausdrücke brauchen wir nicht zu verwerfen, und wenn wir uns ihrer auch bedienen, so ist es dennoch ausgeschlossen, daß uns Masuren ein Pole nicht verstände. Jeder wird sich im Gegenteil freuen, wenn er uns Masuren diese Sprache reden hört.

Für heut soviel, gelegentlich aber werden wir über unsere schöne Sprache länger plandern.

Aus Nr. 4 des Mazur (Ortelsburg)
vom 15. Juli 1906:

Die Berücksichtigung der Muttersprache.

Die in Ostpreußen wohnhafte litauische Bevölkerung beklagt sich mit Recht darüber, daß den Kindern in der Volksschule der Religionsunterricht nicht in polnischer Sprache erteilt wird. Die Regierung müßte dem übel abhelfen, sagt das deutsche Blatt die Post. Das Blatt rät ferner, sich um Lehrer zu bemühen, die den Unterricht in litauischer Sprache erteilen können.

Das ist sehr richtig, und wir wünschen den Litauern von ganzem Herzen, daß ihre Forderungen erfüllt würden.

Dagegen müßte die Regierung auch nicht minder die Forderungen der Masuren berücksichtigen. Es gibt nur ein angeborenes Recht zur Erhaltung und Pflege der Muttersprache, und dieses Recht verpflichtet alle Völker und Regierungen. Ebenso wie in den Schulen, die von den litauischen Kindern besucht werden, der Unterricht und namentlich der Religionsunterricht in litauischer Sprache erteilt werden müßte, so müßten auch die Kinder in den Schulen Masurens polnisch lernen.

Wenn wir die Bevölkerungsziffer vergleichen, obwohl das in diesen Angelegenheiten nicht maßgebend ist, so hätten wir noch einen größeren Anspruch darauf als die Litauer. Unter preussischer Herrschaft befinden sich 100 000 Litauer, während es in Preussisch-Masuren über 350 000 evangelische Masuren gibt, also dreimal soviel. Wenn also die Regierung um unser Wohl besorgt ist, und jede Regierung muß darum besorgt sein, dann gehört es sich auch, daß sie in unseren Schulen den polnischen Sprachunterricht einführt.

Aus Nr. 151 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 6. Juli 1906:

Mein Rittergut in Pommern

Kreis Belgard in Pommern, 3 Stunden von Berlin, verkaufe ich wegen meiner öfteren Abwesenheit von dort billig für den Preis von 300 Mk. für den Morgen bei $\frac{1}{3}$ bzw. $\frac{1}{4}$ Anzahlung. Fläche 1700 Morgen, davon 1300 Morgen Acker, 200 Morgen Wiesen, 220 Morgen Wald. Erstklassige Gebäude und Inventar, hervorragende Ernte.

Gütige Offerten an die Expedition des Goniec Wielkopolski unter Nr. 613.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 157 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 14. Juli 1906:

„Der Verein Straz in Schlesien.“

Unter dieser Überschrift bringt der Polak, das Organ des Herrn Abgeordneten Korfanty, einen Bericht, der bezüglich der Ansprache des Herrn Ruczynski als Starosten des Vereins „Straz“ nicht genau abgefaßt ist.

Herr Ruczynski hatte bemerkt, daß in anbetracht der sich bei einem gewissen Teil unserer Geistlichkeit kundgebenden Absicht, sich der polnischen Bewegung anzuschließen, diese Bewegung jeden Schein des Radikalismus vermeiden müsse, um den Geistlichen den Beitritt zu unserer Partei nicht zu erschweren. Der Verein „Straz“ sei keine radikale Organisation, immerhin werde sie aber von unseren politischen Gegnern als solche angesehen. Angesichts dessen hielt es der Redner für angezeigt, Berlin und Breslau keine Waffe in die Hand zu geben, die die Annäherung der Geistlichen an das polnische Volk erschweren könnte.

Diese Waffe erblickte Redner in einer allzu eifrigen und lauten Agitation zugunsten des Vereins „Straz“, die — nicht umsichtig geführt — leicht den Charakter eines für unsere Sache schädlichen Radikalismus annehmen könnte. Bekannt aber sei ja, was unter dem Worte „Radikalismus“ unsere Gegner verständen. Den Schein des Radikalismus zu vermeiden, — das hielt Redner im gegebenen Augenblick für etwas erwünschtes im Interesse der guten Sache.

Es ist auch nicht wahr, daß Herr Ruczynski gesagt habe, aus den vernommenen Berichten der Starosten folgere er, daß der Verein Straz in Schlesien eine hervorragende Rolle spielen werde. Wenn Redner diese Überzeugung hätte, würde er nicht das Amt eines Starosten angenommen haben.

Herr Ruczynski hatte nur bemerkt, daß aus den Berichten der Starosten hervorgehe, daß sich der Verein „Straz“ in nächster Zukunft nicht nach jener radikalen Richtung entwickeln werde, und darum werde sie im politischen Spiele in der Hand des Gegners nicht als Triumph dienen.

Zum Schluß muß betont werden, daß der Polak mit Unrecht die in der Versammlung anwesenden Starosten herabsetzt, wenn er behauptet, daß nach der von dem aufrichtigen Willen — der guten Sache einen Dienst zu erweisen — diktierten Ansprache Rufe erschollen seien: Natürlich solche, wie Sie sind! So taktlos waren die anwesenden Starosten nicht. Ungefähr diese Worte hatte nur der Vorsitzende der Versammlung, Herr Rechtsanwalt Dr. Seyda geäußert, wogegen Herr Ruczynski auch protestiert hatte.

Hierzu bemerkt der Polak in seiner Nummer 85 vom 17. Juli 1906 was folgt:

Dem Katolik gefiel unser Bericht über die Versammlung der Starosten des „Vereins Straz“ und im besonderen über die Auslassungen des Herrn Ruczynski nicht. Daher sucht er das Auftreten des Herrn Ruczynski zu entschuldigen. Wir haben in unserem Bericht weder etwas zu ändern, noch zu berichtigen. Gewiß hatten wir keinen Phonographen mit, um Herrn Ruczynski's Worte zu verewigen, jeder in der Versammlung Anwesende wird aber zugeben, daß unser Bericht völlig unparteiisch war.

Es ist eine alte Kampfesweise des Katolik, daß er sich sofort hinter dem Rücken anderer Leute versteckt, deren Wohlwollen er durch Schmeichelei gewinnen will. Wir halten die Äußerung des Herrn Dr. Seyda ebenfalls nicht für taktvoll und höflich, und wie es dem Katolik ebenfalls bekannt ist, waren übrigens Höflichkeit, Rücksichtnahme und Bescheidenheit diesem Herrn schon manchmal fremd. Wir hätten diese Äußerung auch nicht in der Zeitung gebracht, wenn die Versammelten durch Rufe und Gebärden nicht gezeigt hätten, daß sie mit ihm eines Sinnes seien. Natürlich waren wohl alle nur hinsichtlich der Sache selbst einer Ansicht, was die Form der Äußerung des Herrn Dr. Seyda anbetrifft, dafür können wir bürgen, daß sich niemand ihrer bedient hätte, und es hat sie wohl auch niemand gebilligt. Diese Angelegenheit ist eine rein persönliche Sache der Herren Seyda und Ruczynski. Für das Publikum hat sie gar kein Interesse, und darum gehört sie auch nicht in die Zeitung hinein.

— — — —

Aus Nr. 159 des Dziennik Slaski (Beuthen D.S.)
vom 16. Juli 1906:

In Sachen der Starostenversammlung des Vereins Straz

erhalten wir folgende Erklärung:

In Nr. 157 des Gornoslazak verteidigt der Verfasser des Artikels „Der Verein Straz in Oberschlesien“ die Starosten gegen den Vorwurf angeblicher Taktlosigkeit. Der Verfasser behauptet, die Starosten seien nicht so taktlos gewesen, daß sie im Anschluß an die Ansprache des Herrn Ruczynski ausgerufen hätte: „Natürlich solche, wie Sie sind,“ er behauptet dagegen, daß ich als Vorsitzender ungefähr diese Worte gebraucht hätte, er erhebt also mittelbar den Vorwurf gegen mich, ich sei dem Herrn Ruczynski gegenüber taktlos gewesen.

Hierzu erkläre ich: Herr Ruczynski hatte in seiner Ansprache ausdrücklich erklärt, daß er es mit Rücksicht auf die Frage des Anschlusses der Geistlichen an die polnische Bewegung in Oberschlesien für unvorteilhaft halten würde, wenn vor den nächsten Wahlen der Verein Straz in Oberschlesien größeren Einfluß gewinne, wenn er „mit größerem Anlauf“ zu wirken anfangen würde. In seiner darauffolgenden Ansprache hatte Herr Ruczynski erklärt, daß er die Besorgnisse, die er hinsichtlich der allzu günstigen Entwicklung des Vereins Straz gehegt habe, im Hinblick auf die Berichte der Starosten als hinfällig ansehe, und das seines Erachtens der Verein Straz in den allernächsten Jahren keine ansehnlicheren Ergebnisse erzielen werde. Zu diesen Worten des Herrn Ruczynski machte ich die Bemerkung: „Natürlich wird er keine erzielen, wenn alle Starosten die gleiche Anschauung wie Sie haben und danach handeln werden.“

Diese Bemerkung war meines Erachtens hinsichtlich der Form für Herrn Ruczynski nicht beleidigend, hinsichtlich des Inhalts aber halte ich sie völlig auf-

recht, denn einerseits halte ich die Möglichkeit, daß die polnischen Geistlichen an unserem politischen Leben offen teilnehmen könnten, auf noch viele Jahre für ausgeschlossen, andererseits aber ist es meine Überzeugung, daß ein Starost des Vereins Straz, welcher dafür hält, daß eine rasche Entwicklung dieses Vereins der allgemeinen nationalen Sache oder auch der Entwicklung der allgemeinen politischen Sache zum Schaden gereichen könnte, beim besten Willen mit gutem Erfolg der Sache des Vereins Straz nicht dienen kann.

Den Vorwurf der Taktlosigkeit weise ich angefaceits dessen als völlig grundlos zurück, und die versammelten Starosten verteidigt der Verfasser des Artikels ebenfalls ganz unnötig, weil meine Worte mit lautem Bravo aufgenommen worden waren.

Mit dem Ausdruck wahrer Hochachtung
ergebenster
Siegmund Seyda.

Im Namen der Unparteilichkeit geben wir voranstehendes Schreiben wieder.

Da wir im Dziennik Elonski und Gornoslonszak den Inhalt der Ansprache des Herrn Ruczynski auseinandergelegt haben, können die voranstehenden von Herrn Dr. Seyda angeführten Auslassungen nur auf einem Mißverständnis beruhen.

Herr Ruczynski wünscht dem Verein Straz gern den „größten Einfluß“, und er folgerte aus den Berichten der Herren Starosten durchaus nicht, daß der Verein Straz in nächster Zukunft keine ansehnlicheren Ergebnisse erzielen werde.“ Er warnte nur vor allzu eifriger und hastiger Agitation zugunsten des Vereins Straz, bevor sich das Verhältnis der geistlichen zur polnischen Bewegung geklärt haben werde, wobei er den spätesten Termin der abwartenden Stellung des Vereins Straz bis zu den nächsten Wahlen hinauschoß.

Aus den Berichten der Herren Starosten hinwiederum hatte sich Herr R. überzeugt, daß diese Agitation in den ersten Jahren schon allein wegen des Saalmangels, über den allgemein geklagt wurde, keinen günstigen Charakter annehmen werde.

Was die Bemerkung anbetrifft, die an die Ansprache des Herrn Ruczynski von Herrn Seyda geknüpft wurde, erklärt jener, daß er sich dadurch zwar unangenehm getroffen, nicht aber beleidigt geföhlt habe, und er hätte sie sicherlich der Vergessenheit anheimfallen lassen, wenn nicht der Polak in einer anderen Form mit der ihm eigenen Gier von ihr Notiz genommen hätte.

Wenn sie jedoch Herr Dr. Seyda hinsichtlich des Inhalts aufrecht hält, muß Herr R. die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

Indem wir noch bemerken, daß Herr R. die lauten Bravorufe, deren Herr Seyda Erwähnung tut, nicht gehört hat, erachten wir diese Angelegenheit für erledigt.

Aus Nr. 150 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 6. Juli 1906:

Betrifft den Verein Straz.

Kattowitz. Die geehrten Leser des Gornoslonszak ersuche ich freundlichst, sich möglichst zahlreich als Mitglieder des Vereins Straz zu melden. Ich habe hier selbstredend unabhängige Leute im Sinne, nicht aber solche, die durch ihren Beitritt zum Verein Straz ihrer Arbeit und ihres Broterwerbs verlustig gehen würden. Diese können durch kleine Geldspenden z. B. der Kommissare und durch vorsichtige Agitation zugunsten des Vereins Straz ebenfalls viel beitragen. Als Kommissare führe ich euch, liebe Landsleute, an: Die

Herren Adalbert Wiczorek in Myslowitz, Franz Richter in Rozdzin und Thomas Klimczok in Roztomow. Diese Herren erteilen Belehrungen über den Verein Straz; indem sie erklären, was dieser Verein für unsere polnische Volksgeamtheit ist, erfüllen sie alle ihnen auferlegten Pflichten; sie werden euch darüber mündlich unterrichten, auch werden sie euch über andere Ortschaften der Starostei für den Kreis Kattowitz IV, wie über Brzezinka, Krasowe, Schoppinitz, Burrowitz und die angrenzenden Kolonien Auskunft erteilen. Andere Blätter bitte ich, diese Bekanntmachung ebenfalls zu veröffentlichen.

M. Szyperski,
Starost für den Kreis Kattowitz IV.

Aus Nr. 82 des Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 17. Juli 1906:

Betrifft den Verein Straz im Kreise Rybnik.

Die geehrten Bürger aus Ruda, Nieborowitz, Wileza (?), Sohrau und Umgegend, die bereit wären, das Amt eines Kommissars für den Verein Straz anzunehmen, bitte ich, sich bei mir mündlich oder schriftlich zu melden, und ich werde jedem sich Meldenden die nötigen Druckfachen und Informationslisten postwendend übersenden.

Achtungsvoll

Alois Prus,
Starost des Vereins Straz,
Orzupowiz bei Rybnik.

Aus Nr. 84 des Polak (Kattowitz)
vom 14. Juli 1906:

Unsere Niederlagen.

In diesen Tagen erhielten die Mitglieder des Konsums „Unitas“, der sich in Liquidation befindet, die Mitteilung, sie möchten ihren ganzen Geschäftsanteil in Höhe von 10 Mk. bezahlen, mit der Mahnung, daß gegen sie der Prozeß angestrengt werde, falls sie nicht bezahlen würden.

Diese Briefe schlugen in die Gegenden von Beuthen, Eignie und Zabrze wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Ist doch in der Generalversammlung zu Beuthen versichert worden, daß sie gar keine Verluste erleiden würden. Und hier wird plötzlich von jedem Mitglied je ein Goldstück eingezogen. Unsere Redaktion wurde mit Briefen, voll von Klagen und Vorwürfen, voll von Erbitterung, überschüttet. Manche Leute drohen, daß sie aus allen polnischen Institutionen, aus den Banken, dem Verein gegenseitiger Hülfe austreten, das Abonnement polnischer Blätter einstellen und deutsche Zeitungen halten würden usw.

Es wiederholt sich also die ganze gleiche Geschichte, wie beim Konkurs des Konsums Merkur. Dieser wirtschaftlichen Niederlagen gab es in letzter Zeit leider sehr viele. Der Konsum Merkur verschlang ungeheure Summen, und das Volk mußte zahlen. Jetzt verschlingt wieder der Konsum Unitas Tausende von Mark. Tausende bezahlt das Volk, und andere Tausende der Teil unserer Intelligenz, welcher Wechsel unterschrieben hat, um die Grundlage dem Konsum zu sichern.

Doch das sind noch nicht alle Verluste. In letzter Zeit sind polnische Kaufleute bankrott geworden, und manche von ihnen haben Männern aus dem

Volke Verluste bereitet, denen es sehr schwer fällt, diese Verluste zu verschmerzen und zu überstehen.

In einer anderen Ortschaft hinwiederum haben fanatische Halbköpfe, sich mit dem Gewand schöner Ideale verhüllend, dem armen Volke Zehntausende von Mark entlockt, haben sich ordentlich die Taschen gespickt und gut gelebt.

Wir kennen Fälle, in denen armen Arbeitern ihre langjährigen Ersparnisse, das Geld, welches sie im Schwelge des Augesichts verdienen mußten, entlockt wurden.

Das sind Erscheinungen in unserem sozialen Leben die wir nicht verheimlichen dürfen, sondern man muß sich sie offen und aufrichtig vor Augen halten, erstens deswegen, um solche Niederlagen in Zukunft zu verhüten, ferner aber deswegen, damit dem Volke die Formen und Mittel unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens nicht auf ewige Zeiten vererbt würden.

Was ist die Ursache dieser unserer Niederlagen? Etwas böser Wille oder Gewinnsucht, wie die Korrespondenten an uns schreiben?

Nein, von den Gründern und Leitern des Konsums kann man das nicht sagen, und wer dies behauptet, der tut ihnen Unrecht. Wir können unsere Leser versichern, daß die Gründer und Leiter unserer Konsume von den besten Absichten beseelt waren, dem Volke aufrichtig helfen, seine materielle Existenz heben und lebensfähige polnische Institutionen schaffen wollten. Das erhellt schon daraus, daß sie selbst aus eigener Tasche hohe Geldsummen opferten, die versiegt sind und nie wiederkehren werden.

Nicht sagen kann man dies von den fanatischen Halbköpfen, den halbsozialistischen Sektierern, die, schöne Losungen verkündend, das Volk des schwer verdienten Geldes beraubten, um sich zu bereichern. Hier spielt deutlich der böse Wille eine Rolle, hier waren Betrüger tätig, vor denen wir unser Volk warnen müssen. Wen wir im Sinne haben, das werden die Beteiligten genau wissen, wir bedauern nur, daß wir nicht offen davon schreiben dürfen. Was ist die Ursache des Niedergangs der Konsume? Es gibt mehrere Ursachen. Die Gründer und Leiter hatten unbedingt nicht die nötige Erfahrung und den praktischen Sinn, um die Lebensmittel-Genossenschaften so zu leiten, wie ein umsichtiger Kaufmann sein Geschäft betreibt. Vielleicht hatten sie auch keine glückliche Hand bei der Wahl der Leute, die ihre Aufträge ausführen sollten. Wir erinnern nur daran, daß sich der Konsum Merkur einen Menschen ausersehen hatte, der in Schwien-tochlowitz Mitglieder warb und Eintrittsgelder einzog, sie zwar gut, aber für seine eigene Tasche einzog, denn der Konsum Merkur sah die gesammelten Gelder nie.

Ihr verdammt in euren Briefen die Gründer der Konsume bis auf den Grund der Hölle, und dennoch haben sie bewußt nichts verschuldet. Vom Konsum Unitas können wir wenigstens sagen, daß seine Leiter viel Zeit und viel Geld opferten, um ihm die Existenz für die Zukunft zu sichern. Vielleicht versprochen sie den Mitgliedern zu viel, vielleicht schritten sie zu rasch vorwärts und wollten sie in einem Jahre erreichen, was man erst nach langjähriger Arbeit erreicht; und darum entstand unter den Mitgliedern eine große Enttäuschung, als sich die gehegten Hoffnungen nicht erfüllten.

Von diesem Augenblick an begannen die Mitglieder Fehler zu begehen. Wie uns mitgeteilt wurde, hörte ein Teil plötzlich auf, im Konsum zu kaufen, und darum mußte der Konsum zu Fall kommen. Unseres Erachtens hätte man aber Versammlungen einberufen und den Mitgliedern aneinandersetzen sollen, daß sie zugunsten des Konsums eine noch tatkräftigere Agitation entfalten mußten, anstatt zur Auflösung der

Genossenschaft zu drängen. Mitglieder und Leiter verloren die Lust, und es mußte ein solches Ende eintreten, wie wir es jetzt sehen.

Die Mitglieder klagten, daß manche Beamte unhöflich mit ihnen umgegangen seien. Dieser Unhöflichkeit konnten sie selbst ein Ende bereiten, indem sie sich beim Aufsichtsrat oder in der Generalversammlung beschwert hätten. Heute ist die Entrüstung und Schmähung groß. Das hätte vermieden werden können, wenn der Aufsichtsrat und der Vorstand den Mitgliedern von vornherein gesagt hätten, daß ihnen die Geschäftsanteile verfallen werden. Wissen konnten sie dies doch. Wir haben die Überzeugung, daß die Mitglieder, wenn sie gewußt hätten, daß die Liquidation der Genossenschaft den Verlust der Geschäftsanteile zur Folge haben werde, zu der Auflösung der Genossenschaft nie ihre Zustimmung erteilt hätten. Sie hätten sich vielmehr bemüht, aus der Genossenschaft das zu entfernen, was nicht gut war, und sie hätten die Institution zu erhalten gesucht. Wenn die Institution durchs Feuer gegangen wäre, hätte sie später zweifellos größere Gewinne abgeworfen.

Obgleich wir mit den Konsumen traurige Erfahrungen gemacht haben, so hat sich unsere Überzeugung von den Konsumen dennoch nicht geändert. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir Lebensmittel-Genossenschaften unbedingt benötigen und daß wir uns solche lebensfähige Einrichtungen schaffen müssen. Das polnische Volk trägt alljährlich Hunderttausende von Mark zu unseren Feinden und dreht sich selbst den Strick. Der polnische Kaufmannsstand kann sich unter unseren Verhältnissen nicht ausbilden, wenigstens stößt er auf unüberwindliche Schwierigkeiten in anbetracht des starken deutschen Kapitalismus. Unter diesen Verhältnissen können wir nur mit vereinten Kräften durchsetzen, daß das Geld in polnischen Taschen verbleibe, wobei wir es unterlassen, die moralische Seite der Genossenschaften auch nur im geringsten zu kennzeichnen.

In England machten die Lebensmittel-Genossenschaften f. Bt. die gleichen Erfahrungen, sie verschlangen ebenfalls große Geldopfer, nachdem sie sich aber von diesen Kinderkrankheiten erholt haben, entwickeln sie sich jetzt glänzend und bringen dem Arbeitervolke ungeheure Vorteile. Und diese Vorteile muß auch unser Volk einmal erreichen.

Aus Nr. 83 des Polak (Kattowitz)

vom 12. Juli 1906:

Deutsch-Piekar.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In der Beilage der Nr. 2 des Polak vom 4. Januar 1906 wurde ein Artikel gebracht unter der Überschrift: „Deutsch-Piekar: Ein großes Argernis usw.“, in welchem Herr Kaplan Kofot und der Herr Organist Chodzinski bezüglich ihres Verhaltens zu der polnischen Kirchenmusik in Deutsch-Piekar einer Kritik unterzogen wurde und für welchen ich verantwortlich bin. Ich gebe zu, daß ich durch diesen Artikel, der auf falschen Informationen beruhte, diese beiden Herren, die nur nach den kirchlichen Vorschriften und im Sinne ihrer Pflichten handelten, zu Unrecht angegriffen und beleidigt habe; mit dem Ausdruck des Bedauerns nehme ich die Beleidigung zurück.“

Adalbert Sikora.

Aus Nr. 83 des Polak (Kattowitz)

vom 12. Juli 1906:

Michalkowiz.

Es gefällt uns nicht, daß der Pfarrer unserer Pfarochie Gerlich mit unserer nationalen Bewegung kämpft. Wir verstehen den Schmerz des Pfarrers Gerlich, der es als eifriger Zentrumsmann gern sähe, daß seine Schäfchen ebenfalls Zentrumsleute wären. Pfarrer G. verzeihe aber; in der Politik gibt es keine Hirten und Schäflein, sondern Bürger, denen es frei steht so zu handeln, wie sie es für gut ansehen.

Es gefällt uns auch das Vorgehen des Pfarrers G. gegen unsere politischen Führer nicht; ist es denn ein Wunder, daß dann in den Blättern über die Geistlichen Klagen erhoben werden, wenn diese sich Mühe geben, die Verleger polnischer Blätter herabzuwürdigen?

Es gefällt uns auch nicht, daß uns der Pfarrer von Beitragsendungen zu Kirchenzwecken nach Krakau abzuhalten sucht und uns empfiehlt, in die „Pfarrkanzlei“ Geld für arme Geistliche in Deutschland zu bringen. Warum sollen wir Polen deutsche Geistliche unterstützen? Sollen wir uns für unser Geld Leute großziehen, die uns das Deutschtum durch die Kirche einflößen werden? Die Bekämpfung von Beitragsendungen nach Galizien, durch die hiesigen Geistlichen kann bewirken, daß wir überhaupt die Lust zu Beitragsleistungen verlieren werden. Das wird zur Folge haben, daß wir weder hier, noch da einen roten Heller geben werden; sondern wir werden das Geld zur Unterstützung kranker Arbeitsgenossen und für unsere nationale Bewegung, zum Bau polnischer Häuser, zur Anschaffung von Bibeln und Büchern für Kinder und Erwachsene und zu ähnlichen Zwecken spenden.

Wenn der Herr Pfarrer von der Kanzel Betrüger bekämpft, so sollte er dies weniger zweideutig tun. Denn bis jetzt ließen uns die Worte: „Wie der Geistliche aus Krakau, der in Michalkowiz und Bangow umhergeht und Gaben sammelte, — ihr glaubt, er sei ein Heiliger, er ist aber ein Betrüger“ vermuten, daß der Herr Pfarrer dem verehrten Rustos des Bernhardiner Klosters in Krakau Pater Cyrill Strzemecki, den wir sehr hochachten und lieben, Unrecht tut.

Wenn jemand, so sollten sich die Geistlichen einander nicht herabwürdigen. Wir Parochianen werden uns als polnisches Volk stets auf die Seite eines landsmännischen Geistlichen, sei er aus Galizien, aus dem Königreich, sei er aus Westpreußen oder aus Posen, stellen, und einem Zentrumsgeistlichen werden wir nicht blind gehorchen.

Wir wünschen, daß von der Kanzel überhaupt nicht Verdächtigungen gegen unsere Nächsten geschleudert werden.

Mögen uns die Geistlichen lieber Nächstenliebe und Gottesgebote lehren, sowie Trunkenheit, Verleumdung und andere Sünden tadeln.

Wenn die Geistlichen nicht gegen unsere Führer und gegen unsere Nationalität kämpfen, sondern uns auf dem Wege der Tugend und der Pflicht unterweisen werden, dann werden sie uns lieb und teuer sein. Im entgegengekehrten Falle wird die Zahl derer, die während der Predigt die Kirche verlassen und ohne Predigt nach Hause gehen, bedeutend zunehmen.

Aus Nr. 84 des Polak (Kattowitz)

vom 14. Juli 1906:

Betrifft die polnische Volksbibliothek in Königshütte.

Der Posener Verein der Volksbibliotheken unterhält Hunderte von Bibliotheken, und im allgemeinen hindern dies die Behörden nicht. Auch bei uns in Oberschlesien haben wir diese Volksbibliotheken, hier bereiten uns aber allzu eifrige preußische Beamte die größten Schwierigkeiten. Geht da der Gendarm Rohl in Bismarckhütte die Kaiserstraße entlang und erblickt an einem Hause die Aufschrift: „Bezplatna Czytelnia Polska“. (Unentgeltliche polnische Bibliothek). Gut polnisch versteht er nicht, aber die polnische Aufschrift allein hält er schon für einen Fingerzeig, daß sich dort im Hause mindestens ein Faß Schießpulver in Gestalt von polnischen Büchern befinden müsse, welches das polnische „Faterland“ gefährdet. Männlichen Schrittes marschiert er also in die Wohnung. Im Zimmer sieht er verschiedene polnische Druckschriften aufliegen. Er fragt eine Frau, wer hier wohne, und er erfährt, daß der Schlepper Herr Broda der Inhaber der Wohnung sei. Er fängt also sofort an, diese gefährlichen polnischen Schriften zu prüfen und erfährt daraus, daß jeder, welcher die Bibliothek benützt, 50 Pf. jährlich zahlen muß. Der Herr Gendarm sann lange nach, wie er die entdeckte Gefahr beseitigen könnte. Schließlich teilte er der Ortspolizei mit, daß Herr Broda das Gewerbe der Bücherverleihung betreibe, ohne es polizeilich gemeldet zu haben. Deswegen wurde jetzt Herr Broda zur Verantwortung gezogen. Der angeklagte Landsmann erklärte, daß er jene 50 Pf. für Bücherverleihung nach Posen sende. Das Gericht erkannte auch, daß Herr Broda ein Gewerbe nicht betreibe, das Gericht wollte aber die ganze großpolnische Gefahr bis auf den Grund prüfen. In anbetracht dessen, daß solche polnische Unternehmungen die Unversehrtheit des Staats gefährden können und daß im gegebenen Falle dennoch eine Übertretung der Gewerbeordnung vorliegen könne, sandte das Gericht den Gendarmen Rohl in die Wohnung des Herrn Broda, bevor dieser von dem Termin nach Hause zurückkehren konnte, um dort zu suchen, ob ein Verzeichnis zahlender Mitglieder vorhanden sei, und wer das Geld erhebe. Vergeblich sind die Bemühungen des Königshütter Gerichts, denn der Verein der Volksbibliotheken hat schon Gott weiß wie viele Prozesse gewonnen, so oft es sich um einen solchen Eifer preußischer Beamten handelte.

Aus Nr. 84 des Katolik (Beuthen D.-Schl.)

vom 17. Juli 1906:

Aus Radzionkau.

Am Sonnabend der verflossenen Woche trafen bei uns zwei Schwestern aus dem Karmeliterinnenkloster aus Krakau ein, um für einen Klosterbau zu Dziediz in Österreich-Schlesien Geldspenden zu sammeln. Und was geschah? Am Sonntag nach der Predigt sagte uns einer unserer Herren Kapläne, daß wir diesen Schwestern keine Spenden geben sollten, weil dies gegen den Willen des Herrn Erzpriesters sei. Beim Vernehmen dieser Worte hörte manchem auf, das Herz zu schlagen, wir wundern uns aber auch nicht darüber! Trotz dieses Verbots reisten diese Schwestern nicht unverrichteter Sache ab. Sie hörten mit eigenen Ohren, wie die schlesischen Zentrumsleute dem polnischen Volke wohlwollen. Wir werden nichtsdestoweniger Beiträge und Opfergaben spenden, wohin es uns be-

lieben wird, denn es hat wohl niemand ein Recht dazu, über unser schwer verdientes Geld zu verfügen. Zu wohlthätigen Zwecken werden wir Beiträge leisten, denn das kann uns niemand verbieten.

Aus Nr. 157 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)
vom 13. Juli 1906:

Aus dem Kreise Kosel.

Gelobt sei Jesus Christus! Hier gibt es noch wenig polnische Aufklärung. In manchen Dörfern sind nur einige Nummern polnischer Blätter zu finden, und wenn einer schon Krämer, Gastwirt oder Kneipist geworden ist, so hält er gewöhnlich nur noch deutsche Zeitungen, jene liberalen und freimaurerischen Wischlappen, er liest sie selbst und empfiehlt sie andern. Es finden sich noch gute Kaufleute und Gastwirte, die ein polnisches Blatt halten, und diese sind gewöhnlich auch rechtschaffen und leben nicht dazu, um sich rücksichtslos und mitleidslos an den Leuten zu bereichern. Unter diesen Schankwirten aber, die an die freimaurerischen und liberalen deutsch-jüdischen Blätter glauben, gibt es solche, die nur auf das Geld des armen Arbeiters und Handwerkers lauern. Sie tranken ihn unbarmherzig mit Branntwein, daß er seinen ganzen Verdienst an einem Sonn- oder Werktag vertrinkt. Ein solcher Schankwirt gießt manchen ohne Überlegung ein, sofern er nur verdient. Es wäre am besten, wenn man solche Buden, die sich von dem Unglück der Menschen erhalten, schlösse. Ich agitiere kräftig gegen den Branntweingenuß, denn Branntwein ist für die Menschen Gift und bringt viel Unglück über sie. Ich gehöre zur Enthaltensamkeits-Bruderschaft, und ich bedaure stets, daß sich so wenig Leute auf die Schädlichkeit des Branntweins verstehen. Und was hat ein solcher dummer, armer Tropf davon, daß er sich betrinkt und wie ein Stück Vieh zu Hause liegt oder Frau und Kinder schlägt. Frauen, zieht wenigstens ihr gegen diesen „Schnaps“ scharf los und zeigt einen solchen Gastwirt, der ohne Überlegung einschenkt und alles Geld weglockt, beim Landrat unbarmherzig an. Ihr müßt dies tun, damit ihr nicht Rot leidet. Warum müssen denn im Industriebezirk die Wirtschaften an Zahl- und Vorchuftagen schon um 4 Uhr geschlossen sein? Auch hier müßten sie jeden Sonnabend um 4 Uhr geschlossen werden. Ich sprach mit einem Schankwirt, der mir eingestand, daß ihm als einem gerechten Manne nichts daran liegen würde, wenn die Schankstätten um 4 Uhr geschlossen würden. Ich kenne einen solchen Schankwirt, der ein großer Gegner polnischer Zeitungen ist und eine sogar einmal zerriß, als ihm sie der Postbote aus Versehen übergab. Dieser hält irgendeinen den Freimauern nahe stehenden „ancajger“, und er glaubt an ihn, obgleich er einen polnischen Namen hat und Katholik ist. Es sei dessen eingedenk, daß er vom polnischen Volk lebt, und möge er lieber für seine Gäste ein gutes polnisches Blatt abonnieren — und er wird besser daran tun. Weil er aber ein solcher Feind des Polentums ist, agitiere ich mündlich gegen ihn, wo ich nur kann.

K u b a.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 158 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 14. Juli 1906:

Aus B r a m b a u e r schreibt man: Der Arbeiter Felix Wisniewski ließ seinen Namen in „Hoffmann“ umschreiben,“ wozu jener „Landsmann“ noch 5 Mk.

lieh. Hätte er seine 5 Mk., dann würde er vielleicht noch den Namen „Fritz“ oder „Gottlieb“ annehmen. Die Dummen werden nicht gesät, sie wachsen von selbst.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 105 des Dziennik Kijowski (Kiew)
vom 23. Juni 1906:

Die anarchistische Presse.

Das zeitgenössische Leben eilt in schnellem ungleichmäßigen Tempo dahin, voll von vorzüglichen Erscheinungen der Selbstbeherrschung und wilder, fast krankhafter Exzesse der tierischen Natur des Menschen.

Wir hören den Ruf „Fort mit der Todesstrafe!“ und gleichzeitig plagen die Bomben und morden viele unschuldige Leute, die der Zufall an den Explosionsort geführt hat.

Ein Dolch ermordet Elisabeth, denn sie war eine Kaiserin, Alfons XIII. wurde um ein Haar aus dem Grunde erschlagen, weil sein Unglück ihn auf einem Throne zur Welt kommen ließ ... Mac Kinley, Carnot und viele, viele andere.

Der zeitgenössische Anarchismus, der auf der ganzen Welt etwa 40000 Anhänger zählt, hat eine verhältnismäßig ungeheure Presse, nämlich über 250 Zeitungen.

Der Gaulois veröffentlichte dieser Tage eine interessante Aufstellung der Organe dieser Presse. Es hat wohl niemand geglaubt, daß die umstürzlerischen Zeitungen und Zeitschriften in so großer Anzahl, in so vielen Ländern und seit verhältnismäßig so langer Zeit erscheinen.

Das Anwachsen der anarchistischen Presse datiert etwa seit dem Jahre 1893.

Die Anarchisten bilden heute nicht mehr einen kleinen Haufen, sie vermehren sich schnell und unaufhörlich, sie haben ihre Redner, ihre ständigen Leser der Presse.

In Paris lassen sie regelmäßig 4 Wochenchriften erscheinen. Es sind dies:

Le Libertaire dessen Geschäftsräume häufig von der Polizei aufgesucht werden und der noch eine besondere Buchhandlung betreibt. Dort werden die Schriften gedruckt von Leuten wie z. B.: Jean Grave, Jean Ricard, Malato, Sebastian Faure, de Pressensé, Réclus, Domela, Saurès und Guesde.

Temps Nouveaux ist das doktrinaire Organ der Anarchisten und wird in 5000 Exemplaren gedruckt. Die Anarchie sammelt die gewalttätigsten Schreiber um sich.

Die Tribune Russe ist das Organ der Rühilisten, sie ist in allen internationalen Heimstätten des Anarchismus zu finden und hat Fühlung mit allen revolutionären Elementen beider Kontingente.

Der Gaulois berichtet, daß in den 3 ersten der erwähnten Zeitungen das Madrider Attentat überhaupt nicht erwähnt wurde.

In Spanien erscheinen mehr derartige Zeitungen als in Frankreich. Trotz der großen Wachsamkeit der Behörden und der häufigen Verhaftungen erscheinen dort folgende Zeitungen:

Germinal,
Huelga Generale (Generalstreik),
Luz de Obrero (das Licht des Arbeiters),
Humanidad Libre (Volksherrschaft).

Die Redakteure sämtlicher Zeitungen befinden sich augenblicklich im Gefängnis. Der Redakteur des in Barcelona erscheinenden Produktura steht unter

Polizeiaufsicht. Ebenso sitzen die Redakteure mehrerer in der Provinz erscheinender Organe in den Gefängnissen. Der in Madrid erscheinende Communista, der verschiedentlich von den Behörden geschlossen wurde, erscheint im Geheimen weiter.

Der Persequido erscheint ebenfalls geheim und hat seine Leser fast ausschließlich in den Reihen der Armee.

Der belgische L'Homme libre wurde vor etwa 20 Jahren von einem Studenten gegründet, er hat jetzt 3—4000 Leser unter der Jugend, ist aber ohne Einfluß. In Belgien erscheinen Anarchy und die illustrierte Freedom (Freiheit) in London. Unregelmäßig erscheinen das Commonwealth (Volkswohl) und die deutsche Autonomie, für die Krapotkin lange Jahre geschrieben hat.

Eine zahlreiche Menge anarchistischer Schriften haben die Italiener. So zum Beispiel:

Anarchista in Venedig,

Anarchia in Rom,

Demolitore in Turin,

Grido della Folla (der Schrei der Menge) in dem sardinischen Cagliari.

Trotz der sehr strengen Polizeistrafen erscheinen diese Blätter regelmäßig und in den letzten Monaten sind sogar 3 neue erschienen:

Rovatore in Rom,

In Marcia in Rom,

Geminal in Sizilien.

Von den österreichischen Zeitungen werden zwei erwähnt, die in Prag erscheinen:

Ruthenische Zeitung,
Praga.

In Holland erscheinen:

De Wapen Neder (die Waffen nieder).

In Dänemark:

Ny Tid (Neue Zeiten),

In Norwegen:

Anarkisten und Til Frihet (Für die Freiheit).

Am zahlreichsten vertreten ist die amerikanische Presse. In New York allein erscheinen 42 Zeitungen, darunter als allerälteste Die Freiheit, die von J. Most begründet worden ist. Die andern erscheinen zum Teil in englischer, zum Teil in französischer Sprache. In Chicago erscheint weiter die Liberté, in Buenos-Ayres Fulgor und Antorcha, Persequido und Typographo. Zwei erscheinen in Rio de Janeiro, zwei in Lima, je eine in Santiago und Havana.

Es ist eine beachtenswerte Tatsache, daß sich in Genf kein anarchistisches Organ halten kann, da das einzige, das jetzt noch dort erscheint, sein Erscheinen recht bald einstellen wird.

beunruhigt fühlen. Aus diesem Grunde lehnten viele Gutsbesitzer im laufenden Jahre die Aufnahme von Landarbeitern aus dem Königreich ab, da sie befürchteten, daß diese Aufkömmlinge in Deutschland landwirtschaftliche Streiks hervorrufen würden. Manche preussischen Industriellen haben sich unmittelbar an die Regierung gewandt und die Inangriffnahme entsprechender Mittel zur Verhütung einer Übertragung von Landarbeiterstreiks aus dem Königreich nach Preußen gefordert.

Wenn dem wirklich so ist, so zeugt dies nur davon, wie „unsere Landwirte“ in der Verteidigung ihrer Klasseninteressen empfindlich sind. In einem so gefährlichen Zeitpunkt, wie der Streik ist, bekommt es der polnische Landwirt fertig, sich an die preussische Regierung um Gewährung von Schutz in Gestalt preussischer Polizisten und Soldaten zu wenden! Ist das nicht charakteristisch; gegen polnische Landarbeiter wird die Hilfe des preussischen Staats angerufen! Und dies tun Leute, die sich fortwährend noch das Recht anmaßen, daß sie die geborenen Führer der Nation seien, in dem sie in Zeitungen und Versammlung pathetisch ausrufen: „Mit dem polnischen Adel — das polnische Volk!“

Möge dies für heut der Dziennik Rujawski in Erwägung ziehen, der von der nationalen, verräterischen Arbeit der polnischen Sozialisten faßelt.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 302 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 8. Juli 1906:

Ein Sohn!

Die deutsche Kronprinzessin wurde, äußerst pünktlich ihre wichtigste Pflicht erfüllend, von einem Sohne entbunden. Es ist zu bedauern, daß die Sterndeuter abgeschafft wurden, denn sie würden zweifellos, die Stellung der Sterne, unter welcher der künftige Herrscher des Militärstaates das Licht der Welt erblickte, beobachtend, das Wort ergreifen. Die Sternkunde ist leider heute nicht mehr Mode; nichtsdestoweniger kann, auch ohne die Sterne, für den künftigen Monarchen ein Horoskop aufgestellt werden.

Er erblickt das Licht der Welt zu einer Zeit, in welcher Deutschland, dank seiner hinterlistigen, bössartigen, betrügerischen und vom Annektierungsgeiste durchdrungenen Politik, fast isoliert dasteht; zu einer Zeit, in welcher es, nach einer mißlungenen Drohung gegen Frankreich, den Versuch macht, durch einen Bußgang Englands Abneigung zu brechen, sich gleichzeitig um die Freundschaft Russlands bemühend. Er kommt zu einer Zeit auf die Welt, wo die Sozialdemokratie immer größere Fortschritte macht, wo die Undankbarkeit des Kaisers einem immerhin bei Hofe und im Staate wohlverdienten früheren Reichskanzler gegenüber der Dynastie die Herzen der Mehrzahl der Bürger abwendig macht.

Er erblickt das Tageslicht unter dem Zeichen der Vergewaltigung und Verwilderung, die in dem Hafatismus den Polen, Dänen und Estländern gegenüber in die Erscheinung tritt. Er wird geboren zu einer Zeit, in der das Verhalten der deutschen Soldaten den Eingeborenen gegenüber an die Zeiten Cortez' und Pizarros erinnert und das Verhalten der gierigen Jäger ins Gedächtnis zurückruft, die auf Menschen Jagd machen, um sie in die Sklaverei zu verkaufen.

Es wird deshalb ein großer Teil der Völker, welche Gott schwer strafend unter die Herrschaft der kreuzritterlichen Nachkommen stellte, sich an diesem Familienfeste nicht beteiligen. Die deutsche Regierung

Aus Nr. 56 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 14. Juli 1906:

Die Großgrundbesitzer im Posenischen fangen an, um ihre Geldtaschen besorgt zu sein.

Scheelen Auges blicken die polnischen Junker auf die landwirtschaftlichen Streiks, deren Schauplatz Russisch-Polen war und ist. Dem Kurjer Polski in Warschau wird darüber geschrieben:

„Viele Grundbesitzer des Königreichs Polen erhielten von ihren Bekannten und Verwandten aus dem Herzogtum Posen Briefe, in denen mitgeteilt wird, daß sich die dortigen Landwirte über die gegenwärtig im russischen Reiche herrschenden Verhältnisse, namentlich aber über die wirtschaftlichen Streiks im Königreich

und die preußische Dynastie verdienen ehrlich den Haß und den Fluch; der neue Sproß, die neue Festigung der Dynastie kündigt die Fortsetzung der Gewalttaten und der Bedrückung, die fernere Verfolgung im Namen der deutschen Kultur an. Nicht lauter Segen wird sich über der Wiege des Kindes erheben, in welchem die Erziehung zum künftigen Herrscher alle besseren menschlichen Regungen töten und alle, den Fürsten dieses Geschlechts eigenen Instinkte wachrufen wird. Wir Polen, die treuen Bekenner des christlichen Glaubens, treten heute nicht an die Wiege des unschuldigen Kindes mit den Gefühlen des Hasses und des Zornes, wir verwünschen und verfluchen es nicht, obgleich sowohl die preußische Regierung, als auch die preußische Dynastie uns einen Schlag nach dem anderen versetzen, eine Wunde nach der anderen schlagen, obwohl man uns erdrücken und erwürgen will. Nein! nein! dazu sind wir nicht fähig!

Wenn aber der Allmächtige dereinst die Familie des Herrschers ebenso, wie manchmal die Familie des Elenden heimsuchen sollte — denn Schmerz und Leid sind überall dieselben und die gleichen — dann möge den Heimgekehrten die Erinnerung an Breschen zum Troste gereichen. Möge ihren Schmerz der Gedanke lindern, daß ebenso, wie sie, auch die Eltern der für die Liebe zur Muttersprache und zum Glauben der Väter gemißhandelten polnischen Kinder gelitten haben!

Aus Nr. 149 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 5. Juli 1906:

Ein neues Fiasko der antipolnischen Politik.

Schon vor mehr als einem halben Jahrhundert forderten Männer der Wissenschaft in den preußischen Landesteilen, wie Cieszkowski und Liebelt, den innigen Wünschen der polnischen Gesamtbevölkerung entsprechend, von der preußischen Regierung die Gründung einer Universität in Posen. Das Großherzogtum Posen war und ist noch die einzige preußische Provinz, welche eine eigene Universität nicht besitzt. (Westpreußen, welches erst vor 30 Jahren von Ostpreußen getrennt wurde, besitzt keine Universität in Königsberg). Die preußische Regierung jedoch, obwohl sie stets erklärte, daß sie in väterlicher Weise für das kulturelle Wohl ihrer polnischen Bevölkerung sorge, widerlegte sich dauernd dieser Forderung.

In den Regierungskreisen befürchte man, eine Universität in Posen, und wäre sie auch ganz deutsch, könnte zu einer neuen Quelle für die nationalkulturelle Stärkung des Polentums werden. Angesichts dessen muß die polnische Jugend aus Großpolen die fernen deutschen Universitäten besuchen, was nicht allein mit größeren Kosten, sondern auch mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist.

Vor einigen Jahren jedoch wurde von den Hatzisten der Regierung der Gedanke nahe gelegt, in Posen eine Akademie, als den ersten Keim der künftigen Universität, zu gründen, mit der Versicherung, daß gegenwärtig, wo die antipolnische Politik bereits alle Gebiete ergriffen, eine derartige Erziehungsanstalt zur Kräftigung des örtlichen Deutschtums und vielleicht auch zur Germanisierung der heimischen polnischen Bevölkerung beitragen werde. Die Regierung befolgte den Rat und gründete eine solche Akademie, erklärte aber ausdrücklich, daß sie nicht nur den Mittelpunkt des Unterrichts und der Wissenschaft, sondern auch und zwar hauptsächlich den Brennpunkt und den Hafen der deutschen Kultur bilden solle. Die polnische Bevölkerung Posens mußte der neuen antipolnischen Anstalt gegenüber eine äußerst vernünftige und einzig

richtige Stellung einnehmen. Grundsätzlich wurde sie mit Rücksicht auf ihre germanisatorischen Zwecke bekämpft, praktisch wurde sie, insoweit dies möglich war, zu wissenschaftlichen Zwecken von der Jugend benutzt. Und es trat der Fall ein, daß diese wissenschaftliche Anstalt der polnischen Bevölkerung mehr Nutzen, als Schaden brachte.

In den Regierungs- und den hatzistischen Kreisen folgte eine bittere Enttäuschung. Und die Regierung hat wie der Dziennik Poznański mitteilt, jetzt die Absicht, die Posener Akademie zu schließen. (Vergl. Nr. 27 des Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur vom 10. Juli 1906, Seite 990. Anm. der Red. des Gesamtüberbl.)

Wahrscheinlich also wird die neue Anstalt binnen kurzem von der Bildfläche verschwinden. Es ist dies eine wahre Ironie des Schicksals, daß die Polen, gegen die sie gerichtet war, fast mehr an ihrer Schließung verlieren, als gewinnen werden. Ähnlich aber verhält es sich mit den anderen antipolnischen Mitteln. Für die Welt ist dies ein neuer Beweis dafür, daß sie angeblich an der Spitze der Kultur und Wissenschaft marschierende deutsche Nation heute, unter dem Einflusse des tobenden Chauvinismus, sogar wissenschaftliche Anstalten den Zwecken einer wilden Ausrottungspolitik unterstellt.

Aus Nr. 160 des Dzwon Polski (Warschau)

vom 3. Juli 1906:

Die Änderung der öffentlichen Meinung.

Wir alle denken noch daran, welch' einen starken Eindruck im ganzen Lande und besonders in Warschau das Gerücht von der beabsichtigten preußischen Intervention während des vorjährigen Generalstreiks machte. Die polnische Presse gab den Befürchtungen Ausdruck, die nicht nur das Faktum einer bewaffneten Intervention, sondern deren voraussichtliche Folgen hervorgerufen hatten. Denn eine zeitweilige Okkupation eines Landes durch ein fremdes Heer endet gewöhnlich mit der Einverleibung desselben in das intervenierende, dazu noch benachbarte Reich. Übrigens erinnerte man sich noch dessen, daß in der russischen Politik schon früher mehrmals die Kombination zutage getreten war, einen Teil des Königreichs, ja sogar dieses ganze Land den Preußen zu übergeben.

Diese vorausgesehene unvermeidliche Folgeerscheinung einer Intervention betrachtete die öffentliche Meinung als eine Niederlage, ja als eine nationale Katastrophe und zwar sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen.

Das Gerücht erwies sich als unbegründet.

Die Bestürzung, die es in der polnischen Volksgesamtheit hervorgerufen hatte, wurde von der russischen Presse redlich ausgenützt, um zu beweisen, daß die Polen es selbst für das größte Unglück halten würden, wenn ihr Land von dem russischen Reiche losgerissen werden würde. Daher auch die Folgerung, daß sie in ihren Anträgen sehr bescheiden sein müssen. Diese Meinung ist sowohl in Regierungskreisen als auch unter den Liberalen, ja sogar unter den Radikalen allgemein verbreitet.

Jetzt schwirren wieder Gerüchte von einer preußischen oder preußisch-österreichischen Intervention umher, die in diesem Falle auf den ausdrücklichen Vorschlag der russischen Regierung unternommen werden soll und zwar für den Fall, daß die Unruhen in den inneren Gouvernements einen drohenden Charakter annehmen sollten. Trotz der übrigens ziemlich zweideutigen Dementis erscheint das Gerücht diesmal be-

gründeter als im Frühjahr vorigen Jahres. Die ernsthaft zu nehmende europäische Presse behandelt das Gerücht ernsthaft und erachtet das Projekt einer Intervention für wahrscheinlich.

Trotzdem verhält sich die polnische Volksgesamtheit im Königreich diesem Gerücht gegenüber vollkommen gleichgültig. Die Veranlassung zu dieser Gleichgültigkeit bildet durchaus nicht die Überzeugung von der Unmöglichkeit einer Intervention. Die Möglichkeit einer solchen Wendung der Dinge zieht die öffentliche Meinung in Rechnung und sie ist mit dieser Eventualität, die ihr noch unlängst so schrecklich erschien, einverstanden.

Es ist dies eine unbestreitbare Tatsache und man muß sich fragen, was diesen völligen Wechsel in der öffentlichen Meinung hervorgerufen hat?

Im Frühling vorigen Jahres war die polnische Volksgesamtheit durch weitgehende Hoffnungen nervös erregt und entflammt. Die sich im Lande verbreitende Anarchie war zwar schon damals ein Gegenstand des Schreckens, aber man täuschte sich mit der Hoffnung, daß sie eine vorübergehende Erscheinung sein würde.

Seitdem haben wir uns überzeugt, daß sowohl in unserem Lande als auch im Reiche die Anarchie chronisch geworden ist, daß sie eine organische Krankheit geworden ist, die einen lange währenden systematischen Heilungsprozeß erfordert. Wir haben uns überzeugt, daß der Kampf mit ihr sehr schwierig ist, ja fast unmöglich, besonders für uns, die wir der Freiheit beraubt sind, entsprechende Mittel anzuwenden.

Wir haben die Hoffnung noch nicht endgültig aufgegeben, aber die Volksgesamtheit ist zu Boden gedrückt und schaut mit Bangen in die Zukunft. Diese Anarchie, die, wie wir schon häufig ausgedrückt haben, bewußt oder unbewußt pour le roi de Prusse tätig ist, ruiniert unser Land, vernichtet dessen Lebenskräfte, bringt unser ganzes Leben in Unordnung.

Unsere Industrie ist in manchen ihrer Zweige geradezu vernichtet, in andern schwer bedroht. Der Handel ist im Rückgange, die landwirtschaftliche Produktion kann in einem Augenblicke völlig unterbunden werden. Und die politischen Verhältnisse in dem Staate, dem wir angehören, verwickeln sich immer mehr und können zu einer Katastrophe führen, deren Folgen wir allerdings nicht voraussehen können, deren Schrecknisse aber alle instinktiv vorausahnen.

Es ist also durchaus nicht merkwürdig, daß bei einer solchen Sachlage unter der Volksgesamtheit Resignation herrscht. In der zu Boden gedrückten Volksgesamtheit, die von den verschiedenartigsten Widerwärtigkeiten betroffen ist, die von unbeschreiblichen Befürchtungen gequält wird, macht sich schon das Bedürfnis nach Ruhe um jeden Preis geltend und dieses Bedürfnis muß stets stärker werden. Was auch immer kommen mag, es kann nicht schlimmer werden als es gegenwärtig ist, — so denken und sprechen die Leute, die normal leben und normal arbeiten wollen und diese bilden die ungeheure Mehrheit.

Unsere Industrie — so sagen sie — ist auch so schon fast ruiniert, unser Handel unterbunden. Die Anarchie hat dem Lande schon die Schäden zugefügt, die ihm durch eine preußische Okkupation drohten. Dafür würde uns die letztere wenigstens Ruhe und Ordnung im Lande sichern, eine gute und kräftige Verwaltung und die öffentliche Sicherheit. Es ist wahr, daß sie die Entwicklung unseres nationalen Lebens bedrohen würde, aber ist denn die Anarchie, die wir im Lande haben und jene, die aus Rußland zu uns kommen kann, wenn die Ereignisse auch weiterhin den bisherigen Verlauf nehmen werden, ist also diese Anarchie für uns nicht ebenso bedrohlich? Schließlich würden wir, vereint mit unsern Stammes-

genossen im preußischen Anteil, eine ansehnliche Macht bilden, mit der man in Berlin rechnen müßte, die die Regierung in ihrem eigenen Interesse anders behandeln müßte wie bisher. Solche Ansichten kann man gegenüber den Gerüchten von der preußischen Intervention immer häufiger hören. Sie sind ein Beweis für die völlige Änderung der Anschauungen weiterer Kreise der polnischen Gesamtheit und sie verdienen aus diesem Grunde auch Beachtung.

Nach unserer Ansicht haben die Gerüchte von einer preußischen oder österreichisch-preußischen Invasion, wenigstens im gegenwärtigen Augenblick, keine ernste Grundlage. Hierum handelt es sich auch nicht, wir wollen nur den völligen Wechsel in den Anschauungen der polnischen Gesamtheit nachdrücklich hervorheben, die heute ganz anders auf derartige Gerüchte reagiert als vor 9 Monaten.

Mit dieser Änderung müssen auch die russische Politik und die russische öffentliche Meinung ernstlich rechnen, sie müssen sich davon überzeugen, daß das Drohen mit dem Gespenst der preußischen Okkupation, wodurch noch vor kurzer Zeit die polnische Gesamtheit erschreckt wurde, heute die gewünschte Wirkung nicht mehr hervorruft. Im Gegenteil, in der gegenwärtigen Verfassung unserer Volksgesamtheit kann es vielmehr einen für die russische Politik unerwünschten Erfolg haben.

Aus Nr. 298 des *Slowo Polski* (Lemberg)
vom 6. Juli 1906:

Unter die Herrschaft des Königs von Preußen.

Die Gerüchte von der beabsichtigten Einnischung Preußens machen in Warschau und überhaupt in Königreiche keinen Eindruck mehr. Und nicht etwa deshalb, weil man nicht an die Möglichkeit des Einrückens preußischer Heere glaubt. Im Gegenteil, die Ortsbevölkerung rechnet mit diesem Falle ernstlich.

Was bedeutet dieser Meinungsumschwung? Noch im Herbst v. J., als sich das Gerücht verbreitet hatte, das preußische und vielleicht auch das österreichische Heer sollten in das Königreich Polen einrücken, bemächtigte sich Warschaus eine wahre Bestürzung. Nicht die Tatsache von der Einrückung selbst hat die polnische Gesellschaft in Schrecken versetzt, sondern deren mutmaßliche Folge: Die Einverleibung eines großen Teiles des Königreichs oder sogar des ganzen Landes in Preußen. Allgemein herrschte die Überzeugung, daß diese Einverleibung als eine große politische und wirtschaftliche Niederlage zu betrachten sei.

Sowohl die russischen Behörden, als auch die russische öffentliche Meinung deuteten in geschickter Weise diese Befürchtung aus. Wenn die Polen — so jagte man — sich vor der preußischen Annektierung so fürchten, dann ist offenbar ihre Verbindung mit Rußland für sie vorteilhaft. Daraus folgt der Schluß, daß sie in ihren nationalen Forderungen bescheiden sein müssen. Selbst die konstitutionellen Russen bedienen sich dieses Arguments.

Woher kommt, fragen wir nochmals, dieser Meinungsumschwung der polnischen Gesellschaft im russischen Anteil? Verschiedene Gründe haben dazu beigetragen, von denen wir die hauptsächlichsten hier anführen. Im Herbst vorigen Jahres war die polnische Gesellschaft nervös und aus der Bahn des normalen Lebens entgleist, gleichzeitig aber von weitgehenden Hoffnungen erfüllt. Die schon damals im Lande um sich greifende Anarchie war eine gefährliche Erscheinung, man gab sich jedoch der Täuschung hin, daß dies eine vorübergehende Erscheinung sei. Man hoffte, daß die

politischen Verhältnisse im russischen Staate sich bald regelrecht gestalten würden, daß die polnische Gesellschaft die Freiheit der nationalen Bewegung erhalten und nach dem Revolutionsstürme die nötige Arbeitsruhe eintreten werde, welche alle Zweige des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens neu beleben werde; daß nach der schweren Krisis die industrielle Schaffenskraft sich heben, der Handel neu erblühen werde. Diese Hoffnungen gingen keineswegs in Erfüllung. Im Gegenteil, im Laufe der letzten 8—9 Monate kam man zu der Überzeugung, daß die Anarchie sowohl in den polnischen Landesteilen, als auch im ganzen Staate zu einer organischen, eine lange und systematische Kur erfordernden Krankheit geworden sei. Die polnische Gesellschaft würde die zu deren Bekämpfung erforderlichen Lebenskräfte schon finden, aber an Rußland gefesselt, von wo die Anarchie zu uns kommt, muß sie mit ihr zusammen in frampfhafte Regungen sich winden. Immer allgemeiner wird die Überzeugung, daß Rußland einer Katastrophe entgegengeht, deren Folgen unmöglich voranzusehen sind, deren Schrecknisse aber jeder vorausfühlt. Die polnische Gesellschaft ist jetzt unterdrückt und blickt mit Grauen in die unbekannte Zukunft. Die Anarchie, welche wissenschaftlich oder unwissenschaftlich pour le roi de Prusse handelt, ruiniert und vernichtet das Land, desorganisiert alle Lebensgebiete, verschlechtert die breiten Bevölkerungsschichten.

Bei einer derartigen Lage der Dinge ist die vorherrschende Stimmung der Allgemeinheit die Resignation. In einer gedrückten, nervös erschöpften, von verschiedenen Befürchtungen beunruhigten, vom materiellen Ruin bedrohten Gesellschaft regt sich der Wunsch und das Verlangen nach Ruhe um jeden Preis immer mächtiger. „Mögen die Preußen kommen, mögen sie uns nehmen — jagen laut die Leute, die gewöhnlichen Leute, welche die öffentliche Meinung bilden. Es werden dann wenigstens Ruhe und Ordnung herrschen. Sie werden gute Polizei einführen, die öffentliche Sicherheit schützen. Unsere Industrie ist durch die fortwährenden Streitigkeiten sowieso ruiniert. Die Arbeiterbevölkerung ist derartig demoralisiert, daß sie in der Mehrzahl zur regelrechten, angespannten Arbeit unfähig ist. Im Handel herrscht vollständiger Stillstand. Die Sozialisten haben dem Lande bereits den Schaden zugefügt, welcher ihn durch die preußische Einnahme drohte. Etwas Schlimmeres kann uns nicht mehr treffen, dafür aber gewinnen wir die Möglichkeit, zu arbeiten. Und schließlich befreien wir uns von der Anarchie, welche uns seitens Rußlands fortwährend droht, von den verrückten Experimenten, welche, wie die angekündigte Agrarreform, unser Land ruinieren und, was noch schlimmer ist, unsere geistige und gesellschaftliche Kultur erniedrigen, die Sonderformen unseres Nationallebens vernichten können.“

Unter preußischer Herrschaft würde zwar unsere nationale Entwicklung gehemmt sein. Wird sie aber unter russischer Herrschaft bessere Bedingungen vorfinden. Übrigens würde die Annektierung des Königreichs durch Preußen das Polentum ungeheuer stärken. Es würde eine Macht bilden, mit welcher die preußische Regierung rechnen, mit welcher sie anders verfahren müßte, als sie jetzt mit ihren polnischen Untertanen verfährt.

Sogar in Litauen und Rußland würde das Polentum nicht für immer verloren sein. Denn Rußland, welches freiwillig auf das Königreich verzichtet, wäre nicht in der Lage, die anderen westlichen Landesteile unter seiner Herrschaft zu behalten. Die oben geschilderte Ansicht von der Annektierung des Königreichs durch die Preußen ist heute bereits allgemein verbreitet.

Die Änderung der öffentlichen Meinung darf uns nicht wundern, denn sie ist vollständig begründet. Von

zwei Übeln wählt die polnische Gesellschaft das kleinere.

Wenn eine derartige Absicht der moralisch und materiell von den deutschen Genossen und indirekt wahrscheinlich von der preußischen Regierung unterstützten Tätigkeit der Sozialdemokraten im Königreich vorlag, — so ist das Ziel erreicht worden. Der psychologische Boden für die preußische Besitzergreifung ist gegenwärtig im Königreich vorbereitet.

Aus Nr. 298 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 6. Juli 1906:

Wir ergeben uns nicht!

Lemberg, den 5. Juli 1906.

Wie nach einem Trinkgelage Kopfschmerzen eintreten, so fängt die hafatistische Orgie eine Unruhe und einen bitteren Nachgeschmack zu hinterlassen an, der bei dem vernünftigeren Teile der preußischen Gesellschaft in die Erscheinung zu treten beginnt. Noch vor kurzem klagte, außer den Zentrumsblättern, die ganze preußische Presse jedem hafatistischen Übergriff Beifall, wenn es sich aber um weitere Millionen für die Ansiedelungs-Kommission handelte, dann wehte dem Parlament, welches sie nicht bewilligte. Man glaubte fest daran, daß die preußische Faust und das preußische Gold die Spuren des polnischen Lebens verwischen würden, daß der polnische Bauer in der Schule sich verdeutschen, daß der Adel das für sein Erbteil erhaltene preußische Gold in Monte Carlo verspielen würde und Deutschlands Grenzen weit hinter die Warthe hinausgeschoben würden.

Gott war uns aber gnädig und machte die Hoffnungen der Hafatisten nicht nur zunichte, sondern ließ auch zu, daß die Spitze des Schwertes, mit welchem sie kämpften, sich gegen sie selbst wendete. Blätter geben jetzt selbst zu, daß, wenn man bei der Bewilligung der ersten 100 Millionen für die Ansiedelungs-Kommission mit dem polnischen Leichtsinne, mit dem Mangel an Willenskraft und der berühmten polnischen Wirtschaft rechnete, welche den polnischen Grund und Boden bald in deutsche Hände übergehen lassen würde, — man sich gründlich geirrt habe. Der politische Zweck dieses Fonds wirkte aufmunternd auf die polnische Gesellschaft, die Äußerung des Kaisers aber von den „furchigen Sarmaten“ ließ vollends das Maß überlaufen. Die nationale Solidarität hob sich ungeheuer. Vom Grafen an bis zum Bauern und Arbeiter schloß sich die ganze polnische Gesellschaft Schulter an Schulter zusammen und an dieser Mauer zerschellte der preußische Angriff. Anfangs gelang es zwar der Ansiedelungs-Kommission, eine ganze Reihe polnischer Landgüter zu kaufen, der Ansiedelungsfonds wurde dann auch später vermehrt; je weiter jedoch auf diesem Wege fortgeschritten wurde, umso mehr stieg die Macht des polnischen Kapitals. Im Lande trat Ebbe und Flut ein, die Polen fingen an Land aus deutschen Händen aufzukaufen. Im letzten Jahre z. B. gingen aus deutschem in polnischen Besitz 37 Landgüter über, während die deutschen in dem gleichen Zeitraum kaum ein Duzend von den Polen erwerben konnten. Das polnische Element erwirbt obendrein jetzt von den Deutschen den Grund und Boden nicht nur in den Provinzen Posen, Schlesien und Westpreußen, sondern auch in Ostpreußen, die Ansiedelungs-Kommission dagegen kann, wenn sie auch wollte, nichts kaufen, denn die Polen überzahlen den Grund und Boden, um nur nicht den Feind zum Kauf zuzulassen. Das Endergebnis ist das, daß die Polen für das Geld der Ansiedelungs-Kommission den deutschen Händen den Grund und Boden entreißen.

In ähnlicher Weise, wie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Polen, wirkt die antipolnische Politik der preussischen Regierung auch auf deren politische Verhältnisse ein, wofür wir einen greifbaren Beweis in den letzten Wahlergebnissen haben, welche zeigten, daß die Polentumsidee in dem vor kurzem noch verdeutschten Schlesien so ungeheure Fortschritte machte, daß dies selbst für die noch so optimistisch gesinnten Polen eine wahre Überraschung war.

Der Druck ruft Widerstand hervor. Dieser Grundsatz bewahrheitet sich in den östlichen Provinzen vollständig; und wenn von einer polnischen Gefahr die Rede sein kann, so ist sie zurzeit wahrhaftig größer, denn je, die Schuld daran trägt die preussische Bureaucratie durch ihre gesellschaftliche Ausschließlichkeit und durch ihre Herausforderungen.

So ungefähr lauten die Klagerufe der deutschen Blätter, welche, offen gestanden, uns sehr freuen. Die Deutschen haben offenbar die Haktisten satt und wenn sie jetzt obendrein zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Besiedelung der Ostmarken ihnen zuviel koste, so möchten sie sich gern von dem Geschäft zurückziehen. Mit dem 1. Juli d. J. sind ja in Deutschland die Bier-, Tabak- und Erbschaftsteuer, der Stempelzins, das Briefporto und die Fahrkartensteuer usw. erhöht worden und dies alles zu dem Zweck, um einige hundert Millionen Staatsausgaben zu decken. Wie würden da jetzt Preußen die hunderte Millionen der Ansiedelungs-Kommission zugute kommen! Wer weiß, ob nicht über kurz oder lang sich Stimmen erheben, die da fordern werden, daß man das ganze Ansiedelungsgeschäft aufgibt, dafür nimmt, was man bekommen kann und sich in Zukunft auf derartige Versuche nicht einläßt.

Aus Nr. 147 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 3. Juli 1906:

Aus den preussischen Landesteilen.

Posen, den 30. Juni.

(Antipolnische Literatur. — Geistige Verirrungen. — Trauriges Los der deutschen Theatertruppe. — Landschacher unter den Bauern. — Die braven polnischen Kinder. — Ankündigung der Regierung.)

Die antipolnische Literatur in Deutschland wächst mit jedem Tage. Eine immer größere Anzahl mehr oder minder gelehrter Schriftsteller beschäftigt sich, jedoch in steigender antipolnischer Richtung, mit verschiedenen polnischen Fragen. Unlängst gab Professor Dr. Geſſen ein besonderes Buch über die polnische Frage heraus. Er behandelt dort das Verhältnis Preußens zu den Polen und kommt zu dem Schluß, daß die Regierung berechtigt sei, den Polen in staatsrechtlicher Hinsicht die Gleichberechtigung zu nehmen; die Polen dagegen hätten, mit Rücksicht auf die bedeutende Beimischung deutschen Blutes, nicht das Recht, sich als Polen zu bezeichnen. Dies ist der Hauptinhalt der Ausführungen des „gelehrten“ Verfassers; er charakterisiert treffend die Absicht des Aufsatzes und beweist gleichzeitig, bis zu welchem Grade geistiger Verirrung bereits gewisse deutsche Kreise unter dem Einfluß des entfesselten Chauvinismus gelangt sind.

Es ist ja möglich, daß zum Umsichgreifen dieser Verirrung auch die Niederlagen beitragen, welche die haktistische deutsche Agitation auf Schritt und Tritt erleidet. Ein derartiger tragikomischer Fall ereignete sich in der Stadt Schrimm, in der Provinz Posen. Der Haktismus hat seit einiger Zeit zu der Agitationsarbeit auch eine deutsche Wandertruppe eingestellt. Er zieht in den kleinen Städten Großpolens deutsche Theatertruppen

zusammen, in der Hoffnung, daß deren Vorstellungen nicht nur in den Herzen der Landsleute das patriotische Gefühl stärken, sondern auch auf die polnische Bevölkerung einen Einfluß ausüben und sie mit dem Deutschtum ausöhnen werden. Eine derartige Wandertruppe hat in Schrimm, einem Städtchen, welches bei seinen 7000 Einwohnern einschließlich der Garnison kaum 1500 Deutsche zählt, ein vollständiges Fiasko gemacht, das heißt, daß sie infolge schwachen Besuchs in Schulden geraten ist und nicht einmal die Mittel hatte, um die Stadt zu verlassen. Ihr Direktor wendete sich mit einer geradezu flehentlichen Bitte an die deutschen Brüder, wobei er sich bitter über die Gleichgültigkeit und Undankbarkeit der Schrimmer Bevölkerung der deutschen Kunst gegenüber beschwerte.

Leider fehlt es auch nicht an traurigen Erscheinungen unter der polnischen Bevölkerung. Einige davon sind die ziemlich häufig vorkommenden Fälle des Landschachers bei den Bauern. Alle paar Tage laufen Nachrichten ein, daß dieser oder jener Bauer seine Wirtschaft an die Ansiedelungs-Kommission verkauft habe. Wenn wir aber die große Anzahl der polnischen Bauern in Betracht ziehen, können wir uns allerdings nicht wundern, daß sich unter ihnen Leute ohne ein gehöriges Nationalbewußtsein finden, welche die preussischen Taler dem Nationalwohl vorziehen. Trotzdem sind derartige Fälle sehr traurig. Einige Bauern haben sich unlängst an die polnischen Banken mit der Forderung gewendet, ihnen ihre Wirtschaften abzukaufen, mit der gleichzeitigen Drohung, daß sie sie sonst an die Deutschen oder an die Ansiedelungs-Kommission verkaufen würden. Das sind Ausnahmen — aber schmerzliche — und die polnische Volkspresse wird noch viel Mühe haben, bis sie die traurige Erscheinung ausmerzt. Trauriger jedoch ist eine frische Tatsache des Landschachers unter den Gutsbesitzern. Ein gewisser Liszkowski, der Sohn eines braven polnischen Kaufmanns, verkaufte dieser Tage durch Vermittelung von Agenten der Ansiedelungs-Kommission an letztere das Landgut Wiedzianow, welches 250 ha zählt und das er seinerzeit von einem Polen für sein väterliches Erbe gekauft hatte.

In anderer Hinsicht jedoch verteidigt sich unser Volk sehr entschieden gegen die Germanisierung. Der Widerstand gegen das Deutschtum nimmt namentlich bei den polnischen Kindern zu. Neuerdings haben in Miłoslaw, als der Religionsunterricht in der deutschen Sprache begonnen hatte, auf einmal sämtliche Kinder der zweiten und ersten Klasse die Religionsbücher hingelegt und einmütig erklärt, daß sie auf keinen Fall die Religion in deutscher Sprache lernen würden und polnischen Unterricht verlangten. Angesichts dessen begab sich der Religionslehrer zu dem Rektor und setzte ihn von dem Vorkommnis in Kenntnis. Der Rektor forderte die Kinder auf, die Religion in deutscher Sprache zu lernen, aber auch dieser Stimme gehorchten die Kinder nicht und da sich auch die Eltern gegen den deutschen Religionsunterricht erklärten, hörte vorläufig der Unterricht auf und die Sache ging an die höhere Instanz. Was daraus werden wird, wissen wir nicht.

Die preussische Regierung hat trotzdem die Absicht die antipolnische Politik weiter zu betreiben. Der Ackerbauminister, der bekannte Herr v. Podbielsky, erklärte dieser Tage in der Ausstellung der Versuchstation in Bromberg, daß die Regierungspolitik den Polen gegenüber eine Änderung nicht erfahren werde.

Aus Nr. 172 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 24. Juni 1906:

Ein Anschlag auf Roosevelt.

Fast gleichzeitig mit dem Anschlag auf den König Alfons XIII. erschien in dem Pariser *Matin* die Nachricht von einem angeblichen Anschlag auf das Leben des Präsidenten Roosevelt; entdeckt worden soll er in Portland, im Staate Oregon sein und man hat uns hierüber vor einigen Tagen berichtet, mit dem Bemerkten, daß die Organisatoren Polen sein sollen.

Gegenwärtig finden wir in der soeben eingegangenen Nummer des Kurjer Polski aus Milwaukee vom 6. Juni dieses Jahres die gleiche Nachricht. Es ist zugleich die Quelle angegeben, welcher das Gerücht entsprungen ist, außerdem ist der Bericht mit redaktionellen Bemerkungen versehen. Er lautet folgendermaßen:

Die Polizei in Portland, Oregon verhaftete einen Mann, der Pole sein soll, der der Gruppe der russischen Nihilisten angehört, die aus Rußland vertrieben worden sind und der sich an einem Anschläge auf das Leben des Präsidenten Roosevelt beteiligt haben soll.

Seiner Pole wurde wegen vielfacher Anfälle, die er auf Russen, die in Portland wohnen, ausgeübt hatte, verhaftet.

Die Gruppe der Nihilisten hat, wie die Polizei behauptet, einen Anschlag auf das Leben des Präsidenten organisiert und sie hat nur auf die nötigen Fonds gewartet, um eine Delegation, die das Urteil vollstrecken sollte, nach Washington zu senden.

Der Verhaftete bekannte weiter, daß einige der Verschwörer ihm mit dem Tode gedroht hätten, falls er sie verraten oder angeben würde. Die Nihilisten ehren das Andenken des Czolgoß, des Mörders des Präsidenten Mac Kinley und sie streben heiß darnach seinen Spuren zu folgen und den zweiten Präsidenten zu ermorden.

Vorstehende Nachricht versieht die Redaktion des Kurjer Polski mit folgenden Randbemerkungen:

Diese Depesche hat zuerst die *Detroit'er Zeitung The Detroit News* gebracht. Wir können jedoch nicht glauben, daß sie wahr sein sollte. Wir wissen recht wohl, wie viele Freunde wir nicht nur in Europa sondern auch in diesem Lande besitzen, wir wissen sehr wohl, daß man die größten Verbrechen und Fehler uns zuschiebt. Es ist deshalb auch nicht merkwürdig, daß die uns feindliche Presse, wenn irgendwo ein Verbrechen begangen worden ist und die Nationalität des Verbrechers nicht bekannt ist, bestimmt behauptet, daß es ein Pole gewesen ist.

Daß sich ein Auswurf der Volksgesamtheit — Czolgoß — gefunden hat, ist doch noch kein Beweis dafür, daß jeder, der das Leben des Präsidenten angreift, ein Pole sein muß.

Diesen Worten des Kurjer muß man noch hinzufügen, daß es wohl nirgends auf der Welt eine Presse gibt, die so leichtsinnig im Wiedergeben von Nachrichten ist wie die amerikanische.

Mag eine Nachricht noch so unwahrscheinlich sein, sie wird, sobald sie Aussicht bietet, Sensation hervorzurufen, zweifellos ohne Besinnen von jeder amerikanischen Zeitung gebracht werden, um nur die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Man kann auch der Nachricht über den Anschlag auf den Präsidenten, die gerade in dem Augenblick, in welchem das Attentat in Madrid verübt wurde, in die Welt gesetzt worden ist, nicht allzusehr trauen. Es handelt sich darum, Sensation hervorzurufen, sie wurde auch in der Tat hervorgerufen, was weiter geschieht — darauf kommt es nicht an.

People like to be humbugged — hat Barnum sehr richtig gesagt. B.

Aus Nr. 102 des Dziennik Kijowski (Kiew)
vom 20. Juli 1906:

Die Monarchen in Schönbrunn über Rußland und die polnische Frage.

Das *Echo de Paris* bringt in seiner Nummer vom 31. Mai folgendes Telegramm seines Korrespondenten aus Rom:

Ich erfahre, daß unter den Fragen, die in Schönbrunn zwischen dem Kaiser von Österreich und dem deutschen Kaiser erörtert wurden, die gegenwärtige Situation in Rußland die erste Stelle einnimmt. In Berlin und in Wien herrscht die Überzeugung, daß Rußland einer bedeutenden inneren Besserung entgegengeht und daß natürlich diese Besserung auf ganz Europa ihren Einfluß geltend machen wird, besonders aber auf die zwei benachbarten Reiche. Kaiser Wilhelm II. und Franz Josef sollen die Möglichkeit einer allgemeinen Revolution und die hiergegen anzuwendenden Mittel erwogen haben, Mittel, die notwendig sind, um den Brand zu lokalisieren. Beide Monarchen widmeten der polnischen Frage ihre besondere Aufmerksamkeit. Es ist augenscheinlich, daß Deutschland und Österreich den mächtigen Widerhall einer Revolution in Rußland-Polen empfunden und daß die Sicherheit ihrer polnischen Besitzungen durch ein derartiges Geschehnis auf daß stärkste bedroht sein würde. Es ist schließlich nicht ausgeschlossen, daß die russische Revolution — ebenso wie die französische Revolution — einen allgemeinen Krieg zur Folge haben kann. Es ist also eine ganz natürliche Sache, daß die Beherrscher von Österreich und Deutschland sich mit einer solchen Möglichkeit beschäftigen.

Man muß noch bemerken, daß die Informationen des *Echo de Paris* über die russischen und polnischen Verhältnisse aus überaus guter Quelle stammen.

Aus Nr. 98 des Dziennik Kijowski (Kiew)
vom 14. Juni 1906:

Kaiser Wilhelm in Schönbrunn.

Das wichtigste Ereignis des Augenblicks ist der Besuch Kaiser Wilhelms in dem Schlosse Schönbrunn bei Wien. In den Salons, die vor hundert Jahren Napoleon den Großen gastlich aufnahmen, als er als Sieger von Wagram, nach Vernichtung Preußens und nachdem er die Macht Österreichs und Preußens zu Staub zermalmt hatte, in dem Schlosse von Schönbrunn am 14. Oktober 1809 den für Österreich so schmachvollen Wiener Frieden diktiert hatte, in den Salons, in denen der Sohn Napoleons und der Marie-Louise, der König von Rom, der spätere Herzog von Reichstadt eine so unglückliche Jugend verlebte hatte.

Heute setzt sich der Urenkel Friedrich Wilhelms III. dorthin und es wird dort, auf seine Veranlassung, eine neue Ausgabe des heiligen Bündnisses vorbereitet, das fast ein halbes Jahrhundert lang wie ein Alb die Freiheit Europas bedrückte hatte.

Was in den Tagen des 7. und 8. Juni in Schönbrunn vorgegangen ist, das weiß niemand, angenommen die in dem geschichtlichen Drama tätigen Personen. Das aber ist sicher, daß dort wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Alle äußeren Anzeichen sprechen dafür, daß die gegenwärtige Zusammenkunft der Monarchen nicht nur dem Hofzeremoniell gewidmet war.

Nus Nr. 184 des Kuryer Warszawski (Warschau)
vom 6. Juli 1906:

Der Jahrestag von Sadowa.

Am 3. Juli d. Js. sind 40 Jahre seit der blutigen Schlacht von Sadowa verflossen, in welcher die Adler der Habsburger dem räuberischen Adler der Hohenzollern unterlagen. Die Niederlage der Armee Benedeks entschied endgültig den hundertjährigen Streit um die politische Herrschaft im Reiche der deutschen Völker. Die siegreichen Preußen entrißen Österreich dessen privilegierte Stellung in Deutschland und sie legten auf dem blutgetränkten böhmischen Schlachtfelde das Fundament zu dem Bau des deutschen Kaisertums. Fünf Jahre später beendeten Wilhelm I. und Bismarck in Versailles das auf dem Schlachtfelde von Sadowa begonnene Werk.

Man kann sich nicht wundern, daß der Jahrestag der denkwürdigen Schlacht in der Wiener Presse ein trauriges Echo hervorgerufen hat. Sadowa war für Österreich mehr als eine verlorene Schlacht, es war die Liquidation des Imperialismus in Wien zugunsten des preußischen Berlin. Aber die Betrübnis, die Bitterkeit und der Pessimismus Österreichs haben gegenwärtig noch andere Ursachen.

Nach dem unglücklichen Kriege war die Habsburger Monarchie gezwungen, neue Grundlagen zur Sicherung ihrer Großmachstellung zu errönnen und es geschah, daß es diese Grundlagen in der Vereinigung mit den Ungarn, in dem österreichisch-ungarischen Dualismus fand. Aber die Ereignisse der letzten Zeiten haben gezeigt, daß die Fundamente dieser Politik sehr mürbe waren und daß vielleicht der Augenblick nicht fern ist, in welchem die Trennung Wiens und Pestis unvermeidlich sein wird.

Als sie den Ungarn die östliche Hälfte des Kaiserreichs abgaben und als sie die Vereinigung der Ungarn mit Österreich auf ein gemeinsames Ministerium des Krieges, der auswärtigen Angelegenheiten und des Schazes, als auch auf die Einheitlichkeit in wirtschaftlicher Beziehung stützten, waren die Wiener Politiker tief davon durchdrungen, daß sie den nationalen Geföhlen der Ungarn genüge geleistet und dadurch den Bestand der dualistischen Monarchie gesichert hätten. Es war dies eine falsche Rechnung. Die Idee der nationalen Selbständigkeit, die im Jahre 1848/49 auf Ungarn die Stürme der Revolution heraufbeschworen hatte, die nur durch die Hilfe Rußlands erstickt wurden, diese Idee wurde für einen Augenblick wohl still, erlosch aber niemals gänzlich. Die Idee kann man wohl unterdrücken aber man kann sie nicht töten.

Österreich war der Meinung, daß es dadurch, daß es den Ungarn nach der Schlacht bei Sadowa den staatlichen Dualismus angeboten hatte, allen weiteren nationalen Bestrebungen ein endgültiges Ziel gesteckt haben würde. Die Ungarn machten dann auch allerdings eine Miene, als ob ihnen zu ihrem Glück weiter nichts mehr fehle. In Wirklichkeit aber betrachteten sie den Dualismus nur als eine Anzahlung auf die Schuld der völligen Unabhängigkeit, die ihnen von den österreichischen Schuldneern gemacht worden war.

Mit der Zeit begann man in Wien den politischen Irrtum zu begreifen, aber Österreich, von feindlichen Nationen zerrissen, hatte schon nicht mehr die Kraft, den drohenden Sturm aufzuhalten und die auf Lösung hini zielenden Bestrebungen der Ungarn zu hindern. Notwendigerweise unterlag es den Ungarn, es bemühte sich durch Zugeständnisse das schwankende Bündnis zu retten und es wurde in seiner Politik fast zur chronischen Erscheinung, daß Wien nach der Pfeife der Ungarn

tanzte, daß jedes „Sic volo“ aus Pest ein demütiges „placet“ in der Hauptstadt der Habsburger fand.

Und so näherte sich alles unaufhaltsam der Katastrophe. Die letzte Stunde hat noch nicht geschlagen, aber schon heute zweifelt niemand mehr daran, daß das Ende des österreichisch-ungarischen Dualismus herannaht.

In der ungarischen Regierung, im Parlamente, in der ungarischen Volksgesamtheit, gibt jene Partei den Ton an, die schon seit Jahren offen das Banner der ungarischen Selbständigkeit hoch gehalten hat und die danach strebt, den bisherigen Dualismus durch eine Personalunion zu ersetzen. Wie im Jahre 1848 so erhebt auch heute ein Name ein ganzes Programm: Kossut.

Was bedeutet das, daß es der österreichischen Politik noch gelungen ist, den letzten Schlag abzuwehren, der in Pest gegen den Dualismus geführt wurde. Was bedeutet das, daß die Ungarn für jetzt ihre militärischen Forderungen zurückgezogen haben, daß sie sich damit einverstanden erklärt haben, den Forderungen des Staatshaushaltes nachzukommen und ev. eine Wahlreform einzuföhren? Wenn nicht heute so wird doch schon morgen das Geschrei der Nationalisten ertönen: „Wir fordern eine eigene Armee.“ Und bestimmt wird dieser Schrei mit dem Wechsel des Wahlsystems nicht schwächer werden, falls überhaupt dieses Projekt in die Tat umgesetzt werden sollte.

Den Ungarn genügt schon nicht mehr die ungarische Kommandosprache in der Armee. Sie fordern ihre eigene Armee und ihre eigene Flotte. Sie fordern schließlich die wirtschaftliche Teilung Österreichs und Ungarns oder ein eigenes Zollgebiet. Alles dieses befindet sich jetzt noch im Anfangsstadium. Gegenwärtig streitet man sich darum, daß bei den Gesandtschaften die Hälfte des Personals österreichischer, die andere Hälfte ungarischer Nationalität sein soll, damit beide Sprachen gleichberechtigt sein, damit beide Staatswappen auf den Gesandtschaftspalais glänzen sollen. Augenblicklich ist die Frage der Zollgrenze zwischen Österreich und Ungarn noch keine brennende, denn der Termin für die Handelsverträge läuft erst im Jahre 1917 ab. Gegenwärtig verlangt man noch nicht ausdrücklich eine ungarische Flotte, aber man spricht von einer Flotte mit besonderem ungarischem Kommando. Aber man müßte blind sein, um nicht zu sehen, daß alle diese Halbheiten nur die politische Etappe sind, welcher der weitere unaufhaltsame Marsch zum endgültigen Ziele, der Selbständigkeit der Ungarn, erfolgen wird. Die Österreicher unterhandeln noch, die Ungarn nehmen die Anzahlungen an, ohne irgendwelchen Dingen zu entsagen. Österreich sucht das wankende Gemach des Dualismus durch Stützen zu retten. Die Ungarn tolerieren diese diplomatischen Aktionen, aber bei der ersten besten Gelegenheit werden sie mit dem mächtigen Hammer zuschlagen und sie werden auf den Trümmern der dualistischen Verfassung die siegreiche Fahne des selbständigen Ungarn aufpflanzen. Vielleicht werden sie sich mit einer Personalunion einverstanden erklären, mit einer gemeinsamen Monarchie, aber der staatliche Dualismus liegt schon im Todeskampfe und seine Tage sind gezählt.

Was wird dann aber aus Österreich werden? — fragt mit Unruhe die deutsche Presse. Wenn die Trennung des Heeres, der Flotte, der auswärtigen Gesandtschaften und des Zollgebietes erfolgen sollte, dann wird die Personalunion nur eine äußerliche Ehre sein, die ein Regenschauer fortspülen kann und die den Streitigkeiten und Verwickelungen, die sogar zu kriegerischen Schritten föhren können, nicht Einhalt gebieten wird. Was wird aus Österreich werden? Welche Stütze wird dieses Land finden, das vom nationalen Hader

zerfleischt wird, sobald sich die Ungarn aus dem Rahmen des Dualismus frei gemacht haben? Die Wiener Presse läßt diese Frage unbeantwortet und man hört gleichsam nur Grabesseufzer an dem Totenhügel Österreichs, wie auch die schüchterne Hoffnung, daß die nach dem Tode der Habsburgischen Monarchie Zurückbleibenden im Deutschen Reiche unter dem Zeppter der Hohenzollern leben werden.

Das von der Raserei des Pangermanismus beherrschte Deutschland Österreichs läßt den Gedanken nicht zu, daß sich für das von den Ungarn verlassene Österreich eine andere Hilfe finden könnte als Deutschland. Es zieht es vor, daß Österreich als Staatsorganismus zu bestehen aufhört, ehe es seiner herrschenden Rolle zugunsten des slawischen Elementes entzagt. Aber wer weiß, ob nach Loslösung der Ungarn nicht gerade der große slawische Bund unter der Ägide Österreichs das einzige Fundament bilden wird, welches die Monarchie der Habsburger retten kann. Nur mit einer derartigen Unterstützung kann sie den Sturm aushalten und die eigene Großmachtsstellung retten. Nur die Föderation der slawischen Völker, der die Polen, Tschechen, Ruthenen, Slowenen und die Balkanbewohner angehören würden, könnten Österreich als Staat eine dauernde Existenz sichern und die Säße des kranken Organismus erneuern. Falls Rußland nicht durch eine weitzügige konstitutionell-autonomische Politik seine geschichtliche Mission erfüllen sollte, von der seine besten Söhne träumen und die bis jetzt der bürokratische Zentralismus mißachtet hat, wenn Rußland weiter bei seiner stiefmütterlichen Politik, bei seinen räuberischen Tendenzen gegenüber dem großen slawischen Geschlecht bleiben wird, wenn es nicht bei den Föderationsbestrebungen Österreich gegenüber das Präveniere spielen wird, dann eröffnet sich für die Wiener Politik ein neuer Horizont und neue Wege der Errettung. Österreich hat keine andere Stütze mehr. Entweder verkündet es den Staatsbankrott und fällt an mehrere benachbarte Staaten, oder es wird an der Spitze der großen slawischen Föderation stehen und ein neues Reich gründen, in welchem allerdings für ein deutsches Übergewicht kein Platz mehr sein wird.

In welchem Umfange die föderativ-slawische Politik Österreichs sich einst entwickeln kann, das vorauszusagen trauen wir uns nicht, denn jede Diskussion über dieses Thema würde mehr oder weniger einer politischen Phantasie gleichen. Wir zeigen nur in groben Umrissen den einzigen Weg, der aus dem Chaos führen und es auf den Weg der Wiedergeburt leiten kann. **Österreich muß slawisch werden, oder es wird aus der Reihe der europäischen Staaten verschwinden.**

Aus Nr. 161 des Kuryer Warszawski (Warschau)
vom 13. Juni 1906:

Aufklärung.

Vor einigen Tagen brachten wir an dieser Stelle einen Artikel der deutschen Schriftstellerin Käthe Schirmacher, der auf eine unerhört verlogene Art die Posener Verhältnisse schilderte und der in einem Blatt veröffentlicht war, das so wichtig ist und die Idee der Freiheit so warm verteidigt wie der Courrier Europeen. Wir waren darüber entrüstet, daß eine derartige Zeitung ihre Spalten einer derartigen Anhäufung der allerbrutalsten Lügen, die nicht einmal wahrscheinlich klingen, geöffnet hat. Derartige Verleumdungen dürfte eine Zeitung, die sich selbst achtet, nicht drucken, wenn sich auch die Redaktion dagegen verwahrt hat, daß sie sich etwa mit den Auslassungen der Verfasserin für solidarisch erklärt.

Augenblicklich erfahren wir, daß dieser Artikel eine Reihe von Protesten hervorgerufen hat. Unter anderem hat Fräulein Aniela Zwan aus Warschau bei der Redaktion des Courrier Europeen energischen Protest gegen die von Fräulein Schirmacher in ihrem Artikel gemachten Angaben eingelegt. Hierbei gab sie auch ihrem Erstaunen Ausdruck, daß die Redaktion sich zur Veröffentlichung offener Märchen entschließen konnte, deren Zeitgedanken vollkommen gegen das Programm der Zeitung verstoßen hätte. Darauf erhielt sie folgenden Brief in französischer Sprache:

Sehr geehrtes Fräulein!

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihren Brief vom 5. Juni d. J. erhalten habe.

Wir haben den Artikel des Fräulein Schirmacher veröffentlicht, weil wir als internationales Blatt unsere Spalten keiner Partei verschließen wollen. Man bekämpft doch erfolgreich nur das, was man kennt, und es schien uns angebracht, unsere Leser mit den Grundsätzen des Ostmarkenvereins bekannt zu machen. Es ist auch gewiß nicht Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, daß wir den Artikel mit einem Redaktionskommentar versehen haben, in dem wir erklären, daß wir ihn nur als ein Dokument bringen und daß wir entschieden einer jeden Nation das Recht absprechen, der normalen Entwicklung einer anderen Nation gewalttätig im Wege zu stehen.

Wir wußten, daß dieser Artikel interessante Replikten hervorrufen würde und daß wir hierdurch allein der Wahrheit und dem Recht würden dienen können.

Ich habe die Ehre, Ihnen drei derartige Antworten zu übersenden. Mögen sie sich gefälligst selbst überzeugen, daß wir, nachdem wir den Deutschen einmal das Wort erteilt haben, es jetzt den Polen dreimal erteilen.

Hochachtungsvoll

Louis Dumer.

So viel der Chefredakteur des Courrier Europeen.

Wir erwähnen schließlich, daß diese Zeitung, nachdem sie den von ihr begangenen Fehler eingesehen hat, tatsächlich drei polnische Antworten veröffentlicht hat, in denen die Lügen des Fräulein Schirmacher gebrandmarkt und richtig gestellt werden.

Verfasser dieser Antworten sind:

Mathias Romanski,
Georg Kurnatowski,
Stanislaus Mikulski.

Aus Nr. 176 des Kuryer Warszawski (Warschau)
vom 28. Juni 1906:

Aus Lodz.

In dem Kreise Lodz gehen Haufen von je einigen Personen von Dorf zu Dorf und verteilen Proklamationen, in denen zum allgemeinen Agrarstreik aufgefordert wird. Nach der Erklärung der Agitatoren soll der Streik bei Beginn der Ernte ausbrechen.

Aus Nr. 176 des Kuryer Warszawski (Warschau)
vom 28. Juni 1906:

Die Empörung in der Gegend von Human.

Der von einigen polnischen Zeitungen nach Human gesandte Publizist, Herr Sigismund Skarszynski, sendet von dort aus dem Dziennik Kijowski nachfolgende Informationen, die den gegenwärtigen Stand des Aufstands in der Gegend von Humania charakterisieren.

Diese Korrespondenz ist vom 24. d. Mts. datiert. „Was der „morgige Tag“ bringen wird, kann man nicht voraussehen. Der Sturm kommt näher, aber es ist nicht leicht zu erraten, ob der Donner bald erdröhnen, die Blitze bald zucken werden, oder ob er in Ruhe vorübergehen wird. Wer weiß, ob morgen nicht die Herrenhöfe in Flammen aufgehen und die Bäche nicht von dem vergossenen Blut überlaufen werden. „Der heutige Tag“ berechtigt zu derartigen Voraussetzungen.

Streiks brechen bald hier bald dort aus. Der Verlauf derselben war bis jetzt noch ein ziemlich friedlicher. Die Landarbeiter brachten ihre Forderungen vor, stellten die Arbeit ein und warteten auf das Resultat. Die Grundbesitzer bewilligten am zweiten oder dritten Tage der Arbeitseinstellung einen höheren Lohn, die Streikenden ließen von ihren Forderungen etwas ab und die Feldarbeit wurde wieder aufgenommen. Dies geschieht schon seit einigen Wochen in verschiedenen Gegenden des Landes. Daß der Verlauf des Streikes nicht mit Blut besetzt worden ist, das hat man der Taktik der Grundbesitzer zu verdanken, die aus den Ereignissen des vergangenen Jahres eine traurige Lehre gezogen haben und deshalb keine militärische Hilfe anrufen, oder die speziell zur Bekämpfung der Bauern gebildeten Abteilungen von Polizisten. Wo aber die Administrationsbehörden, besorgt um das Leben und die Habe der Staatsbürger, zwischen den Grundbesitzern und Arbeitern vermitteln wollen, da muß Blut fließen.

So war es auch in Markowko. In der ersten Hälfte des Juni kam es zwischen dem Besitzer von Markowko, Herrn Zbyszewski, und den landwirtschaftlichen Arbeitern aus seinem Dorfe wegen der Lohnzahlung zu Streitigkeiten. Am 11. Juni kam es zur Verständigung. Herr Z. erklärte sich damit einverstanden, dem Arbeiter für die Arbeit auf den Rübenfeldern täglich 60 Kopfen zu zahlen. Die Landleute verpflichteten sich, täglich 250 Arbeiter zu stellen. Während der Nacht kam es etwas anders. Am nächsten Tage, am 12. Juni, kamen etwa 400 Landleute auf die Rübenfelder und forderten von Herrn Z., ihren Lohn auf 75 Kopfen, auf 1 Rubel, ja sogar auf 1,20 Rubel zu erhöhen. Herr Z. ging hierauf nicht ein. Die Landleute gingen nicht an die Arbeit, sondern sie begaben sich ruhig in ihre Hütten.

Am 3. Tage brachte Herr Z. Arbeiter aus den benachbarten Dörfern Cieplik und Ohjowka. Darauf kamen die Bewohner von Markowko auf die Rübenfelder und vertrieben die fremden Arbeiter. Als die Fremden die Rübenfelder verließen, traf sie der Pristaw, der sich an der Spitze von 10 Polizisten befand. Von wem sie herbeigerufen worden waren, ist nicht bekannt. Er erklärte den weggejagten Arbeitern, daß niemand das Recht hätte, sie zu vertreiben, daß er sie selbst an ihre Arbeit stellen würde.

Im Dorfe wurden auf die Nachricht von der Ankunft des Pristaw und der Polizisten die Sturmglocken geläutet. Den Bewohnern von Markowko, die sich auf dem Felde befanden, eilte ein Haufe aus dem Dorfe zu Hilfe. Inzwischen begann auf dem Felde der Kampf mittelst geschleudelter Steine. Ein Polizist wurde verwundet. Darauf befaß der Pristaw den Polizisten, eine Salve abzugeben, zunächst in die Luft, dann in die Menschenmenge. Die Menge begann zu fliehen und die Polizisten griffen nun die Fliehenden an, sie mit den Knuten und Gewehrkolben schlagend. Vier Landleute erhielten Schußwunden, vier wurden durch Knutenhiebe und Kolbenschläge verletzt.

Dieser Tage erschienen auf dem Kampfplatze der Kreisbeamte (sprawnik), der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter an der Spitze von 95 Polizisten.

18 Landleute wurden verhaftet und ins Gefängnis von Hajyn gesetzt.

Jetzt hat sich der Besitzer von Markowko mit den Landleuten verständigt. Die Landleute sind für die Arbeit auf den Rübenfeldern mit einem Lohne von 60 Kopfen auf den Tag zufrieden, der Besitzer, Herr Z. dagegen hat sich verpflichtet, die Landleute aus den benachbarten Dörfern nicht zur Arbeit zu nehmen.

Es ist schwer zu erfahren, wer die Schuld an dem vergossenen Blute trägt.

Gestern schwirrten in Human Gerüchte von der Zerstörung des Gutsgehöftes in Siennica, der Besitzung des Barons Korf, die von Herrn Zaplatynski gepachtet ist. Das Gerücht ist heute bestätigt worden. Der Besitzer hat sich an die Administrationsbehörde um Hilfe gewandt. Polizisten sind hingeschickt worden.

In Cybulowo und Kubicz ist es zu scharfen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Auch dorthin sind Polizisten geschickt worden.

Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins, Herr Wilczynski, ist der Meinung, daß die Agrarbewegung unter den Ruthenen nicht selbständig einsetzen wird. Man muß indessen erwarten, daß die Bewegung das hiesige Gouvernement ergreifen wird, sobald erst die benachbarten Gouvernements von der Bewegung ergriffen sein werden.

Der Vize-Präsident des Vereins, Sawostianow, ist der Ansicht, daß die Ernte blutig sein, daß in den nächsten Wochen die Eroberung des „Herrenlandes“, das Niederbrennen der Vorwerke erfolgen und daß im Frühjahr die Beackerung des Bodens der Grundbesitzer von Landleuten vorgenommen werden wird.“

Aus Nr. 25 des Świat (Warschau)

vom 23. Juni 1906:

Großpolnische Bilder.

Wir saßen beim schwarzen Kaffee. In unserem Kreise befand sich ein bekannter großpolnischer Bürger, den wir mit Fragen überschütteten.

— Was ist aus Posen zu hören? Wird dort der polnische Besitz immer geringer? Entwickelt der Verein „Straz“ sich gut? Macht die Aufklärung unter dem Volke gute Fortschritte? . . .

Einer warf die Frage ein:

— Und der Marcinkowski-Verein? Das ist doch eine Eurer nützlichsten Institutionen. Hunderte und Tausende polnischer Jünglinge erhalten von ihm Hilfe. Wie viele ausgezeichnete Männer verdanken ihre Ausbildung seiner Hilfe!

— Unzweifelhaft — erwiderte der vortreffliche Posener — der Marcinkowski-Verein ist ein Dorn im Auge der Hakatisten; die großpolnische Gesamtheit schätzt auch die Bedeutung dieser Institution nach ihrem wahren Werte. Sie unterstützt sie nach Kräften. Aber unsere Mittel sind nur geringe. Die Gaben fließen nur in einem schwachen Bächlein und ihre Tätigkeit ist dadurch eingeschränkt . . .

Ein fröhliches Lächeln erhellte das strenge Antlitz des Großpolen.

— In der letzten Zeit hat der Marcinkowski-Verein eine überaus ansehnliche Unterstützung erhalten. Und wissen Sie meine Herren, wem wir dieses glückliche Ereignis zu verdanken haben? Einem preussischen Beamten, einem erbitterten Feinde des Polentums.

Alle Augen richteten sich auf den Sprecher. Er lachte leise vor sich hin und sagte weiter:

— Es ist dies, um mit einem Eurer „Jungen“ zu sprechen, eine sehr traurige, dabei aber sehr lustige Geschichte. Höret zu.

In Jutroschin, im Kreise Rawitsch, ist der Geistliche Dratwa Propst. Zu diesem kam ein alter Geistlicher aus dem Königreiche, ein entfernter Verwandter von ihm. Er wohnte im Pfarrhause. Er war sehr kurzichtig und mußte sich mit dem Stocke in der Hand fortbewegen. Wenn man ihn betrachtete, wußte man, daß seine Tage auf Erden gezählt waren. Er war still, bescheiden, sehr sparsam. Er hielt sich als Gast bei seinem Verwandten auf und wollte bei ihm sein Leben beschließen.

Eines schönen Tages aber bringt ein Gendarm ein Papier. Was war geschehen? Der Geistliche Lorch, so heißt jener alte Mann, soll sofort die Grenzen des preussischen Staates verlassen. Der lästige Ausländer. Die Anwesenheit des ehrwürdigen Krüppels im geistlichen Gewande wurde von der Behörde als das Königreich der Hohenzollern gefährdend angesehen. Wahrscheinlich hat der Herr Bürgermeister von Jutroschin selbst diese Gefahr herausgefunden. Die Abreise sollte sofort erfolgen! Es wird dir, du Greis, nicht gestattet, in den Armen deines Verwandten zu sterben. Gehe in die weite Welt!

Alle Bitten und Bemühungen waren vergeblich. Die preussische Behörde bleibt unerbittlich. Der Geistliche Lorch mußte das Pfarrhaus verlassen. Mit Schmerz und Gram reiste er ab. In dem Herzen des Geistlichen herrschte der Wunsch nach Rache. Erfahren Sie, wie sich der polnische Geistliche an den Preußen für ihre Gewalttaten rächte. . . . Bald darauf fand in Jutroschin die Kreisversammlung des Jutroschiner Vereins statt. Den Vorsitz führte Fürst Czartoryski aus Szelce. Als Vertreter der Behörde erschien der örtliche Bürgermeister Herr Girke. Nachdem der Geschäftsbericht verlesen war, ergriff einer der Anwesenden das Wort und wies auf den schwachen Eingang von Gaben hin.

Hierauf erhob sich Fürst Czartoryski.

— So ist es meine Herren, die Gaben gehen nur schwer ein. Und ich fordere eindringlichst alle, denen die Entwicklung und die Zukunft unserer Nation teuer ist, eindringlichst auf, die Säumnigen zu ermuntern und zu strafen.

Trotzdem hat — so fügte er hinzu — in diesem Jahre unser Kreis hinsichtlich der Höhe der Summe, die er an die Hauptkasse des Vereins abgeführt hat, alle anderen Kreise geschlagen. Ja er hat sie aufs Haupt geschlagen.

Die Versammelten blickten den Fürsten mit Erstaunen an. Dieser wandte sich zu dem ironisch lächelnden Bürgermeister.

— Geehrte Herren! Unsere Gruppe des Marcinkowski-Vereins hat ein fürstliches Geschenk erhalten. 103 000 Mark! Diese Summe verdanken wir den Bemühungen des Herrn Girke und ich schlage vor, ihm unseren Dank auszudrücken. Dem deutschen Hakatisten blieben vor Erstaunen die Augen stehen und er murmelte unter der Nase etwas von unpassenden Scherzen. Inzwischen begann Fürst Czartoryski die Geschichte des Geistlichen Lorch zu erzählen, die erzwungene Abreise des verkrüppelten Priesters.

Als die Abschiedsstunde herannahte, sagte der Geistliche Lorch zu dem Propst Dratwa:

— Ich habe lange darüber nachgedacht, auf welche Weise ich mich an den Preußen für das mir zugefügte ungeheure Unrecht rächen kann. Ich habe folgendes beschlossen: Ich war mein ganzes Leben hindurch sparsam, ja fast geizig. Ich habe auf alles verzichtet, um Groschen auf Groschen zu sammeln. Ich habe 103 000 Mark gespart. Nimm sie hin und gib sie in meinem Namen dem Marcinkowski-Verein. Möge aus diesen Geldern die Jugend Nutzen ziehen, möge sie lernen, damit sie sich nicht von der preussischen Sturm-

flut verschlingen läßt. Ich hatte die Absicht, diese Fonds anders zu verwenden. Die Verfolgung, der ich ausgesetzt war, hat meinen Entschluß gefestigt. Mögen sich mit Hilfe dieses Geldes die zukünftigen Verteidiger unserer nationalen Ideen ausbilden, mögen sie aus dem Unterricht die Kraft zu dem Kampfe mit den Bedrückern schöpfen.

Der preussische Bürgermeister wuschte sich den Schweiß von der Stirne. Die Versammelten maßen ihn mit Blicken, in denen sich Rührung, Freude und Triumph mischten. Der Propst Dratwa sandte in einer Zigarrenkiste 103 000 Mark nach Posen. Der Geistliche Lorch hat sich in Krakau niedergelassen.

— Ein Racheakt, würdig eines polnischen Priesters.

Denn die Hakatisten ärgern sich und ein nützliches nationales Institut hat einen ansehnlichen Gewinn davongetragen.

Gordon.

Aus Nr. 134 des Dzwon Polski (Warschau)

vom 16. Juni 1906:

Der Sokol in Wilna.

Nach langen Bemühungen wurde schließlich der Turnverein Sokol behördlicherseits bestätigt und man hat begonnen, energisch an die Entwicklung dieser so nützlichen Institution heranzugehen. In der letzten Versammlung des Sokol wurde schon von der Errichtung eines eigenen Hauses gesprochen und auch von der Einrichtung verschiedener Unterabteilungen. Es sollen dies sein: eine Ruderabteilung, Radfahrersabteilung, Abteilung für Gesellschaftsspiele usw.

Gegenwärtig hat der Wilnaer Sokol etwa 300 Mitglieder. Es ist indessen die Hoffnung vorhanden, daß die Anzahl der Mitglieder bald auf einige Tausend anwachsen wird.

Den Vorstand des Wilnaer Sokol bilden die Herren:

Dr. Czartowski, Vorsitzender,
Dr. J. Swieczynski,
Dr. W. Wenslawski,
Graf Waldemar Tydzkiewicz,
J. Urzyn, Dr. Dmochowski,
Dr. Moraczewski,
Piotrowski, Szarski,
Sadowski, Perkowski,
Jarocki, Gutowski.

Am Vorabend des Johannisfestes veranstaltet der Sokolverein zu Ehren dieses Festes ein schönes Blumenfest mit Johannisfeuern. Nicht nur der Fluß wird beleuchtet werden, sondern auch die historische Schloßhöhe und der Bernhardinergarten.

Die bestätigten Statuten dieses Vereins werden bald im Druck erscheinen. Bald wird auch der in Stanislawowo engagierte Turnlehrer nach Wilna kommen, ein Mitglied des dortigen Sokolvereins.

Der Vorstand des Sokol wohnt Gouverneurstraße Nr. 1.

Aus Nr. 161 des Kuryer Warszawski (Warschau)

vom 13. Juni 1906:

Der Vorstand des „Ersten Polnischen Turnvereins „Sokol“ in Warschau“

bittet alle Personen, die sich früher als Mitgliederkandidaten für den „Sokol“ gemeldet hatten, in unsere augenblickliche Kanzlei (Königstraße 23 m. 5) zu kommen, um dort die noch notwendigen Formalitäten zu erfüllen. Gleichzeitig werden auch Meldungen neuer

Kandidaten entgegengenommen. Die Kanzlei ist täglich, mit Ausnahme der Feiertage, von 5 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

A. Starzynski, Vorsitzender.
S. Brzostowski, Kanzler.

Aus Nr. 180 des Kuryer Warszawski (Warschau)
vom 2. Juli 1906:

Die Eröffnung des Sokolhauses.

Gestern nachmittags 1 Uhr fand auf dem Terrain für landwirtschaftliche Ausstellungen, das von dem Rennverein dem Sokolverein abgetreten worden ist, die feierliche Eröffnung des Warschauer Sokol statt.

Dieses Sokolhaus wird für alle Sokolvereine, da es das ganze Königreich Polen umfaßt, die Pflanzstätte anderer Vereine sein und es wird die neuen hochsympathischen Korporationen alle vereinigen.

Das Fest war ein ganz außerordentliches. Man kann es sogar epochemachend nennen in der Entwicklung des Vereinswesens in unserem Lande und der Eindruck, den es auf die Zuschauer machte, war ein geradezu erhebender.

Zum ersten Male sahen wir die Sokolkameraden in brüderlichen Reihen aufgestellt, Jünglinge und Männer aus allen Ständen, ohne Rücksicht auf ihre politische oder gesellschaftliche Stellung, ohne Rücksicht auf ihre Abstammung. Sie alle hatten sich unter der Devise der Einigkeit und der Disziplin gesammelt „Alle für Einen, Einer für Alle“.

Die Feier fand auf dem Turnplatz, dem früheren Ausstellungsplatz statt, der von einer Menge von über 20 000 Personen angefüllt wurde, die auf die Einladung der Sokolkameraden herbeigeeilt waren.

Die Logen wurden eingenommen von den Korporationen, Vereinen, Deputationen, den Pressevertretern und verschiedenen Ehrengästen.

Auf ein Zeichen, das von einer Erhöhung vor der Sokolhalle herab gegeben wurde, traten durch drei Tore die Sokolvereine mit Orchestern und Fahnen in Abteilungen zu je 4 Mann in einer Reihe auf den Turnplatz.

In der Mitte des Turnplatzes, gegenüber den Logen, stand eine Tribüne für das Präsidium und die Redner. Von dieser Tribüne führte der Weg zwischen Masten zum Haupttor des Sokolhauses. Auf diesem marschierten die Sokols in Turnordnung heran und stellten sich dann in Hufeisenform auf, mit der Front nach den Logen, indem sie die Tribüne umgaben.

Als letzte trat unter den Klängen des herrlichen Sokolmarsches die Fahnenabteilung heraus, die eine schöne Fahne mit dem silbernen Falken, der seine Flügel zum Fluge ausbreitet, trug. Der Anblick war prachtvoll. Die Sokols salutierten, die Zuschauer entblößten die Häupter.

Nachdem der Fahne die Ehrenbezeugungen erwiesen worden waren, betrat die Tribüne der Schriftführer des Vereins Brzostowski und verlas mit lauter Stimme den auf Pergament niedergeschriebenen Gründungsakt des Vereins. Nach ihm betrat die Rednertribüne der Gründer und Vorsitzender des Sokol, Herr A. Starzynski; dieser wandte sich in herrlicher Rede an die versammelten Kameraden, und er versinnbildlichte die Freiheit, die die Lösung des Vereins sein soll, indem er einem prachtvollen Falken, der auf der Tribüne in einem Käfig gefangen gehalten wurde, die Freiheit schenkte. Als der Falke über der tausendköpfigen Menge in den Lüften schwebte, wurden auf den Masten Fahnen in den nationalen Farben

hochgezogen. Die Fahnen waren mit Inschriften versehen, die die Lösungen bezeichnen, nach denen die Sokols sich zu richten haben. Die Orchester spielten und die zahlreiche Menge brach in den einen gewaltigen Ruf aus: „Er lebe hoch!“

Nach Herrn Starzynski ergriffen das Wort:

Einer der Organisatoren des Vereins, Rechtsanwalt Popowski, der Vizepräsident des Ruderklubs Kobylecki, es improvisierte der Dichter Kasimir Julian Jaszynski, es sprach der Kamerad Kunstmaler Piotrowski, von den Wilnaer Sokols ergriff das Wort Gustav Piotrowski, von den Petersburger Sokols Herr Bieganski, von den Kiewer Sokols Przewdzicki. Jede Rede enthielt warme Worte und heiße Wünsche, jeder riß die Menge mit sich fort.

Nach beendeter Feier erfolgte unter den Klängen der Orchestermusik der Vorbeimarsch und dann die feierliche Enthüllung der Fahne.

Die Menge blieb noch lange auf dem Turnplatz unter den wehenden Sokolfahnen. Sie konnte den Eindruck nicht vergessen, den der heutige Tag auf sie gemacht hatte, der Tag, der für unsere Volksgesamtheit für lange Zeit denkwürdig bleiben wird.

Abends veranstalteten im Sokolpark, auf dem früheren Ausstellungsplatz die Warschauer Sokolvereine ein Kupala-Fest (ein altslawisches heidnisches Sommerfest), während dessen wieder der Menge die Zeit vertrieben und sie auf verschiedene Weise unterhalten wurde.

In dem hell beleuchteten und prächtig geschmückten Parke versammelten sich wieder einige Tausend Personen, die hier einige Stunden angenehm verbrachten.

In der Hauptallee wurde mit großer Begeisterung eine Blumenschlacht aufgeführt, während an verschiedenen anderen Punkten die Gäste durch Monologe, Gesänge und Darbietungen der Feuerwehrkapelle unterhalten wurden.

Das Vergnügen besuchten auch intelligente Bauern, die unter den heiteren Gästen den Humor in der Menge aufrecht erhielten, indem sie Scherze trieben, die bei ihnen hervorbrachten wie die Funken unter dem Hufeisen.

Die Ordnung hielten die Sokolkameraden auf das Beste aufrecht.

Aus Nr. 180 des Kuryer Warszawski (Warschau)
vom 2. Juli 1906:

Der Warschauer Dniwnik hat erfahren, daß ein Nachfolger des General Bibikow für die Stelle des Präsidenten von Warschau nicht ernannt werden wird und zwar mit Rücksicht auf die projektierte städtische Selbstverwaltung mit einem wählbaren Stadtpräsidenten an der Spitze.

Aus Nr. 158 des Dzwon Polski (Warschau)
vom 2. Juli 1906:

Vom Sokol.

Dem Warschauer Sokol wurden anlässlich der Einweihungsfeier am 1. Juli d. J. viele Glückwunschtelegramme gesandt. Auch der Posener Sokolverband sandte folgende Depesche:

Dem neuen Sokol in seinem eigenen Neste wünschen wir Entwicklung. Czolem! wackere Kameraden!

Der Vorstand des Sokolbundes.
Chrzanowski. Rzepecki.

Aus Nr. 134 des Dzwon Polski (Warschau)

vom 16. Juni 1906:

Caveant cives.

In den verschiedenen Gegenden leiteten verschiedene Rücksichten die Wähler bei der Wahl von Abgeordneten in die Staatsduma.

Hierbei ist nichts merkwürdiges. In einem so großen Lande wie es Rußland ist, hat jede Gegend ihre Interessen, ihre eigenen Bedürfnisse, in jeder Gegend hat sich der Druck des alten Regimes anders bemerkbar gemacht. Etwas Gemeinsames aber charakterisiert alle Wahlen und zwar: der Oppositionsgeist des ganzen Reiches, der durch die bemerkenswerte Tatsache nachdrücklich bewiesen wurde, daß die Duma das einzige Parlament auf der Welt ist, in dem alle Abgeordneten mehr oder weniger der äußersten Linken angehören. Es ist auch eine ganz natürliche Erscheinung, daß die Abgeordneten aus einem Lande, in dem die polnische Kultur Wurzel geschlagen hat, wo die gebildeten oder wenigstens zivilisierten Kreise sich als Polen fühlen, wo die Bewohner so viele Jahre hindurch der kulturellen Bedrückung und der nationalen Verfolgung ausgesetzt waren, Männer gewählt werden mußten und in der Tat auch gewählt sind, die eine tiefe Überzeugung von ihrer Pflicht haben, die Zivilisation und die Nationalität ihrer Wähler zu verteidigen, für sie die gleichen Rechte und die gesetzlich gewährleistete Anerkennung der Überzeugung, der Gefühle der Zivilisation und des Besitzes zu erkämpfen. Und da jeder Kampf nur dann auf einen Erfolg rechnen kann, wenn alle Kräfte konzentriert und vereint sind, so mußten die Polen von ihren Abgeordneten in der Duma ein gemeinsames Zusammenwirken verlangen. Es ist für uns zweifellos, daß sich nach diesen und nicht nach anderen Grundsätzen die polnischen Wähler im Gouvernement Minsk richteten und daß ihr Wunsch war und noch ist, ihre Beauftragten möchten eine solche Überzeugung ausdrücken, sich einer solchen Taktik bedienen.

Merkwürdig ist dagegen das Benehmen der Minsker Abgeordneten.

Gleich bei Beginn der Dumasitzungen erklärten sie sich in vertraulichen Unterredungen mit den polnischen Abgeordneten aus den anderen Gouvernements, daß sie „Hiesige“ wären. Als man sie an die Wand drückte und eine Erklärung darüber erbat, was für eine merkwürdige Farbe eigentlich „die Hiesige“ wäre, da von ihr noch keine Encyclopädie etwas erwähnt hätte, da erklärten sie, daß sie Weißrussen mit polnischer Kultur wären. Uns drängt sich sogleich die Frage auf, worauf denn eigentlich diese Erklärung gestützt ist. Es kann doch keine Rede davon sein, daß ihre Abstammung ihre Erklärung motivieren kann. Der beste Beweis hierfür ist schon der Name des Herrn Skirmunt. Er stammt weder von den Weißrussen ab noch überhaupt von den Slaven, da einen solchen Namen nur die Samogiten tragen. Fürst Drucki-Lubecki führt sein Geschlecht von Kurik her, er ist also von Abstammung ein Waräge. Herr Massonius hat seine Vorfahren in Holland oder Seeland gehabt und man braucht nur die Gesichtszüge des Herrn Janczewski zu betrachten, um genau zu wissen, von wem er abstammt.

Also weder Blut noch Abstammung zwingen die Herren sich Weißrussen zu nennen. Hegen sie vielleicht die Hoffnung, daß im Falle einer Änderung der Wahlordnung die weißrussische Bezeichnung ihnen die Mandate retten wird? In dieser Hinsicht wird die Taktik der Herren aus Weißrußland zu nichts führen. Nicht die Weißrussen haben sie gewählt, sondern die Polen, die im Gouvernement Minsk anässig sind, damit sie die Interessen des Minsker Kreises, zugleich

aber die polnische Zivilisation in diesem Lande verteidigen sollten. Und zu diesem Zwecke haben die Polen alle Kräfte angespannt, sie haben Kompromisse mit den Weißrussen und Juden geschlossen, um eine möglichst große Zahl von Abgeordneten für die polnischen Abgeordneten zu erringen.

Und unter den Abgeordneten der anderen Gouvernements gibt es Männer, die eben solche Mandate haben und die verpflichtet sind, die Vertreter ähnlicher Postulate zu sein. Wie nimmt sich dem gegenüber die Bildung von zwei Organisationen unter den Abgeordneten aus Litauen und Weißrußland aus! Die Bildung von zwei Organisationen läßt nicht nur die Möglichkeit offen, daß die Stimmen zerplittert werden, sondern man muß erwarten, daß eine Spaltung nicht nur wahrscheinlich, sondern sogar unvermeidlich ist.

Eine solche Haltung erscheint in den Augen der Leute, die die Sache von der Seite betrachten, als eine schwere Sünde wider die Volksgesamtheit, als ein Mißbrauchen des Vertrauens der Wähler. Ist denn eine solche Vertretung durch diese Herrn Lechiten der Ausdruck der Überzeugung der Wähler? Haben sich denn die Polen aus dem Gouvernement Minsk von der polnischen Nation durch eine chinesische Mauer getrennt und wollen sie sich nicht mehr zu ihr zählen? Es sind dies sehr schmerzliche aber auch sehr wichtige Fragen. Die Spaltung unter den Abgeordneten ist ein weit schwererer Schlag und eine viel häßlichere Kundgebung, als die 40jährige Bedrückung und Verfolgung des alten Regimes, gegen das wir uns wohl mit schweren Verlusten aber erhobenen Geistes gewehrt haben.

Wenn die Minsker Wähler nichts merkwürdiges in dem Verhalten ihrer Wähler sehen, so ist es nicht unsere Sache, uns einzumischen. Wenn jedoch der Selbsterhaltungstrieb noch in ihnen lebt, wenn sie sich verpflichtet fühlen, die Zivilisation der Vorfahren zu erhalten, die bisher so ausdauernd von ihnen verteidigt worden ist, dann ist es die höchste Zeit, von ihren Abgeordneten eine Gewissensabrechnung zu fordern.

P. W.

Aus Nr. 186 des Kuryer Warszawski (Warschau)

vom 8. Juli 1906:

Der Kampf mit der nationalen Idee.

In der Epoche der schwersten Knechtschaft, als unser ganzes politisches Leben sich unter der Erde verstecken mußte, gingen die nationale Idee mit der sozialistischen Idee nebeneinander wie verbündete Mächte. Die rote Standarte erwies dem weißen Adler Ehrenbezeugungen und der weiße Adler liebte die demokratische Idee, verehrte ihre Märtyrer und hoffte, daß aus dem Kampfe nur die Emanzipation des Proletariats das neue Polen, neue Lebenskräfte schöpfen würde. Beide Ideen vereinigte schließlich die Gemeinsamkeit des Schmerzes und der Sklaverei. Und diese Gemeinsamkeit war eine derartig enge, daß die breiten wenig aufgeklärten Massen in dem Sozialismus etwas in der Art eines radikalen und verschwörerischen Patriotismus erblickten.

Als jedoch in Rußland und bei uns die Stürme der Revolution zu toben begannen, da änderte sich dieses Verhältnis mit überraschender Schnelligkeit.

Den Handschuh warf der Sozialismus uns vor die Füße. Er warf ihn uns mit einem derartigen Haß zu, daß im ersten Augenblick die nationalen Parteien wie vom Donner gerührt waren. Die Leute schauten mit irrem verständnislosem Blick auf die außergewöhnliche Erscheinung dieser und jener flüsterte etwas von einem hitzigen Paroxysmus, der vorüber-

gehen müsse. Dieser und jener langte nach einem Stein, um den Sozialismus auf den Kopf zu treffen, aber er ließ dann beschämt die Hand sinken, weil er einen hatte treffen wollen, der noch vor kurzem mit ihm gemeinschaftlich die Ketten geschleppt hatte und der ihm in der Sklaverei ein lieber Bruder gewesen war. Und die Leute fragten sich in Gedanken, was denn eigentlich diesen furchtbaren Haß hervorgerufen hatte? In dem nationalen Programm war die Arbeit für das Volk und mit dem Volke doch stets der Leitstern gewesen. Die Leute, die die Fackel der nationalen Idee der Volksgesamtheit vorangetragen hatten, vereinigten doch stets den Gedanken an die Wiedergeburt Polens, mit dem Gedanken an die Besserung der Existenzbedingungen des Volkes.

Das ganze Land war völlig überrascht durch diese Evolutionen des polnischen Sozialismus, durch diesen plötzlichen Ausbruch des Ungewitters, das mit den Idealen des Vaterlandes seinen Spott trieb und das an den weißen Adlern seinen Zorn ausließ. Es gab in der Volksgesamtheit nur wenige Leute, die schon lange empfanden, daß der Augenblick des Kampfes herannahen würde und diese kleine Menge, der noch der Mund durch die Zensur verschlossen war, konnte die Einbildungen der naiven politisch unreifen Volksgesamtheit nicht zerstören.

Aus Galizien, wo der Sozialismus schon längst eine der polnischen Idee feindliche Stellung einnimmt und unter dem Anschein kommunistischer Utopieen das Gebäude des nationalen Lebens zerstört, kommen schon häufiger bedeutsame Warnungen, dem Scheine nicht zu trauen und sich vor einem Feinde zu hüten, der im Verborgenen tätig ist. Diese Stimmen waren jedoch, da die Grenzen für die ausländische Presse gesperrt waren, entweder „Briefe, die ihn nicht erreichten“, oder sie machten keinen Eindruck in einem Lande, in welchem die Sklaverei den Sozialismus und den Patriotismus zur Waffenbruderschaft gedrängt hatte. Hierdurch entstanden die merkwürdigsten Begriffsverwirrungen und es entstand ein kritikloser Sentimentalismus bei der Schätzung der sozialistischen Verfeindeten.

Der äußere Schein blendete die öffentliche Meinung. Es erhielt sich in unserem Lande die Überzeugung, daß das Königreich eine besondere Art von sozialistischem Patriotismus hervorgebracht hat, der weit entfernt ist von dem internationalen Kommunismus anderer Volksgesamtheiten, ein sozialistischer Patriotismus, auf dessen roten Fahnen sich der Adler und der gepanzerte Reiter befinden, der niemals seine Legionen gegen das Vaterland verwenden wird.

Unter solchen Umständen mußte das Erwachen ein sehr schmerzliches sein. Zwei Jahre vorher wurde noch nicht geglaubt, daß der Delegierte der polnischen sozialistischen Partei im Königreich, der auf einem der galizischen Kongresse von den sozialdemokratischen Repräsentanten gefragt wurde, weshalb seine Partei die Frage des unabhängigen Polens ihrem Parteiprogramm einverleibt hätte, ganz offen geantwortet hätte: „Wir tun dies aus taktischen Gründen.“ Damals glaubte dies niemand. Und zwei Jahre später riß der Sozialismus die weißen Adler herab und trat sie öffentlich auf den Straßen Warschaws mit Füßen, zwei Jahre später schwankten die Mauern der Philharmonie von dem wüsten Geschrei „Wir wollen kein Polen, weg mit dem Vaterlande.“

Wer sich jetzt noch durch den Schein täuschen läßt, wer in den nationalen Phrasen des Sozialismus etwas mehr sieht als ein taktisches Manöver, den müßte aus dem letzten Traum die Geschichte der letzten Ereignisse in Galizien reißen.

In Jaroslaw beschloß der dortige Volksschulverein einen Ausflug nach Krafau und auf den Kalvarienberg zu arrangieren und er veröffentlichte zu diesem Zweck einen Aufruf, in dem er die Bevölkerung aufforderte, an den Gräbern der polnischen Könige, an dem Denkmal Kasimiers des Großen und Hedwigs, an dem Grabhügel Kosciuszko's zu beten. Als Antwort auf diese patriotische Aufforderung veröffentlichte der Tygodnik Jaroslawski, das Organ der Sozialisten, einen Aufruf an die polnischen Landsleute in der Gegend von Jaroslaw, in dem er u. a. die Vergangenheit Polens folgendermaßen verspottet und auf folgende Art das Volk über die Liebe zum Vaterlande belehren will:

„Wenn Ihr an dem Grabe Kasimirs des Großen und Hedwigs steht, dann danket Gott, daß diese Zeiten schon unwiderruflich vorüber sind, danket, daß Ihr gleichberechtigte, freie Leute seid, daß Eure Erde auch wirklich Eure Erde ist, daß Ihr ein Vaterland habt. Und jene, die Euch den häßlichen Anblick des Elends und der bauerlichen Knechtschaft vor Augen führen wollen und sagen, daß es gute Zeiten waren, mögen diese Leute in einen Abgrund stürzen und möge sich die Erde über ihnen schließen.“

Es gibt vielleicht unter dem Himmel kein anderes Land, in welchem, wie in unserem Vaterlande nur die Großen ruhig lebten, während die Kleinen herumgestoßen wurden.

Sehnet Euch nicht nach dem Vaterlande wie es gewesen war und verschwunden ist, denn dort sah man bei jedem Schritt Tränen, Blut, Tod, Verachtung des Bauern.

Und an dem Sarge Kosciuszko's könnt Ihr ruhig darüber nachdenken, daß Ihr an dem Verlust der Unabhängigkeit nichts verloren habt und möge Euch Gott davor behüten und bewahren, daß jene Zeiten jemals wiederkehren.“

So reden die sozialistischen Polen zu polnischen Bauern. Ohne vor Scham zu erröten, belügt man das polnische Volk, daß Polen die schlimmste Stiefmutter für den polnischen Mann war, daß nirgends auf der Welt das Elend des kleinen Mannes größer war als bei uns. Man lügt, man lügt schamlos, man lügt mit dem Bewußtsein der Fälschung der Geschichte, nur um im kleinen Manne die Liebe zum Vaterlande zu töten, nur um ihm die nationale Bewegung zu verfeinern und um ihn an den kosmopolitischen Siegeswagen zu spannen, auf dem die rote Standarte weht. Man verleumdet die demokratischen Ideale Kasimirs des Großen und Kosciuszko's, denn der gewöhnliche Mann soll glauben, daß Polen keine Wohltäter des Volkes, daß es nur Henker hatte. Man muß das Ideal Polens aus dem Herzen des polnischen Mannes reißen, denn nur in einem Herzen, das von den nationalen Gefühlen entblößt ist, kann sich der internationale Stoff des Sozialismus entwickeln, der Gedanke an eine internationale Republik des Proletariats.

Es hat der Kampf des Sozialismus mit dem Vaterlande begonnen, ein Kampf, der mit einem solchen rücksichtslosen Haße geführt wird, als ob der Begriff „Vaterland“ gleichbedeutend mit dem Begriff „Reaktion“ wäre, mit der Tyrannei der Bourgeois und der Knechtschaft des Proletariats. Wir gehen mit der Wahrheit und stimmen ein Lied an, gewaltig wie der Sturmwind, auf dieses Vaterland, das für das polnische Volk das polnische Licht und das polnische Brot bedeutet, das allerdings das polnische Volk nicht mit Schwindelen irre führt, sondern das für das Volk eine Ernährerin sein will, welches es nicht durch Phantasien über die allgemeine Gleichberechtigung und eine sagenhafte Glückseligkeit betrügen will, sondern das danach strebt, daß es auf dem allgemeinen Boden des

demokratischen Lebens und des allgemeinen Fortschrittes aus erleuchteten, freien und wohlhabenden Bürgern bestehen soll.

W. R.

Aus Nr. 162 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 14. Juni 1906:

„Macierz polska“.

Unsere Wangen röteten sich vor Scham, als vor einigen Jahren die Warschauer Presse eine Statistik der Analphabeten im russischen Reiche veröffentlichte und in dieser Statistik das Königreich Polen sich in unmittelbarer Nähe Sibiriens befand. Wie war das möglich? Wir, das kultivierteste slawische Volk, nehmen, was die Volksbildung anbetrifft, eine der letzten Stellen im Zarenreiche ein? Wie ist das möglich? Unser Prozentsatz an Analphabeten drückt uns im Wettkampf um das Zepter der Bildung an das letzte Ende und er stellt das Königreich in gleiche Linie mit den dunkelsten Winkeln Rußlands?

Die Scham brannte in den polnischen Seelen, der Ärger schüttelte sie, und der Schmerz war umso größer, als man die Hände, die das Werk der Wiedergeburt in Angriff nehmen wollten, fesselte.

Sogar unsere Klagen tönten nur schüchtern, denn die Scheere des Zensors entfernte aus ihnen jedes wärmere Wort, jeden Protest, der ein Schrei des gequälten Herzens war. Eine kleine Zahl von Helden grub unterirdische Kanäle, um durch diese den Strom der Bildung in das Innerste des Volkes zu leiten. Aber eine derartige Arbeit konnte nicht annähernd so ausgedehnt und erfolgreich sein wie öffentliche Belehrung. Das Buch, das der Belehrung diente, wurde als Dynamit angesehen; der Mensch, der seiner Nation die Fackel der Aufklärung vorantrug, als Feind der sozialen Ordnung.

Aber endlich begannen die Freiheitsstürme zu toben, am Himmel erschien der rosige Schimmer der Morgenröte und wenn auch noch Winter auf der Erde herrscht, so fühlen wir doch alle das Sprossen des neuen Lebens.

Vorgestern durchleuchtete die frohe Kunde das Land: „die Statuten der Macierz polska haben die Sanction der Behörde erhalten“ und hierdurch hat unsere Volksgesamtheit das Recht erworben auf legalem Wege an der Entwicklung und Ausbreitung der Bildung zu arbeiten. Jetzt kann uns niemand mehr das Sammeln von Fonds für Schulzwecke verwehren, kein bureaufratistisches „Es ist unmöglich“ wird die humanitären Bestrebungen paralisieren, die darauf gerichtet sind, die Anzahl der Schulen zu vermehren, die Zahl der Spielschulen, Leseschulen, Volksbibliotheken usw. zu vergrößern.

Ach unsere Freude muß wie ein Mißton im Konzerte der zivilisierten Völker erklingen, denn es ist schwer zu glauben, daß wir erst heute ein so natürliches Recht erlangt haben, ein Recht, das schon so lange andern Nationen zuerkannt, oder von ihnen errungen war! Dieser späte Triumph, dieses polnische „endlich“ lautet wie eine häßliche Auflage, die der Bureaokratie ins Gesicht geschleudert ist.

Aber es ist jetzt keine Zeit zu Elegien. In dem Zuge der zivilisierten Völker sind wir Nachzügler und wir müssen die ganze Energie der Nation anwenden, um die Verzögerung wieder gut zu machen, um die Zeit nachzuholen, die wir nicht aus eigener Schuld veräußert haben.

Was die Macierz szkolna für die Tschechen, was sie für Galizien bedeutet, brauchen wir wohl nicht erst zu erklären, denn in den langen Abenden der Sklaverei

wurden wohl in jedem polnischen Hause Geschichten über diese Bildungsinstitutionen erzählt, denn jede Zeitung erzählte ihren Lesern flüsternd mit leisen Seufzern der Sehnsucht von den Wohltaten der tschechischen und galizischen Macierz. Wir wollen also nicht Informatoren sondern Verkündiger der frohen Nachricht sein, und wir wollen weiter die nationale Energie erwecken.

Es ist die allerhöchste Zeit, um zu verstehen, daß man mit unfruchtbarem politischen Hader nicht die Zukunft der Nation erweckt. Es ist die allerhöchste Zeit, um sich die realen Errungenschaften der neuesten Zeit anzusehen und auf den Grundlagen dieser Errungenschaften mit der positiven Arbeit zu beginnen. Es wäre unzweifelhaft ein fataler Fehler, wenn man diese Brocken der Freiheit überschätzen wollte, diese Brocken, die man gnädig der verhungerten Volksgesamtheit vorgeworfen hat und sich in schlecht verstandenen „parvo contentum esse“ des ferneren Kampfes für eine bessere Zukunft der Nation enthalten wollte. Es wäre aber ebenfalls ein strafwürdiger Fehler, wenn man die errungenen Brocken zu leicht nehmen und das Erringen der zuerkannten Freiheiten als nichts betrachten wollte. Die Zukunft der Zukunft! —

Wir werden auf nichts verzichten und wir werden für die Zukunft kämpfen, solange noch eine polnische Brust Atem schöpfen kann, aber wir müssen schon heute auf realem Grunde stehen und alle Kräfte daran setzen, das, was wir in der Hand halten, zum größten Nutzen der Volksgesamtheit zu verwenden.

Die Macierz Polska ist nicht solch' ein gewöhnlicher humanitärer Verein wie man solche zu Duzenden hat, sondern sie ist eine Institution, die in der Geschichte der Nation eine erstklassige Rolle spielen soll und aus diesem Grunde muß es die heilige Pflicht eines jeden Bürgers sein, sich in ihre Mitgliederliste einzutragen.

Wir wünschen, daß diese Ermahnung wie ein Donnerhall tönen möge, den das ganze Land von einem bis zum andern Ende hören kann.

Wir wünschen, daß dieser Ruf an die Bürgerschaft von der ganzen Nation mit einem ungeheuren „Hier“ beantwortet werden möge.

Das Mitgliedsrecht der Macierz erhält jeder, für einen Rubel jährlich oder 8½ Kopfen monatlich. Hierzu werden sogar die Ärmsten imstande sein und erst dann, wenn nicht nur die Reichen, sondern die Armen ihren Groschen auf den Altar der Macierz niederlegen werden, erst dann wird sie fähig sein, die liegengeliebene Arbeit zu erledigen, erst dann wird sie dieses polnische Land mit der Saat der Bildung besäen, das, nicht durch unsere Schuld, so viele Jahre brach gelegen hat.

Wir sind Nachzügler und müssen jenen nacheilen, die unter besseren Existenzbedingungen schon längst ihre Macierz haben, schon lange die Frucht ihrer kulturellen Arbeit einheimen. Bei den Tschechen gehört fast jeder Handwerker, jeder Arbeiter, jeder Bauer, ohne Rücksicht auf irgendeine politische Überzeugung der Macierz als Mitglied an und gerade durch diese gewaltige demokratische Organisation, durch diese Allgemeinheit ist diese Institution die Sonne ihres Vaterlandes geworden. Sollte es bei uns anders sein, wo das Dunkel dichter ist, wo hundertfach mehr Unkraut im Felde wuchert, wo die Volksseele nach der Arbeit am Volke nicht ruht, sondern schreit?!...

Wir können hier die Statuten der Macierz Polska für das Königreich Polen mit dem Sitze in Warschau nicht weiter aufzählen, aber, um ihre Ziele und Zwecke zu charakterisieren, bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß es ihr gestattet ist, Spielschulen, Volksschulen, Kurse für erwachsene Analphabeten, die Lehrerfeminare,

Lesehallen, Volksbibliotheken, Volkshäuser, Mittelschulen und höhere Schulen jeder Art zu gründen, zu unterhalten und zu unterstützen. Es ist ihr gestattet Vorlesungen und Vorträge zu arrangieren, Handbücher und Zeitschriften herauszugeben und zu verbreiten, der sich bildenden Jugend allerlei Hilfe zuteil werden zu lassen, öffentliche Wettbewerben auszusprechen usw. Mit einem Worte gesagt, alles das, wovon wir in dem Gebiete der Bildung und Pädagogik seit vielen Jahren geträumt haben, was in die Tat umzusetzen uns das engherzige bureaukratische System gehindert hat, hat schließlich eine rechtliche Handhabe und eine legale Heimstätte in der Macierz Polska gefunden.

In der Tat! wenn eine solche Institution nicht das geliebteste Kind der Volksgemeinschaft werden sollte, dann müßte man an dem polnischen Volke verzweifeln.

W.

Aus Nr. 187 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 9. Juli 1906:

Die Inaugurationsfeier der Macierz Szkolna.

Gestern fand die erste Inaugurationsfeier der polnischen Macierz Szkolna statt.

Die Versammlung eröffnete einer der eifrigsten Propagatoren der Idee der Macierz im Königreiche, der Rechtsanwalt Anton Dmuchowski, der zum Vorsitzenden der Versammlung das Mitglied des Aufsichtsrates der Macierz, Präsidenten des Technikervereins Herrn Peter Drzewiecki berief.

Zu Beisitzern wurden gewählt die Herren: Karl Chrzanowski und Stanislaus Libicki, zu Schriftführern die Herren Bobinski und Jemniowicz.

Nach kurzen Beratungen über die Tagesordnung und nachdem die Mandate der Teilnehmer an der Versammlung geprüft worden waren, kennzeichnete Rechtsanwalt Dmuchowski in einem von ihm verlesenen Rechenschaftsberichte die bisherige Tätigkeit der Macierz.

Nach Anhörung des Rechenschaftsberichtes dankten auf Antrag des Herrn Piotrowski die Erschienenen dem Herrn Rechtsanwalt Dmuchowski für seine eifrige uneigennützig, dabei so erfolgreiche Arbeit an der Entwicklung der nationalen Aufklärung durch Erheben von den Sitten und stürmischen Händeklatschen.

Dann ging man, trotz des Antrages des Ingenieurs Kossiet, den Rechenschaftsbericht ohne Diskussion anzunehmen und dadurch dem Vorstande ein Vertrauensvotum auszudrücken, zu der Besprechung der einzelnen Positionen über, bei welcher Gelegenheit man gewisse Erklärungen forderte.

Aus der Diskussion schied man die Angelegenheit des Lehrerseminars aus, das bekanntlich auf Veranlassung und mit Hilfe der finanziellen Unterstützung einer besonderen Gruppe entstehen soll, die durch den Mund des Rechtsanwalts Dmuchowski die Bedingung stellte, daß aus ihrer Mitte ein Aufsichtsrat gewählt werden sollte, der dann als besondere Gruppe in den Hauptvorstand eintreten würde. Der Vorstand erklärte sich hiermit jedoch nicht einverstanden, ohne seine Gründe anzugeben.

Es folgen hitzige, langwährende Debatten, deren Resultat 4 Anträge bilden, in welchen verlangt wird:

1. Die Angelegenheit der Kommission zu überweisen.
2. Dem Vorstand anzurufen, das Verhältnis der Macierz zum Lehrerseminar zu regeln.
3. Einen besonderen Seminar-Verein unter der Leitung der Macierz zu bilden.

4. Die Zugehörigkeit des Seminars zu der Macierz durch einen Vorstand, in welchem auch die Spender vertreten sind, zu kennzeichnen.

Bei der Abstimmung ging der letzte Antrag durch, zugleich wurde die Rechenschaftslegung des Vorstandes und der Revisionskommission akzeptiert.

Dann wurde nach einem kurzen Referate des Rechtsanwalts Dmuchowski zu den Wahlen übergegangen, nachdem eine Reihe von Ansprachen polemischen Charakters vorangegangen waren.

Zuerst ergriff Ingenieur Kossiet das Wort. Dieser gab seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß nur Unparteilichkeit dieser Institution Kraft verleihen könnte, daß nur die Losungen „die Schule für die Schule“, „das Wissen für das Wissen“ eine Garantie für die Möglichkeit dieser Institution gewähren würden, er warf im Namen der fortschrittlichen Gruppe den Gedanken auf, in den Vorstand einige fortschrittliche Männer zu berufen, damit der Vorstand der Spiegel der ganzen Volksgemeinschaft und ihrer Anschauungen sein würde.

Nach dem Ingenieur Kossiet sprach Rechtsanwalt Dmuchowski. Dieser führte aus, daß die Macierz bezüglich ihrer zukünftigen Richtung und ihrer zukünftigen Aufgaben den Standpunkt eingenommen hätte, der ihr durch die Liebe zu allem was unser, was polnisch, angewiesen worden sei, daß sie also das Volk in allen seinen Schichten lieben würde.

Nur die Macierz — so sagte der Propagator ihrer Idee, ist zur Wiedergabe der herrlichen Worte unseres Dichters berechtigt:

„Ich liebe die ganze Nation, ich habe in meine Arme genommen

Alle vergangenen und alle kommenden Geschlechter.“

Dann sprach Dr. Rudzki aus Lublin. Gleich mit den ersten Worten machte er den Initiatoren der erhabenen Idee mit leeren Worten den Vorwurf einer Reihe von Mißbräuchen, deren einer die Verteilung von Kandidatenlisten für die Wahl sein sollte.

Im Saale entstand Lärm. — „Er beleidigt uns! Er soll widerrufen, was er gesagt hat“ — klangen einstimmig alle Stimmen.

„Ich nehme kein Wort zurück“ — ruft der Redner, was den Lärm noch verstärkt. Es herrschen jetzt die Rufe vor: „Der Redner soll entfernt werden.“

Trotz aller Bemühungen des Vorsitzenden ließen sich die Entrüsteten nicht beruhigen.

Der Vorsitzende forderte den Redner noch einmal zur Zurücknahme der beleidigenden Worte auf und als dieser wiederum verneinend antwortete, ergriff der Rechtsanwalt Rjenski zu einer formellen Angelegenheit das Wort und schlug vor, der Vorsitzende möge im Namen der öffentlichen Ruhe dem Redner das Wort entziehen. Der Antrag gelangte zur Abstimmung und wurde einstimmig angenommen.

Herr Rudzki verließ den Saal.

Nach Reden der Herren Kossiet, Skwinski, Chmielinski und des Geistlichen Grafkowski wurde zu den Wahlen übergegangen, darauf zu den Besprechungen über die Statuten der Institution.

Die Beratungen über diesen letzten Punkt der Tagesordnung dauerten bis 2 Uhr nachts und sie gaben nach Reden der Herren Obrembowicz, Graf Krasinski, Ingenieur Swionitowski, Brygiewicz, Janowski, Dzierzanowski, Kossiet, Rjenski, Hoffmann, Kobylecki u. a. folgendes Resultat:

Es wurde beschlossen, die territoriale Abgesondertheit der einzelnen Zweigvereine anzuerkennen; es wurde beschlossen, für Warschau mit seinen Vororten einen besonderen Gau mit einem Gauvorstand an der Spitze zu bilden, schließlich wurde der Anteil an den Mitgliederbeiträgen folgendermaßen festgesetzt:

80 Prozent bleiben für die Bedürfnisse der Zweigvereine, 10 Prozent für die Bedürfnisse des Ganzen und 10 Prozent für allgemeine Zwecke der Institution.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde das Wahlergebnis verlesen.

In den Aufsichtsrat kamen: Peter Drzewiecki, Graf Adam Krasinski, Heinrich Sienkiewicz, Wladislaus Smolenski, J. A. Swiencicki, Stanislaus Krzeminski, Kasimir Obrembowicz, Roman Dmowski, Josef Ratanjon und Marian Lutoslawski.

In den Hauptvorstand berufen wurden die Herren: M. Brzezinski, Ignacy Chrzanowski, Anton Dmuchowski, Konstantin Paprocki, Dr. Kasimir Chelchowski, Dr. Heinrich Rusbaum, Stanislaus Libicki, Maria Dzierzanowska, Alexander Zawadzki und Karl Stawiecki.

Zu Vertretern der Mitgliedern des Hauptvorstandes wurden gewählt: Kasimir Lazarowicz, M. Pfeifer, Dr. Stanislaus Kopeczynski und Helene Geyfinger.

Nach der Verkündung des Wahlergebnisses teilte der Rechtsanwalt Dmuchowski in seinem und Heinrich Sienkiewicz's Namen mit, daß sie auf die Wahl verzichteten. Ferner verlas der Vorsitzende die schriftliche Verzichtleistung des Herrn Dmowski und nahm Kenntnis von der Ablehnung der Wahl seitens des Grafen Adam Krasinski.

Die Anwesenden wandten sich durch den Mund verschiedener Redner mit Tränen in den Augen mit herzlichen Bitten an den Rechtsanwalt Dmuchowski, die Macierz doch nicht gleich zu Beginn ihrer ausgezeichneten Tätigkeit zu verlassen und sie flehten ihn an auf dem Posten zu bleiben, um ein Muster für andere zu werden.

Rechtsanwalt Dmuchowski blieb jedoch ungerührt, indem er erklärte, daß er der von ihm geliebten Idee als einfaches Mitglied größeren Nutzen bringen würde und er entschied sich erst auf die inständigsten Bitten auf eine Woche die Ablehnung der Wahl zurückzunehmen.

Nach dieser Versicherung gingen die Versammelten in der Hoffnung auseinander, daß der Rechtsanwalt Dmuchowski seinen Posten nicht verlassen, daß sein Name mit der großen Idee der Macierz innig verbunden bleiben würde.

In der Sitzung war das Mitglied des Staatsrats Herr Josef Ostrowski aus Maluszyn. Zu Händen des Rechtsanwalts liefen Glückwunschtelegramme von dem Delegiertentag des Volkschulenvereins für Galizien aus Lemberg ein, ferner von der Redaktion der Monatschrift des vorgenannten Vereins, von dem Abgeordneten des Siedlee'r Bezirks, Herrn Bogdan Zaleski, von den Zweigvereinen der Macierz in Lipno und Witowo.

Die Sitzung dauerte 12 Stunden und zwar bis 2 Uhr nachts.

A. P.

Aus Nr. 188 des Kurier Warszawski (Warschau)
vom 10. Juli 1906:

Die Tätigkeit der Macierz.

Zur Vervollständigung unseres gestrigen Rechenschaftsberichtes über die Inaugurationsitzung der Macierz istfolna können wir die Angaben, die die Tätigkeit dieser Institution in dem ersten Jahre ihres Bestehens betreffen, nicht mit Stillschweigen übergehen.

Die Bedingungen, unter denen die Macierz entstand, waren die denkbar ungünstigsten für das Land und für jede etwas breiter angelegte soziale Initiative, wegen der vollkommenen Beschränkung in der Freiheit des Handelns.

Die Macierz wurde von Herrn Josef Swiatkowski am 28. April 1905 gegründet, und sie sammelte sofort etwa 1000 Leute von gutem Willen um sich und umfaßte das ganze Land.

Schon am 25. Juni wurde eine allgemeine Versammlung einberufen, und es wurden die Hauptgrundsätze der Institution besprochen, deren Ausarbeitung dann dem Vorsitzenden der Versammlung, Rechtsanwalt Dmuchowski, anvertraut wurde.

Am 18. Juli war der Statutenentwurf schon beendet. Am 6. Oktober wurde das Projekt von der Generalversammlung angenommen. Anfang November trat die Macierz, aus der Veröffentlichung des Konstitutions-Manifestes Nutzen ziehend, mit ihrer Tätigkeit ans Tageslicht. Sie begann in weitestem Umfange ihre nutzbringende Arbeit, mußte diese aber leider wieder sofort unterbrechen, weil die Reaktion zurückgekehrt war.

Es entstanden in ihrem Bereich 79 Zweigvereine in der Provinz und 21 in Warschau und zwar in:

Bendzin — Biala,
Brzeziny — Dombrowo Gornicza,
Grodzisk — Konin,
Leczyce — Lodz,
Lomza — Lomycz,
Lukowo — Maluszyn,
Miechowo — Majczonowo,
Myszkowo — Dwock,
Pabjanice — Piasieczno,
Pultusk — Radom,
Siedlee — Siennica,
Sochaczewo — Sosnowice,
Suwalki — Szadek,
Wielun — Wloclawek,
Zawiercin — Zabkowice,
Zwierzyn — Zyrardow.

Später entstanden folgende Zweigvereine:

Kalisch — Kielce,
Lublin — Plock,
Piotrkowo — Pulawa,
Radzynin — Sieradz,
Chelmo — Janowo,
Izba — Lipno,
Lubartowo — Miedzyrzecz,
Mlawa — Ostrolenka,
Plonsk — Wegrow,
Zdunska Wola — Zamosc,
Zbikow — Kutno,
Staszow — Bielgoraj,
Ciechanow — Granica,
Kozienica — Krasny Staw,
Kolbiela — Minsk,
Niemyslowo — Opinogora,
Stary Zamosc — Sandomir,
Tomajowo — Zambrowo,
Belchatowo — Nasielsk,
Opole — Pruszkowo.

Weiter in einigen andern Städten und Dörfern, die sich aber bis jetzt noch nicht mit dem Hauptvorstande verständigt haben.

In Warschau entstanden folgende Gruppen:

Gruppe der Volksuniversität,
Gruppe zur Unterstützung der Schuljugend,
Unterstützungszirkel,
Ruderklub,
Damenklub,
Mototowoe Klub,
Verein der Ärzte,
die mittlere Weichselgruppe,
Verein zur Belehrung der Analphabeten,

Verein des Namens Jachowicz,
Verein der sechsklassigen örtlichen Mittelschule,
Wola'er Verein,
Verein des Jerusalemer Stadtteils,
Verein in der Altstadt,
Verein zur Unterstützung Armer,
der Verein des Nord-Westens,
der Verein der Innenstadt,
der Verein in Praga zur unentgeltlichen Unterrichts-
erteilung,
der Verein der Baumeister,
der Verein der elektrotechnischen Monteure.

Wir haben also zusammen über 100 Gruppen der Macierz.

Unabhängig von diesen Gruppen, die auf Veranlassung verschiedener einzelner Personen entstanden sind, rief der Hauptvorstand vier Vorbereitungsschulen ins Leben, und zwar in der Siennastr. Nr. 67, Kruczastr. Nr. 9, Miodowastr. Nr. 18 und Marszalkowskastr. Nr. 92.

Außerdem wurden in 123 Kursen über 2000 Kinder unterrichtet, schließlich wurden entsprechende Fonds und ein Haus in Ursynowo zu einem Lehrerseminar erworben.

Man erhielt schließlich von den Herren Szlenkier durch Vermittelung des Herrn Ignacy Chrzanowski 100 000 Rubel zur Anlage noch einer sechsklassigen Schule mit zweijährigen Abendkursen.

Die Zahlenangaben stellen sich folgendermaßen dar:

Die Macierz szkolna besaß am 1. Juli d. Js. einen Barbestand von 27 723,26 Rubeln. Sie verbrauchte nachstehende Fonds:

Zur Anlage und Unterhaltung von	
4 Volksschulen	6 766,00 Rubel
Zur Unterstützung vertriebener Schüler, zur Unterhaltung von Schulen, Spiel- schulen, Lesehallen u.	6 881,50 "
Zu Unterstützungen für Einschreibungen (? wpisy)	9 421,26 "
Für Unterrichtskurse	1 176,00 "
Für Zwecke einer ins Leben zu rufen- den Volksuniversität	600,00 "
Darlehen an die Gruppen	600,00 "
Für allgemeine Ausgaben, wie Druck- sachen, Unterhaltung der Bureaus, Anfertigung von Macierzkarten ...	2 118,65 "
Zur Deckung dieser Ausgaben be- saß die Macierz folgende Mittel:	
Einzelne Spenden	27 172,53 "
Ständige Spenden	4 420,61 "
Einnahme aus verkauften Karten ...	15 074,49 "
Eingänge für Volksschulen	3 646,56 "
Beihilfen	1 532,67 "
Auf Rechnung der Volksuniversität ..	600,00 "
Einkünfte aus den Gruppen der Macierz	481,57 "
Prozente vom Kapital	953,24 "

zusammen: 55 386,67 Rubel.

Außer dieser praktischen Tätigkeit hat der Hauptvorstand der Macierz auch die theoretischen Arbeiten nicht vernachlässigt. Er teilte sich in Unterabteilungen, bearbeitete eine Reihe von Referaten, deren Fingerzeige das polnische Schulwesen schon heute ins Leben gerufen hat.

Die pädagogische Abteilung mit Professor M. Brzezinski an der Spitze bearbeitete das Projekt der Mustervolksschule, zugleich auch das einer sechsklassigen Mittelschule. Der Geistliche Johann Gralowski bearbeitete für diese Abteilung das Projekt einer Mustermittelschule und die Professoren Sosnowski und Brzezinski gemeinschaftlich das Projekt eines Lehrerseminars.

Die technisch-hygienische Abteilung besitzt schon den Plan für eine einklassige Volksschule, der von Herrn C. Domanski bearbeitet worden ist. Ferner sind wertvolle Fingerzeige, betreffend die Schulhygiene, in einer besonderen Broschüre von Herrn Stanislaus Konczynski herausgegeben worden.

Schließlich hat die informatorisch-statistische Abteilung, dank der Bemühungen des Professors Eduard Grabowski, durch eine Rundfrage Material über die polnischen Lehrer gesammelt.

Dies wäre in großen Umrissen die Tätigkeit der Macierz im ersten Jahre ihres Bestehens. K. P.

Aus Nr. 189 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 11. Juli 1906:

Der Kampf um die „Macierz“.

Trotzdem in der Theorie der Grundsatz von der Parteilosigkeit der Macierz garantiert worden war, trotzdem von der ganzen polnischen Presse der Überzeugung Ausdruck gegeben wurde, daß jede politische Färbung der Institution großen Schaden zufügen würde, so hatte dennoch die konstituierende Versammlung, mit der die Wahlen zum Vorstände und zum Aufsichtsrate verknüpft waren, den Charakter von Parteistreitigkeiten angenommen. Die Versammlung endete mit dem Siege der nationaldemokratischen Partei.

Wir erschrafen vor einer derartigen Wendung der Dinge, wir beobachteten mit Schrecken die Gewaltmaßregeln der Parteien, aber wir empfanden auch gleichzeitig, daß gegenüber der Manie, Politik zu treiben, die die ganze Volksgesamtheit ergriffen hatte, die Lösung der Parteilosigkeit schwächer sein würde als die Maßlosigkeit der Parteien. Dies ist die Psychologie des Augenblicks. Die Idee von dem Ziele der Nation muß dem politischen Sektenwesen nachstehen.

Möge indessen niemand glauben, daß diese partei-lichen Annahmen ein spezielles Merkmal der nationaldemokratischen Partei sind. Wer in der letzten Zeit sich die Verhältnisse in Warschau genau angesehen hat, der mußte auch bemerken, daß jede politische Gruppe das Bestreben gezeigt hat, ihre eigene Standarte auf neu eroberten Posten zu hissen. Man spricht zwar laut von der Parteilosigkeit, man strengt dagegen hinter den Kulissen alle Kräfte an, um der eigenen Partei das Übergewicht zu sichern. Falls man verliert, verwünscht man laut die Parteilichkeit der Konkurrenz, im Falle man gewinnt, schweigt man sich diplomatisch aus, gleich als ob nur den Grundsätzen der Gerechtigkeit Genüge geschehen wäre.

Seien wir ehrlich! In dem Kampfe um die Macierz gab es nur wenige Leute, die in ihrer Seele in Wahrheit das Ideal der Parteilosigkeit pflegten. Die Majorität proklamierte die Parteilosigkeit nur allein aus dem Grunde, weil sie den Triumph einer anderen Partei vorausahnte, und sie bedauerte im stillen, daß sie nicht die eigenen Fahnen auf den Zinnen der Macierz hissen konnte.

Man las dies aus den Zeitungsartikeln heraus, man empfand dies beim Lesen der Kandidatenlisten, man merkte dies an dem Ton, den die Opposition in der Sonntagsitzung anschlug. Alles dies hatte zwar den Anschein der Parteilosigkeit, zum Maskieren der eigenen Tendenzen machte man zu Gunsten anderer Lager Zugeständnisse, aber das Bestreben der einzelnen Gruppen war doch nur darauf gerichtet, den eigenen Vertretern bei den Wahlen das zahlenmäßige Übergewicht zu sichern. Es kam dazu, daß schon vor den Wahlen eins der Parteiorgane, das die Niederlage seiner Favoriten vorausahnte, geradezu die

Gründung von zwei Macierz verlangte, eine für die Nationaldemokraten, die andere für die fortschrittlichen Demokraten. Der gestrige Robotnik, das Organ der P. P. S., fordert kategorisch auf, noch eine dritte, sozialistische, Macierz zu gründen, um den Einflüssen einer Institution entgegenzuwirken, in welcher heute die Nationaldemokratie das Kommando hat.

„Ebenso — so sagt die sozialistische Zeitung — wie das Monopolisieren der Sokolvereine durch die Nationaldemokraten viele unserer Genossen bewogen hat, besondere Arbeiter-Turnvereine zu gründen, ebenso legt uns die analogische Beschlagnahme der Macierz seitens dieser Partei die Pflicht auf, eine Institution der Aufklärung zu schaffen, die wirklich die Aufklärung und nicht ihre Verkrüppelung zum Ziele haben wird.

Wir müssen eine Institution boykottieren, in welcher sich die Nationaldemokraten als alleinige Herren fühlen.“

Zum Glück haben, ausgenommen die sozialistische Presse und deren nächste Verwandte, die Zeitungen der anderen Parteien verstanden, daß eine offene Fronde gegen die Macierz unserer ganzen Aufklärungsbewegung unberechenbaren Schaden zufügen würde. Und es ist doch ein schöner Beweis für die bürgerlichen Empfindungen, wenn sogar solche Zeitungen, die am Tage vor der Wahl noch eine der nationaldemokratischen Partei feindliche Stellung eingenommen haben, die noch nach den Wahlen energisch die Bestrebungen, die Macierz unter nationaldemokratisches Kommando zu bringen, verdammt haben, daß diese Zeitungen sich heute mit der vollendeten Tatsache abfinden und vor allen separatistischen Bestrebungen warnen. Es ist böses passiert, aber es würde noch hundertfach schlimmer sein, wenn ein großer Teil der Volksgesamtheit der Macierz feindlich gegenüberzutreten würde. Es ist schlimmes geschehen, aber es ist die Sache der Volks-gesamtheit selbst, bei den künftigen Wahlen die Einflüsse, die sie als schädlich erkannt hat, von der Macierz abzuhalten. Die Zeit der politischen Hitze und des fanatischen Sektenwesens wird früher oder später vorübergehen, und zwar unter dem Einfluß der politischen Freiheiten, und dann wird auch die politische Färbung aufhören, die genügende Qualifikation zu sein, um eine leitende Stellung am Steuer der Macierz zu erhalten. Neue Wahlen werden auf anderen Grundlagen vorgenommen werden, andere Werte werden sich auf der Waage der Wahl finden.

Aber während wir diesen Augenblick erwarten, darf niemand durch Parteihader das Haus der Macierz zerstören, niemand darf seinen Platz verlassen und rufen: „Solange die Nationaldemokratie im Vorstande herrscht, solange könnt ihr sehen, wie ihr ohne mich fertig werdet.“ Wir verstehen es sehr gut, daß der Rechtsanwalt Dsuchowski, dieser unermüdliche nationale Führer und einer der wenigen Anhänger der wahren Parteilosigkeit in der Macierz im ersten Augenblick, von Schmerz und Erbitterung getrieben, auf seine Wahl in den Vorstand verzichtete, da dieser von der Politik beherrscht wird. Aber wir drücken die Hoffnung aus, daß er dennoch, ebenso wie Heinrich Sienkiewicz, Graf Krasinski und Ignacy Chrzanowski, schließlich seine Ablehnung zurücknehmen und dann ausdauernd auf dem Posten stehen wird, um diese uns so teure Institution, solange seine Kräfte reichen, gegen alle Parteipexperimente, falls solche sich zeigen sollten, zu verteidigen.

Es ist ein größeres Verdienst, zu kämpfen, wenn auch auf verlorenem Posten, als sich dem Unglück zu unterwerfen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die nationaldemokratische Partei, nachdem ihr Parteiergeiz durch die siegreichen Wahlen gestillt worden ist, alles das

vermeiden wird, was in der breiten Masse die Überzeugung hervorrufen könnte, daß die Macierz polska nicht nur ein Institut der nationalen Aufklärung ist, sondern auch zugleich ein Tummelplatz der Parteipolitik. Wir vertrauen dem Patriotismus dieser Parteien, und wir hoffen, daß sie ihn auch bei der öffentlichen Arbeit betätigen werden. Wir haben die parteipolitischen Tendenzen in der Organisation der Macierz nicht geteilt, da diese nun aber einmal bei den Wahlen siegreich hervorgegangen sind, halten wir es für Bürgerpflicht, sie möglichst energisch zu unterstützen, damit sie die ungeheure Last der Verantwortlichkeit, die sie sich selbst auf die Schultern geladen hat, bewältigen kann. W. A.

Aus Nr. 189 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 11. Juli 1906:

Eine neue polnische Schule.

Unter dem Protektorate der Macierz soll in Praga eine polnische Schule entstehen, und zwar für die Kinder der Eisenbahner, die an der Petersburger und Terezipoler Bahn beschäftigt sind.

Bisher besuchten die Kinder der Eisenbahner russische Schulen, die von dem Vorstande der Eisenbahnen unterhalten wurden. Sobald aber die Bemühungen, die polnischen Eisenbahner zu einer Gruppe der Macierz zu vereinigen, von Erfolg begleitet sein werden, dann können ihre Kinder den Unterricht in polnischer Sprache genießen.

Aus Nr. 174 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 26. Juni 1906:

Das Recht des Lebens.

Trotz der Blitze, die am fernen Horizont aufleuchten und die eine Reihe schwerer Stürme ankünden scheinen, beginnt es andererseits dennoch in unserem sozialen Leben hell und sonnig zu tagen.

Trotz des Ungewitters, daß sich über unsern Häuptern zusammenballt, trotz der drückenden Luft, die mit Elektrizität überladen ist, beginnen wir freier aufzuatmen.

Wir fangen jetzt an, das Recht aufs Leben zu besitzen, die Möglichkeit einer regelrechten kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Es hängt heute nur von uns ab, daß diese Entwicklung möglichst schnell erfolgt, unsere Sache ist es, alle Kräfte in dieser Hinsicht anzuspannen.

Unseres Erachtens ist es nicht erlaubt, sich damit zu entschuldigen, daß die Zeit hierzu nicht geeignet sei. Jeder Augenblick ist geeignet zur angestrengten intensiven Arbeit für das allgemeine Wohl, besonders da die Richtung des Handelns klar vorgezeichnet ist. Es ist nicht erlaubt, aus eigener Machtbefugnis den Augenblick der Erlangung einer besseren Lage für die ganze Nation zu verschleppen. Wenn wir wirklich unsere Nation innig lieben und für alle, die unser Vaterland bewohnen, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Geschlechts, eine bessere Zukunft erstreben, dann müssen wir uns auch sofort an die Arbeit machen, besonders da das Terrain bereits erobert ist.

Es ist eine Reihe von Vereinen bestätigt worden, die, wenn sie nur gründlich tätig sein werden, unserem bisherigen Leben in mancher Beziehung einen ganz anderen Anstrich geben werden. Sie werden die Fundamente für das künftige Wohlergehen der Gesamtheit errichten.

Außer der Macierz szkolna und den Kurjen für Analphabeten, welchen Institutionen es hoffentlich gelingen wird, die Schmach des Analphabetismus von uns abzuwaschen, erhielten die Existenzberechtigung: der Verein der polnischen Unterrichtskräfte, der Bund der christlichen Arbeiter, der St. Wacławverein für christliche Arbeiter, der Konsumverein, der Verein zur gegenseitigen moralischen und materiellen Unterstützung in der Gemeinde Golenbia, Gouvernment Pultusk, der Unterstützungsverein der Lehrer und Lehrerinnen an den Vorschulen der Stadt Warschau, der Verein für Ferienkolonien, der Sokol, der Warschauer Verein der Mieter, der mathematisch-physikalische Zirkel, der Verein zum Schutze der Kinder und der Jugend und der Bund zur Unterstützung der Jugend.

Bisher konnten wir nur von der Notwendigkeit sprechen, verschiedene Verbände und Vereine zu gründen; heute ist uns die Möglichkeit geboten, diese sozialen Institutionen zu organisieren, die notwendig sind, wenn man sich auf eine höhere Kulturstufe emporschwingen, wenn man bessere materielle Lebensbedingungen erringen will. Und nicht nur materielle!

Die Nationen bestehen nicht nur durch den materiellen Wohlstand, sondern hauptsächlich durch die Aufklärung des Volkes und durch die politische Reife möglichst weiter Volksschichten.

Es ist uns jetzt die Möglichkeit geboten, Arbeitervereine zu gründen, und dieses Recht müssen wir nach Möglichkeit ausnützen.

Gegenwärtig sind zwei derartige Vereine bestätigt worden: der Bund der christlichen Arbeiter unter der Leitung des Geistlichen Marzell Godlewski und der St. Wacławverein für christliche Arbeiter, dessen Gründer Arbeiter sind.

Arbeiterverbände und überhaupt Berufsverbände, die die Besserung der materiellen Existenzbedingungen, die geistige und kulturelle Hebung der breiten Massen des polnischen Volkes, seine politische Aufklärung erstreben, würden den Arbeiterorganisationen sozialdemokratischen Charakters erfolgreich entgegenwirken. Der Fehler der sozialdemokratischen Parteiorganisationen ist die Einseitigkeit ihrer Programme und Ziele.

Heute müssen wir daran denken, die Hilfsaktion in großem Maßstabe zu betreiben, um es unseren Arbeiterkreisen vor allen Dingen zu ermöglichen, eine ganze Reihe von Vereinen und Verbänden zu gründen, die die Arbeiterfrage in neue Bahnen leiten sollen und die den in unserem Lande zurückgehenden Handel und ebenso die Industrie aufrecht erhalten und wieder hochbringen sollen.

Die Arbeitervereinigungen könnten häufig ihren Einfluß bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geltend machen. Diese so unermesslich

wichtige Sache kann allerdings nur auf gesetzgeberischem Wege erledigt werden, da nur auf gesetzlicher Grundlage entstandene Schiedsgerichte der Arbeitnehmer und Arbeitgeber entscheidende Gewalt über beide Teile haben würden. Bis jedoch dieses Gesetz von der Staatsduma beschlossen wird, könnten die Arbeitervereinigungen durch Ausübung eines moralischen Druckes zur Beilegung der Streitigkeiten beitragen, indem sie die Arbeitgeber zwingen könnten, die gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, während andererseits die Arbeiter von ihnen gezwungen werden könnten, sich auf den Standpunkt als Bürger des Landes zu stellen, die besorgt für die Entwicklung der heimischen Industrie sind. Sie müßten die Arbeiter darauf hinweisen, daß es ihnen nicht erlaubt sei, zur Verarmung ihrer eigenen Person, ihrer Eltern, ihrer Brüder, ja des ganzen Landes die Veranlassung zu geben.

Tausende von Leuten stehen heute ohne Arbeit da. Infolge der noch immer andauernden Streiks stehen heute noch viele Fabriken und gewerbliche Anlagen still.

Weshalb wollen diese Leute nicht arbeiten, weshalb rauben sie sich selbst und ihren Familien freiwillig das Stückchen Brot, während sie dadurch das Land in immer größeres Unglück stürzen, warum fügen sie sich, den Ihrigen und dem Lande ein derartiges Unrecht zu?

Aufgabe der Arbeitervereinigungen gerade ist es, die breiten Massen über ihre wirklichen Bedürfnisse, zugleich aber auch über ihre Pflichten aufzuklären.

Heute, wo wir derartige Vereinigungen gründen könnten, heute, wo sich schon in den weitesten Kreisen eine Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit bemerkbar macht, heute also können die Arbeiterverbände erfolgreich den Kampf aufnehmen, um normale Verhältnisse zwischen dem Kapital und den Arbeitern herbeizuführen. Sie können heute diese Verhältnisse auf dauerhaften Grundlagen, die von den gegenwärtigen ganz verschieden sind, aufbauen.

Wir sehen es ja vollkommen ein, daß noch sehr viel zu erledigen ist, um das gegenseitige Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer auf einen geregelten Standpunkt zu bringen, daß viel zu ändern ist, daß viel in den Existenzbedingungen der Arbeiter zu verbessern ist. Vor allem muß die Frage der Sicherung der Zukunft der Arbeiter geregelt werden für den Fall der Arbeitsunfähigkeit oder infolge hohen Alters.

Solche Vereine und Verbände müssen für die Arbeiterkommission der polnischen Fraktion in der Staatsduma geeignetes Material sammeln. Die Kommission wird sich dann zweifellos bemühen, auf gesetzgeberischem Wege zur Verbesserung der Existenzbedingungen unseres arbeitenden Volkes beizutragen.

Leon Reinschmidt.